

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Ludger Kühnhardt

Indien auf dem Weg zu einer
regionalen Führungsmacht?

Klemens Ludwig

Anhaltende Spannungen in Tibet
Hintergründe, Ursachen, Perspektiven

Peter Schier

Kambodscha zwischen Krieg und Frieden

Günter Siemers

Myanmar (Birma) auf dem Wege
zur Demokratie?

B 32/90
3. August 1990

Ludger Kühnhardt, Dr. phil., geb. 1958; Privatdozent für Politische Wissenschaft und derzeit Vertreter des Lehrstuhls für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; von 1987 bis 1989 Leiter der Redengruppe von Bundespräsident Richard von Weizsäcker.

Veröffentlichungen u. a.: *The land of 500 000 villages. Stories from rural India, Trichur (Indien) 1982*; *Die Flüchtlingsfrage als Weltordnungsproblem. Massenzwangswanderungen in Geschichte und Politik, Wien 1984*; *Die Universalität der Menschenrechte. Studie zur ideengeschichtlichen Bestimmung eines politischen Schlüsselbegriffs, München 1987*.

Klemens Ludwig, geb. 1955; langjähriger Mitarbeiter der Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen; freiberuflicher Journalist und Publizist.

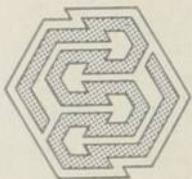
Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Korinna Horta) *Osttimor – Das vergessene Sterben, Reihe Pogrom, Göttingen 1985*; *Bedrohte Völker. Ein Lexikon nationaler und religiöser Minderheiten, München 1985*; *Lebenslieder – Todesklagen. Ein Lesebuch vergessener Völker, Wuppertal 1988*; *Tibet. Eine Länderkunde, München 1989*; (zus. mit Michael Has und Martina Neuer) *Der neue Tourismus. Rücksicht auf Land und Leute, München 1990*; (zus. mit Petra Kelly und Gert Bastian) *Tibet klagt an. Zur Lage in einem besetzten Land. Wuppertal 1990*.

Peter Schier, M. A., geb. 1950; wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit M. Schier-Oum) *Prince Sihanouk on Cambodia. Interviews and Talks with Prince Norodom Sihanouk, Hamburg 1985²*; (zus. mit W. Bartke) *China's New Party Leadership. Biographies and Analysis of the Twelfth Central Committee of the Chinese Communist Party, New York-London 1985*; (zus. mit W. Draguhn) *Indochina: Der permanente Konflikt?, Hamburg 1987³*; (zus. mit R. Cremerius und D. Fischer) *Studentenprotest und Repression in China, April–Juni 1989, Hamburg 1990*.

Günter Siemers, M. A., geb. 1938; Studium der Ostasienkunde in Bonn; 1964 bis 1967 Tätigkeit beim Japanischen Rundfunk (NHK) in Tokyo; seit 1968 wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Asienkunde in Hamburg, dort seit 1982 u. a. Referent für Myanmar (Birma).

Veröffentlichungen u. a.: Regelmäßige Berichte in der vom Institut herausgegebenen Zwei-Monats-Zeitschrift „Südostasien aktuell“ zu Myanmar, den Philippinen, Brunei, Papua-Neuguinea; zahlreiche Veröffentlichungen zu Ländern der Region.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1985 und 1988 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Indien auf dem Weg zu einer regionalen Führungsmacht?

I. Bewährung für die Demokratie

Es war die Niederlage einer Regierung, aber ein Sieg für die Demokratie. Mit den indischen Parlamentswahlen Ende November 1989 endete die fünfjährige Amtszeit von Ministerpräsident Rajiv Gandhi. Die Bilanz des zu Beginn seiner Regierungszeit unter dem Eindruck der Ermordung seiner Mutter Indira im Oktober 1984 und einem ein Jahr danach überwältigenden Wahlsieg hochgelobten Gandhi fiel im Endergebnis negativ aus — jedenfalls in den Augen der Wählermehrheit. In den Schlagzeilen der Medien war vom Ende der Nehru-Dynastie zu lesen. Hatte man dies nicht auch schon vernommen, als Indira Gandhi, Nehrus Tochter, 1977 in die Opposition geschickt wurde — und dann doch 1980 triumphalisch zurückkehrte an die Macht?¹⁾ Was immer die Zukunft unter der Koalitionsregierung von Vishvanath Prasad Singh bringen wird: Die Wahlen vom November 1989 waren Ausdruck der Lebendigkeit und tiefen Verwurzelung demokratischen Geistes und demokratischer Institutionen in einem der widersprüchlichsten, extremsten und schwierigsten Länder der südlichen Hemisphäre. Die Mehrheit der 500 Millionen Wahlberechtigten hat gesprochen — und ihr Verdikt zählt in Indien, anders als im bevölkerungsmäßig noch zahlreicheren China.

Der durch seine früheren literarischen Werke als ein ebenso profunder wie unbestechlich-kritischer Beobachter Indiens aufgefallene Schriftsteller Vidiadhar Surajprasad Naipaul²⁾ hatte schon Monate vor den Parlamentswahlen auf diese einzigartige Leistung der Geschichte des unabhängigen Indiens hingewiesen: „Democracy is working beautifully in India. People don't feel desperate, they don't feel utterly without a voice.“³⁾ Um dies zu würdigen, lohnt es, den Blick nach China zu wenden oder aber

zu orientieren an den in der Tat die menschliche Hoffnungskraft nicht selten übersteigenden sozialen und kulturellen Konflikten in Indien. Gewiß lassen sich Kritikpunkte und Defizite ausmachen — in der Summe aber funktioniert die gewaltenteilte Demokratie in Indien; dies wurde 1977, am Ende der Notstandsregierung Indira Gandhis nicht weniger sichtbar als nun, da der Stern ihres einst glanzvoll aufgestiegenen Sohnes verlosch.

Am 3. Dezember 1989 wurde Vishvanath Prasad Singh als siebter Ministerpräsident Indiens von Staatspräsident Venkataraman vereidigt. Es war ein kompliziertes Suchen nach einer tragfähigen Mehrheit gewesen, hatten die Wahlen doch ein unbefriedigendes Ergebnis im Sinne der Koalitionsarithmetik hervorgebracht. Von 525 Sitzen in der Lok Sabha — zwei werden durch Sonderregelungen vergeben — gingen 195 an die Kongreßpartei Rajiv Gandhis, 142 an die von Singh geführte Janata Dal Party, 86 an die hindufundamentalistische Bharatiya Janata Party, 32 an die kommunistische Partei (marxistischer Orientierung), 11 an die Kommunistische Partei Indiens, 59 an unabhängige Kandidaten. Singh, noch vor wenigen Jahren Finanzminister unter Rajiv Gandhi, muß nun eine Koalition zusammenhalten, die von den radikalen, vor allem in Bengalen verwurzelten Kommunisten bis zu den Hindufundamentalisten reicht, die mit ihren Forderungen nach einem Bann des Kuhschlachtens, dem Ende der muslimischen Zivilgerichte und der Aufhebung von Urdu als zweiter nationaler Sprache die Agenda für eine weitere Polarisierung in diesem äußerst sensiblen Bereich der indischen Politik gelegt haben. Vereint wurde die Singh-Koalition in der Ablehnung der Kongreßpartei und des ausscheidenden Ministerpräsidenten. Wie noch stets in der indischen Politik aber erwuchs die stärkste Oppositionsgruppe und jetzige Regierungspartei, die *Janata Dal Party*, aus der Kongreßpartei selbst, ist Abtrünnling aus dem Schoß jener Partei, die noch immer auf dem Weg von der nationalen Sammlungs- und Unabhängigkeitsbewegung zu einer modernen, programmatisch profilierten Partei ist.

1) Vgl. Erhard Haubold, Endet die Nehru-Dynastie?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. November 1989, S. 16; The End of a dynasty, in: Newsweek vom 11. Dezember 1989, S. 34 ff.

2) Vgl. vor allem sein Buch *India: a wounded civilisation*, London 1977.

3) „A miraculous achievement“, in: Newsweek vom 3. Juli 1989, S. 48.

Neben der Koalitionsproblematik könnte auch der Extremismus der Sikhs ein neuerlicher Alptraum für V. P. Singh werden. Im Parlament, der Lok Sabha, sitzen auch die Witwe und der Vater von den beiden Attentätern Indira Gandhis! Die strukturelle Aufgabe, die an Singhs Integrationsleistung gestellt ist, berührt ein Regierungsprinzip insgesamt: „the absorption of the different identities into the governing principle of the Indian state“⁴⁾. Wie er sich mit seinem Kabinett darin bewähren wird, unterliegt vorerst den Spekulationen. Zur ersten krisenhaften Zuspitzung und Bewährungsprobe ist indessen der Konflikt in und um Kashmir geraten, wo eine mehrheitlich muslimische Bevölkerung

mehr Autonomie, wenn nicht sogar Unabhängigkeit fordert und die Regierung Singh zu gewalttätigen Gegenaktionen provoziert hat; der Konflikt mit Pakistan geriet im April 1990 bis an die Grenze eines Krieges. Mitte Juli 1990 kam es zur ersten wahrhaft turbulenten Regierungskrise, deren Wirkungen auf den dauerhaften Bestand der Regierungskoalition offen bleiben muß. Die Fragilität der Singh-Koalition wurde bis aufs äußerste durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Devi Lal gereizt, dessen unselige Verbindungen in den Bundesstaat Haryana, dem er früher als Chefminister vorgestanden hatte, zu einer Kraftprobe mit Ministerpräsident Singh führten.

II. Kommunalen Chauvinismus

Eine besonders häßliche Seite des vergangenen Wahlkampfes lag darin, wie die kommunalen Empfindlichkeiten für politische Zwecke auf demagogische und blutige Weise ausgenutzt worden sind. Die kommunalen Gegensätze — gemeint ist damit in erster Linie das Verhältnis zwischen der mehrheitlich hinduistischen Bevölkerung Indiens und der muslimischen Minderheit des Landes — reichen tief in die indische Geschichte zurück. Was mit der islamischen Invasion Nordindiens ab dem 10. Jahrhundert und der Errichtung der Moghul-Herrschaft im 16. Jahrhundert begann, fand zur Zeit der britischen Kolonialregierung eine unrühmliche Fortsetzung. Mit einer Politik des „divide et impera“ suchten die Engländer den bestehenden Keil zwischen Hindus und Muslims noch tiefer zu treiben, um dadurch ihre eigene Herrschaft zu erleichtern.

Die Teilung des indischen Subkontinents zwischen Indien und Pakistan lag in der Konsequenz dieser Haltung, doch sie bleibt verbunden mit unsagbarem Leid während der 1947/48 versuchten „Bevölkerungsentmischung“. Diese aber blieb mehr ein Torso: Nicht nur hinterließ sie in Pakistan eine hinduistische Bevölkerungsminderheit und die Teilung in Ost- und Westpakistan, die erst in einem blutigen Krieg 1971 zur Unabhängigkeit von Bangladesh führte; sie hinterließ auch in Indien 100 Millionen Muslime — mehr als die pakistanische Gesamtbevölkerung. Damit beheimatet Indien nach Indonesien und Bangladesh die drittgrößte muslimische Bevölkerung der Welt.

Die Kongreßpartei suchte in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit diese Gegensätze, die vor allem in den Kommunen wirksam werden, zu lindern. Ihr Credo von einem säkularen Indien — verankert auch in der Verfassung des Landes — fand Annahme in breiten Kreisen der Bevölkerung und vermochte die Gegensätzlichkeiten zu neutralisieren. So jedenfalls schien es. In den vergangenen fünfzehn Jahren aber erlebt und erleidet Indien eine Neuauflage der kommunalen Konflikte — *communal riots* genannt —, die an Grausamkeiten, Verwüstungen, an Bitterkeit und Haß nichts ausgeklammert lassen. Die kämpferischen Aktivisten des Chauvinismus — in beiden Lagern anzutreffen — haben mit ihren brutalen Aktionen vielen Indern das Fürchten gelehrt. Gipfelpunkt der jüngsten Welle kommunaler Differenzen war die blutige Auseinandersetzung um den Rama-Tempel in Ayodhya in Nordindien⁵⁾.

Der Ort gilt in der Hindu-Mythologie als Geburtsstätte des Gottes Rama. Zur Zeit der Moghul-Kaiser wurde dort angeblich auf den Fundamenten eines zuvor zerstörten Rama-Tempels eine Moschee errichtet. Friedliches Nebeneinander der Gläubigen beider Religionen endete 1855, als Hindus die Moschee zu erobern suchten und nach einem blutigen Kampf mehrere hundert Tote auf beiden Seiten zu beklagen waren. Hindu- und Muslimfundamentalisten haben nun eine neue Runde im Ringen um den Ayodhya-Tempel eingeleitet. Die Muslim-Fundamentalisten sehen in der dortigen Moschee ein

⁴⁾ V. A. Pai Panandiker, *Converting diversity into a governing principle*, in: *The Times of India* vom 15. September 1989, S. 3.

⁵⁾ Vgl. Erhard Haubold, *Von Kashmir bis Kerala sind geweihte Ziegel unterwegs*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8. November 1989, S. 9f.

Symbol der Einheit aller Mohammedaner Indiens; für die Hindu-Chauvinisten geht es um die Abstreifung der von außen aufgezwungenen islamischen Komponente ihrer Kultur, Geschichte und Gegenwart.

Hinter der Ayodhya-Kontroverse, in deren Verlauf es zu Hunderten von Todesopfern an verschiedenen Orten Indiens, vor allem aber in Bihar und Rajasthan im Herbst 1989 kam, scheint eine zunehmende Radikalisierung und Fanatisierung der religiösen Empfindungen auf beiden Seiten auf – zwischen den islamischen Fundamentalisten und den Verfechtern eines Hindustan-Indien, eines Reiches der Hindus. Geld fließt von Gastarbeitern aus Saudi-Arabien und Libyen; allerorten sprießen Moscheen aus dem Boden. Der Sohn des Imam von Delhi großer *Jamaa Majid*, der Hauptmoschee Indiens, Ahmed Bukhari, führt die muslimischen Fundamentalisten, die *Adam Sena*-Bewegung. Ihre hinduistischen Gegenstücke – die *Vishwa Hindu Parishad* und die ihr verwandte, ältere *Rashtriya Swayamsevak Sangh* – suchen eine Rekonvertierung von Muslimen (und Christen) und eine kulturell-geistige Säuberung Indiens im Zeichen eines unverwechselbaren *Hindu-Rashtra*: Jeder Inder soll ein Hindu sein.

Eng verwoben mit der religiösen Fanatisierung sind wirtschaftliche Fragestellungen: Die muslimische Bevölkerung, obgleich durch verschiedene Maßnahmen besonders gefördert, liegt ökonomisch zurück. Die beschleunigte Entwicklung, die in den letzten Jahren eingesetzt hat und die mit dem Ruck einer neuen Dynamik in Indien spürbar geworden ist, läßt soziale Konflikte schärfer sichtbar werden, führt zu Abwehrstimmungen und vor allem zu einem Bedürfnis der kulturellen Selbstvergewisserung unter den ökonomisch Zurückbleibenden.

Damit gewinnen die kommunalen Konflikte in Indien eine neue Dimension. In ihnen artikuliert sich die spezifisch indische Form einer religiösen Versteifung auf einen fundamentalistischen Kern der eigenen Überzeugung – dies eine weltweit erkennbare Tendenz –, zugleich aber ist sie ein Reflex auf die Umbruchtendenzen und Modernisierungsercheinungen in der indischen Sozialstruktur. Die kommunalen Konflikte, verstärkt durch ethnische Auseinandersetzungen in den Regionen Punjab (Sikh-Problematik), Tamil Nadu (eng verflochten mit den Spannungen auf Sri Lanka, in die Indien seit 1987 militärisch involviert ist), Kashmir (wo V. P. Singh unterdessen eine der Zentralregierung genehme Führung eingesetzt hat, aber auch bereits mit gewaltsamer Eskalation konfrontiert wurde) sowie Assam und Nagaland (strategisch verwundbar

seit dem indisch-chinesischen Krieg von 1962 und verbunden mit der Immigration von bengalischen Muslimen in den Nordosten Indiens) werden immer wieder zu politischen Zwecken mißbraucht. Und rasch kommt in Indien der Verdacht auf, ausländische Interessen seien am Werk, um Indiens Stabilität zu untergraben, sein Ansehen in der Welt zu diskreditieren.

Gewiß übertrieben waren und sind die Prognosen eines rasch bevorstehenden Zerfalls der Indischen Union. Die Resistenz gegen offene Sezessionstendenzen kann aber auch nicht unterschätzt werden – das historische Bewußtsein ist auch in dieser Hinsicht lang in Indien. Das jedoch eigentlich besorgniserregende und in jüngster Zeit an Gewicht zunehmende Thema ist der sich verbreitende Fundamentalismus in Indien als Gegenbewegung gegen die offenbar unvermeidlich gewordene Modernisierung des Landes. Religiöse Toleranz gehört zur Geschichte Indiens, einem Land mit einer außerordentlichen kulturellen und religiösen Vielfalt. Zahlreich wie die kosmologische Vielfalt des indisch-hinduistischen Götterpantheons ist die Kultur des Landes. Darin gründen die Faszination und die Stärke Indiens. Problematisch ist also nicht der Pluralismus des Landes – unübertroffen von kaum einer anderen Region der Welt –, sondern die immer bewußter werdende innere Verstrickung der indischen Gesellschaft in die Ambivalenzen des Fortschritts, der in der letzten Dekade beschleunigt diesen Subkontinent erfaßt hat.

Lange Zeit hindurch orientierte sich Indien in seiner wirtschaftlichen Entwicklung an den inneren Möglichkeiten des Landes. „Be Indian, buy Indian“ war ein Slogan, der tief im Bewußtsein des Landes – und in den Strukturen seiner Wirtschaft – Nährboden und Verankerung fand. Das Land schien sich oftmals selbst genug, ruhte ebenso in seinen inneren Kräften wie es seine Widersprüche – Kasten; Massenarmut und vereinzelter intensiver Reichtum direkt nebeneinander – ertrug. Es begann mit der Grünen Revolution und der Verbreitung von Fahrrad und Transistorradios über das ganze Land mit seinen 500 000 Dörfern⁶⁾. Die Spinnradsymbolik Mahatma Gandhis begann angefochten zu werden. Nicht, daß sogleich Nehrus Kursrichtung einer raschen Industrialisierung, der Nutzbarmachung der modernen Technologien für Zwecke der Entwicklung allgemeine Verbreitung und tiefverwurzelte Annahme gefunden hätte. Aber die reine Lehre des Mahatma – ungebrochen

⁶⁾ Vgl. Ludger Kühnhardt. The land of 500 000 villages. Stories from rural India, Trichur 1982.

hochverehrter Vater der Nation und geistiger Wegbereiter des unabhängigen Indien —, nämlich die Ablehnung der Moderne im Namen der überlieferten Dorfhandwerke und -industrien wurde doch erschüttert.

Die Modernisierung konnte nicht oder noch nicht rasch genug in der gebotenen Breite soziale Wirkungen zeigen, die eine beruhigte Orientierung der gesamten indischen Gesellschaft zu ihren neuen Ufern ermöglicht hätte. Im Gegenteil: Die Herausbildung einer indischen Mittelschicht von über 100 Millionen Menschen im Verlauf der achtziger Jahre schuf zwar bei vielen der armen Menschen die

Hoffnung, auch selbst bald teilzuhaben an den Hervorbringungen der Moderne — eine Uhr zu tragen, einen Ventilator unter der Decke laufen zu haben, ein Motorrad zu erwerben —, sie verfehlte aber viele und provozierte damit Unzufriedenheiten und Rückversicherungsbemühungen wider einen offenbar weltweit nicht zu bremsenden Strom der Zeit hin zur modernen Technologie- und Industriezivilisation. So fielen fundamentalistische und chauvinistische Töne auf fruchtbaren Boden, so begann in Indien eine neue Phase kommunaler Probleme und so konnte die Ayodhya-Tempel-Kontroverse zum dominierenden nationalen Thema der Parlamentswahlen von 1989 werden.

III. „Middle-class revolution“

Indien hat während der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit bemerkenswert positiven Wirtschaftsnachrichten zu überraschen gewußt — und dennoch vermochte Rajiv Gandhi die Wähler nicht von sich zu überzeugen. In den fünfziger Jahren entschied sich die politische Führung des Landes unter Jawaharlal Nehru für einen staatsinterventionistischen Wirtschaftsweg. Sozialistische Planung nahm konkrete Züge an und begann zu wuchern mit all den damit verbundenen Nebeneffekten wie Überbürokratisierung und Korruption, Lethargie des privaten Sektors und protektionistische Abschließung des Staatssektors. Die meisten Menschen befanden sich außerhalb einer modernen Marktordnung; die Orientierung an ihren Bedürfnissen durch die staatliche Politik schien naheliegend zu sein.

Doch gefördert wurde im wesentlichen der Aufbau einer Schwerindustrie, der das Land auf den zehnten Platz unter den Industrienationen der Welt katapultierte, der Armut aber weder ihren Stachel noch ihre immer weiter ausufernden Dimensionen nahm. Eine jährlich konstant bleibende Wachstumsrate von 3,5 Prozent — als „Hindu rate of growth“ bespöttelt — vermochte nicht, die erwünschte Aufschwungbewegung in der sozialen Entwicklung zu bringen. Sozialismus indischer Art — orientiert an der Maßgabe, die „commanding heights“ der Wirtschaft unter staatlicher Kontrolle zu halten — schuf weder rapides Wachstum noch größere soziale Gerechtigkeit. Katastrophale Ernterückschläge in der Mitte der sechziger Jahre ließen die Welt besorgt nach Indien schauen. Malthus' Prognose, daß die Landwirtschaftsproduktion mit einer wachsenden Bevölkerung nicht Schritt halten könne, schien ihre Bestätigung zu finden. Die

Grüne Revolution, begründet in einer Veränderung der Agrartechnologien, führte jedoch zu einer Ausweitung der Ernteerträge. Indien begann landwirtschaftlicher Selbstversorger zu werden. Die Nebeneffekte aber blieben nicht unbemerkt: eine zunehmende soziale Diskrepanz zwischen Großbauern und Kleinbauern beziehungsweise Pächtern sowie die wachsende Abhängigkeit von Düngemitteln und damit verbunden eine rasante Versalzung vieler fruchtbarer Böden. „Nur ein Drittel des nutzbaren Bodens ist noch in guter Verfassung, zwei Drittel sind ganz oder weitgehend unfruchtbar. Von 630 000 Quadratkilometern registrierten Waldes sind nach Meinung von Fachleuten noch 280 000 gesund.“⁷⁾

Ebensowenig wie ein Zurück zur traditionellen, naturschonenden Landwirtschaft denkbar ist, scheint ein Ende der industriell bedingten Umweltzerstörung Indiens abzusehen zu sein. Der Preis für die zunehmende Industrialisierung, in den Städten symbolisiert durch eine bemerkenswert rasche Ausbreitung der individuellen Verkehrsmittel, ist hoch und eine durchgreifende Umweltpolitik keineswegs absehbar. Luft- und Wasserverschmutzung mit stark gesundheitsschädigenden Effekten sind nicht zu übersehen. Die Jahresproduktion von Motorrädern, Mopeds und Autoscootern hat sich während der achtziger Jahre verzehnfacht; der Autoverkauf stieg um das Vierfache auf 160 000 pro Jahr. Bemerkenswert hierbei ist der Erfolg des mit japanischer Kooperation gebauten Maruti/Suzuki, der im-

⁷⁾ Thomas Ross, Ausgedorrt oder überschwemmt und versalzen. Indiens bedrohte Erde, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. November 1988, Beilage.

mer häufiger auf Indiens Straßen zu sehen ist, wengleich nach wie vor die altehrwürdigen Modelle vergangener englischer Zeiten das Bild beherrschen⁸⁾. Der Smog spricht in jedem Fall für sich.

Neben die Autoproduktion sind andere Indikatoren getreten, die ein helleres Bild der indischen Wirtschaftsentwicklung zu zeichnen beginnen, als dies das stereotype Modell im Westen bisher vermochte: 25 Millionen Haushalte besitzen ein Fernsehgerät, Waschmaschinen und Staubsauger beginnen populärer zu werden, ebenso Kühlschränke und Ventilatoren. Man geht von sechs Millionen Aktionären in Indien aus, und selbst Lebensversicherungen haben einen 40prozentigen Kundenzuwachs im Jahr. Indien ist zu einer Entwicklung aufgebrochen, die der „Economist“ bereits euphorisch als „middle-class revolution“ beschrieben hat⁹⁾. Im Kern wird die neue Regierung an diesem Kurs nichts zu ändern vermögen.

Seit Beginn der achtziger Jahre — nach der Rückkehr der Kongreßpartei unter Indira Gandhi an die politischen Schalthebel in Neu Delhi im Frühjahr 1980 — setzte sich die Einsicht für eine notwendige Liberalisierung der indischen Wirtschaftsplanung durch. Die staatliche Wirtschaftsplanung geht auf das Jahr 1951 zurück mit Investitionslenkungen in der Landwirtschaft, in der Infrastruktur sowie im industriellen Sektor. Aus dem Ziel der *self-reliance*, einer Nichtabhängigkeit vom Ausland, erwuchs die Entwicklung der indischen Wirtschaft.

Die in den achtziger Jahren unternommenen Liberalisierungen „do not as yet add up to a dramatic change“¹⁰⁾. Dennoch sind sie Ausdruck einer veränderten Orientierung in Teilen der indischen Gesellschaft und der indischen Politik, stoßen nicht mehr per se auf Widerstand der konservativen, nationalwirtschaftlich orientierten Kräfte in der aufgeblähten Bürokratie. Vor allem aber: Sie finden Widerhall in einer dynamischer gewordenen Haltung in der modernen indischen Industrie. Auch die neue politische Mehrheit in Neu Delhi wird an dieser Entwicklung keine grundlegenden Veränderungen vornehmen.

Das politische Ziel der mit Rajiv Gandhi angetretenen Reformer war es gewesen, wirtschaftliche Ent-

scheidungen weitgehend zu entpolitisieren. Im Dreieck von Deregulierungen, Importliberalisierungen und einem leichteren Zugang zu ausländischen Technologien sollten künftig Resultate eine Rolle spielen, nicht länger ideologische Prädispositionen. Nur so wird Indiens Wirtschaft in der Tat internationale Wettbewerbsfähigkeit gewinnen können. Opposition dazu ist jedoch bereits aus den traditionell nach innen hin orientierten Sektoren der indischen Industrie sowie von links- und gandhianisch-orientierten politischen Kräften und schließlich von ländlichen Gruppen artikuliert worden¹¹⁾. Grenzen fand Indiens bisherige Wirtschaftsöffnung nach außen auch hinsichtlich der Beteiligungsregelung. Entschieden wird von Seiten der Wirtschaft auf die anhaltende Limitierung der ausländischen Kapitalbeteiligungen an *joint-ventures* in Indien hingewiesen. Die Steigerung auf 40 Prozent ist nicht ausreichend; die erhoffte 51prozentige Kapitalbeteiligung hätte zwar in den Augen ausländischer Investoren vorrangig nur psychologische Wirkungen, dürfte aber dennoch in Indien nicht zu sehr auf die leichte Schulter genommen werden, wenn die Erfolgskurve der achtziger Jahre anhalten soll. Neben der anhaltenden Korruption und den bürokratischen Beschwerden beim Weg auf den indischen Markt gehört dies zu den Dauerklagen der ausländischen Wirtschaft — auch der am Indiengeschäft durchaus interessierten deutschen Unternehmer.

Dennoch scheinen die Dinge in die richtige Richtung zu laufen. So verweist der Bundesverband der deutschen Industrie darauf, daß 37,9 Prozent der deutsch-indischen Unternehmen Mitte der achtziger Jahre in Indien auf Wettbewerber stießen und wertet dies als positiven Ausdruck der mit dem 7. Fünfjahresplan eingeleiteten Liberalisierungspolitik. Auch sei trotz eines insgesamt um 4,2 Prozent rückläufigen Exports nach Indien 1987 eine zehnprozentige Exportzunahme von Maschinen für die Textil- und Lederherstellung zu verzeichnen gewesen. Resümee nach Abwägung der Vor- und Nachteile: „daß es sich lohnt, in Indien zu investieren, da das Land mehr Chancen bietet als in vorangegangenen Jahren“¹²⁾. Von 170 Milliarden Dollar Auslandsinvestitionen 1988 kamen 22 Milliarden aus der Bundesrepublik Deutschland.

So schwierig es bleibt, die rigiden Formen des in langer Tradition gewachsenen und erstarrten indischen „Feudalsozialismus“¹³⁾ rasch zu überwinden, so bemerkenswert war das stetige Wirtschaftswachstum

8) Bevor Suzuki seine Produktion begann, war Volkswagen das Geschäft angeboten worden. Die seinerzeitige Ablehnung mag in Wolfsburg heute nurmehr bedauert — und durch neue Kooperationschritte wettgemacht werden, zum Beispiel im Lastkraftwagenbereich, wo es Möglichkeiten und Märkte gäbe.

9) The Economist vom 7. — 13. Oktober 1989, S. 81.

10) Atul Kohli, Politics of economic liberalization in India, in: World Development, 17 (1989) 3, S. 306.

11) Vgl. ebenda, S. 318ff.

12) Bundesverband der deutschen Industrie, Der indische Markt — Chancen und Risiken, Dokumentation, Januar 1989, S. 11.

13) Neue Zürcher Zeitung vom 25. Januar 1989.

des Landes in den achtziger Jahren von jährlich bis zu zehn Prozent. Und auch sozialbezogene Einzelindikatoren sprechen eine positive Sprache: Während der großen Dürre 1988 mußte niemand in Indien verhungern. Für 1989 konnte mit einer Rekordernte von 170 Millionen Tonnen Getreide gerechnet werden. Die Lebenserwartung ist seit der Unabhängigkeit von 32 auf 58 Jahre gestiegen, die Zahl der Malariatoten ging von jährlich 750 000 auf 200 während des gleichen Zeitraumes zurück¹⁴).

Optimistische Beobachter sehen Indien bereits auf dem Sprung in die globale Technologie-Spitzengruppe. Sie verweisen auf das große technologische Potential des Landes und die außerordentlich hohe Zahl indischer Ingenieure und Wissenschaftler. Dagegen kontrastiert allerdings die anhaltend durchschnittliche Qualität der indischen Industrieproduktion — und die verzehrende Massenarmut. Gewiß aber trifft zu, daß Indien ein größeres Potential und bessere Ausgangsbedingungen besitzt als China, um den Sprung in die hochtechnologiegestützte Phase der industriellen Entwicklung zu finden.

Eine bisher ungenutzte „Ressource“ für die Weiterentwicklung Indiens sind die im Ausland lebenden Inder. Die Zahlen variieren und gehen in die Millionen. Allein für die in den USA lebenden Inder schwanken die Angaben zwischen 32 000 und 600 000¹⁵). Andere Schätzungen sprechen von circa 15 000 in den USA lebenden software-Ingenieuren und 10 000 Biotechnologen indischer Herkunft¹⁶). Sie zu einer Mitarbeit am weiteren Ausbau der indischen Wirtschaft und Technologie zu bewegen, könnte der Ökonomie Indiens in der Tat einen großen Schub verleihen. Voraussetzung aber ist nicht nur ein psychologischer Durchbruch, der ihnen den Eintritt Indiens in den Kreis der technologisch ambitionierten Länder plausibel und ihr Engagement dabei lohnenswert erscheinen ließe; Voraussetzung wäre auch die Schaffung ausreichend attraktiver — und das heißt vor allem finanziell zufriedenstellender — Arbeitsplätze in Indien. Mit Vehemenz bemüht man sich neuerdings auch um Investitionen durch Auslands-Inder; ihr derzeitiges Engagement, das allerdings in Hartwährung repatriierbar ist, wird auf neun Milliarden US-Dollar geschätzt¹⁷).

¹⁴) Nach einer Dokumentation im indischen Fernsehen am 30. Oktober 1989.

¹⁵) Vgl. Robert W. Bradnock, *India: an aspiring world power? A geopolitical analysis of India's foreign policy since 1971*, erscheint 1990 unter den Auspizien des Royal Institute of International Affairs London, zitiert nach dem Manuskript, S. 15.

¹⁶) Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 8. Februar 1989.

¹⁷) Vgl. ebd.

Indiens wirtschaftliche Entwicklung wird nicht zuletzt daran gemessen werden, wie sich der Außenhandel und mit ihm die Schuldenlage des Landes gestalten werden. Aufgrund seiner eher autozentrierten Entwicklungsstrategie vermochte Indien in der Vergangenheit mit einer weithin ausgeglichenen Außenhandelsbilanz und ohne größere Schuldenprobleme aufzuwarten. Die wirtschaftliche Liberalisierung der achtziger Jahre hat hier neue Akzente erzeugt. Ende 1988 belief sich die Auslandsschuld Indiens (staatlich und privat) auf circa 52 Milliarden US-Dollar; in Vorbereitung auf das Budget 1988/89 ließ die Regierung Anfang 1988 erklären, Indiens staatliche Auslandsverschuldung belaufe sich auf 16,7 Milliarden US-Dollar¹⁸). Neueste Zahlen lassen noch auf sich warten; in Bankenkreisen aber wird schon jetzt auf die Veränderung des indischen Schuldenprofils hingewiesen: Der Anteil der auf dem privaten Kapitalmarkt aufgenommenen Kredite erhöhte sich während der achtziger Jahre überproportional. Im Verlauf der nächsten Jahre wird daher mit einer weiteren Zunahme der Verschuldung des Landes gerechnet, zugleich aber eine rasche Zunahme indischer Exporte eher für unwahrscheinlich gehalten.

Prekär bleibt weiterhin — zumal angesichts der anhaltenden Bevölkerungszunahme, die zu einer Gesamtbevölkerung von 1,2 Milliarden in den nächsten zwanzig Jahren führen kann — die Energieversorgung für den industriellen Sektor Indiens. In den dreißig Jahren, die seit dem Beginn des ersten Fünfjahresplanes 1956 vergangen sind, hat sich der private Energieverbrauch verachtfacht. Auch im Agrarsektor hat der Energieverbrauch massiv zugenommen — um 20,7 Prozent allein zwischen 1971 und 1988, vor allem aufgrund des Baus von Bewässerungsanlagen. Das Energiedefizit belief sich 1987/88 auf 10,9 Prozent, in manchen Regionen auf 30 Prozent¹⁹).

Die letzte verfügbare Statistik aus dem Jahr 1974/75 erwähnt, daß nahezu 44 Prozent der Energie aus Feuerholz, landwirtschaftlichen Abfällen und Kuhdung erzeugt wurden, der Rest weiterhin auf Kohlebasis beruhe. Die ökologischen Folgen dieser Energiepraxis sind weithin sichtbar und drohen überhand zu nehmen. Die immer stärkere Orientierung an der Nuklearenergie erscheint ebenso notwendig wie problematisch, da schon die heute verfügbaren indischen Kernkraftwerke entscheidende Operations- und Sicherheitsmängel aufweisen.

So bleibt Indiens wirtschaftliche Entwicklung zu Beginn der neunziger Jahre eingespannt zwischen sei-

¹⁸) Vgl. ebd.

¹⁹) Vgl. R. W. Bradnock (Anm. 15), S. 43 f.

ner wachsenden weltwirtschaftlichen Verflechtung²⁰) und den Potentialen einerseits sowie den drückenden Problemen des Landes andererseits. Die heutige Ausgangslage hat sich gegenüber dem Beginn der achtziger Jahre verbessert. Die Ergebnisse am Ende der neu begonnenen Dekade aber dürften nicht nur an Wirtschaftsindikatoren abgelesen wer-

den, sondern auch an der Frage, inwieweit die Bekämpfung der absoluten Armut vorangeschritten sein wird und welche substanziellen Anstrengungen zum Schutz der natürlichen Umwelt unternommen worden sein werden. Daran wird sich die neue indische Regierung schon im Verlauf ihrer soeben begonnenen Amtszeit messen lassen müssen.

IV. Militärisch-strategische Aktionsfelder

In seiner außenpolitischen Orientierung wird Indien seit der Unabhängigkeit des Landes geprägt von der Sicherung der eigenen Aktionsspielräume. Allein durch seine geographische Ausdehnung und Lage, durch seine Bevölkerungszahl von derzeit über 800 Millionen Menschen und sein militärisches Potential nimmt Indien eine herausragende Stellung als südasiatische Regionalmacht ein. Leitbild der von Nehru entworfenen und seither vorangetriebenen *non-alignment*-Politik Indiens ist es, von außen nicht dominiert zu werden. Nicht Gleichheit der Beziehungen zu anderen Staaten und namentlich Äquidistanz zu den beiden Supermächten ist das Prinzip, sondern die Sicherung der eigenen Unabhängigkeit ist leitender Grundsatz der außenpolitischen Überlegungen der politischen Elite Indiens. Darin knüpft das Land an geistige und politisch-strategische Traditionen der weltpolitischen Betrachtung an, wie sie in der Tiefe der Kultur des Landes gründen²¹).

Im Zeichen einer neuen Phase der *détente* zwischen den Weltmächten wächst die Bedeutung der regionalen Führungsmächte. Zu ihnen zählt Indien, auch wenn die Regierung des Landes immer wieder versichert, Indien habe keinerlei Machtambitionen und sehe sich nicht in der Rolle eines regionalen Polizisten. In den Augen seiner kleineren südasiatischen Nachbarn dagegen erscheint Indien als dominierende, den eigenen Gestaltungsspielraum einschränkende Großmacht. Konziliante Töne der neuen Regierung Singh wurden positiv in den Nach-

barländern aufgenommen, aber die strukturellen Unterschiede in Gewicht und Möglichkeiten werden bei allen Ausgleichsbemühungen stets zugunsten von Indiens Führungsrolle in der südasiatischen Region ausfallen, geradezu ausfallen müssen. Mit einer Armee von über einer Million Soldaten, einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben zwischen 1985 und 1988 um fast 90 Prozent sowie mit der sechstgrößten Marine der Welt und mit einer hochqualifizierten, modernen Luftwaffe läßt Indien allerdings auch bei weiter entfernten Anrainernstaaten des Indischen Ozeans neuerdings Fragen nach seinen strategischen Absichten aufkommen²²).

Die Zündung einer Mittelstreckenrakete hat 1989 Erinnerungen an den Atomtest von 1974 wachwerden lassen und die Frage nach den Absichten dieser Aktivitäten gestellt. 28 000 Beschäftigte arbeiten heute in vierzig indischen Rüstungsfirmen. Das Land ist in den zweifelhaften Ruf geraten, der führende Rüstungsimporteur der Welt geworden zu sein. Die Rüstungsausgaben Indiens belaufen sich auf über sieben Milliarden US-Dollar, dreimal so viel wie diejenigen Pakistans (und ein Drittel der Ausgaben der Bundesrepublik Deutschland). So wird, nicht überraschend, auf den doppelten Widerspruch Indiens hingewiesen: einerseits die anhaltende Spaltung des Landes in einen kleinen, hochmodernen Sektor und die bedrückende Massenarmut mit den damit einhergehenden Infrastrukturdefiziten, die an Winston Churchills Diktum erinnern lassen, wonach ein Land keine Weltmacht sein könne, das nicht in der Lage sei, das Kanalisationssystem seiner Hauptstadt in Ordnung zu halten; andererseits der Grundwiderspruch zwischen der moralisch ambitionierten außenpolitischen Rhetorik

²⁰) Vgl. Manmohan Agarwal, *India and the world economy*, in: *International Studies*, New Delhi, (1987) 4, S. 285 ff.

²¹) Vgl. Herbert Wulf, *Indiens Außen- und Sicherheitspolitik zwischen Gewaltlosigkeit und Atombombe*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 23/87, S. 3 ff.; Ludger Kühnhardt, *Staatsordnung und Macht in indischer Perspektive*. Chanakya Kautilya als Klassiker der politischen Ideengeschichte, in: *Historische Zeitschrift*, (1988) 247, S. 333 ff.; Nalini Kant Jha, *Cultural and philosophical roots of India's foreign policy*, in: *International Studies*, New Delhi, 26 (1989) 1, S. 45 ff.

²²) *Time Magazine* widmete dem Thema eine Titelgeschichte: „Superpower rising. Propelled by an arms buildup. India asserts its place on the world stage“, vom 3. April 1989, S. 10 ff.; vgl. auch *International Herald Tribune* vom 4. Oktober 1989: „East Asia and Western Pacific brace for an ascendant India“.

rik Indiens seit den Tagen des die Gewaltlosigkeit predigenden Mahatma Gandhi und einer Rüstung, wie sie in dem Atomtest 1974 ihren bisherigen Höhepunkt erfuhr. Indien selbst war nie sonderlich um sein diesbezügliches außenpolitisches Ansehen bemüht, sondern verwies stets auf den chinesischen Angriff 1962 sowie auf die insgesamt drei mit Pakistan – erzwungenermaßen – geführten militärischen Auseinandersetzungen seit der Unabhängigkeit 1947 (1947/48, 1965, 1971).

Im Westen wurde Indien vor allem immer wieder seine außen- und sicherheitspolitische Orientierung an der Sowjetunion verübelt, seitdem das Land – als Reaktion auf Pakistans Krieg in Bangladesh und die damaligen massiven amerikanischen Waffenlieferungen an Pakistan – 1971 einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion schloß. Im Zuge eines erfolgreichen Staatsbesuches von Rajiv Gandhi in den USA 1985 erfolgte eine Neubelebung der wechselseitigen Beziehungen. Doch ebenso wie die indisch-sowjetischen Beziehungen nie unproblematisch waren – so erfuhr Gorbatschow bei seinem Besuch in Delhi 1986 zwar einen freundlichen Empfang, inhaltlich aber eine Absage für seinen Vorschlag einer asiatischen Sicherheitskonferenz nach dem Vorbild der KSZE – , so blieben auch die indisch-amerikanischen Beziehungen nicht ohne Irritationen; gegenseitige Empfindlichkeiten stoßen hier ebenso aneinander wie konkrete Handels- und strategische Interessen. Ausdruck des indischen Selbstverständnisses einer Verhaltensweise im Sinne des *non-alignment* gibt zum Beispiel eine Zeitungsausgabe vom 4. November 1989: Da wird nebeneinander von der für Anfang 1990 vorgesehenen Lieferung eines zweiten nuklearbetriebenen Unterseebootes durch die Sowjetunion wie vom Verkauf hochmoderner „Doppler“-Radaranlagen durch die USA für die indische Marine berichtet. Das erste Geschäft steht in der Linie der sowjetisch-indischen Militärkooperation, das zweite Geschäft wird als „mark of deepening defence relations between India and the US“ überschrieben. Parallel dazu erscheint auf der gleichen Zeitungsseite ein Statement des designierten neuen US-Botschafters William Clark, wonach eine graduelle politische Vertiefung der indisch-amerikanischen Zusammenarbeit möglich sei, sowie ein bedauernder Kommentar von Senator Edward Kennedy, demzufolge Indien trotz der neuen *détente* leider noch immer in einigen amerikanischen Zirkeln wegen seiner angeblichen Verflechtungen mit der Sowjetunion beargwöhnt werde²³⁾.

Unabhängig von Indiens Beziehungen zu den beiden Weltmächten erregt immer wieder die Nukle-

²³⁾ Vgl. The Hindustan Times vom 4. November 1989.

apolitik des Landes die kritische Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Dies hat direkte Effekte vor allem in bezug auf das Verhältnis des Landes zu Pakistan einerseits und zur Volksrepublik China andererseits²⁴⁾. Die Formulierung einer indischen Nuklearpolitik begann frühzeitig in den fünfziger Jahren. Kernforschung wurde damals als Schlüssel gesehen, um den Entwicklungszielen des Landes die notwendige Energieversorgung zur Seite zu stellen. Chinesische Erfolge im Nuklear- und Weltraumsektor führten zu Beginn der siebziger Jahre „auf indischer Seite zu vermehrtem Druck auf Delhi in der Frage der Nuklearwaffen-Option“²⁵⁾. Trotz erster Anfangserfolge in der Kernforschung wurde es für Indien in den siebziger Jahren indessen schwieriger, Zugang zu nuklearen Technologien zu erhalten. So klaffen nukleare Planung und Wirklichkeit trotz des Atombombentests von 1974 bis heute „teilweise noch immer beträchtlich auseinander“²⁶⁾. Indien verfügt derzeit über fünf aktive Forschungsreaktoren. Eine Plutoniumproduktion, die auch militärisch nutzbar gemacht werden kann, ist möglich. Bis Ende 1988 stand Indien – nach amerikanischen Schätzungen – genügend Plutonium 239 für insgesamt 17 bis maximal 57 Nuklearwaffen zur Verfügung²⁷⁾. Für die neunziger Jahre rechnen Experten damit, daß das indische Mittelstreckenraketen-system einsatzbereit gemacht werden kann. Damit erweitern sich die Optionen Indiens im militärisch-strategischen Bereich erheblich.

In Wechselwirkung mit den indischen Entwicklungen steht die anhaltende Rüstungsausdehnung in Pakistan, das weit stärker auf die USA angewiesen ist als Indien auf die Sowjetunion. Indiens Ziel ist gewiß nicht die Planung aggressiver Maßnahmen, aber doch die eindeutig und durch militärische Optionen gesicherte politische Vormachtrolle in Süd-asien. Solange Indien weiterhin den nuklearen Nichtweiterverbreitungsvertrag ablehnt, läßt es Ungewißheiten und kritische Kalkulationen über seine tatsächlichen oder vermuteten Absichten in der Region und darüber hinaus zumindest fahrlässig zu.

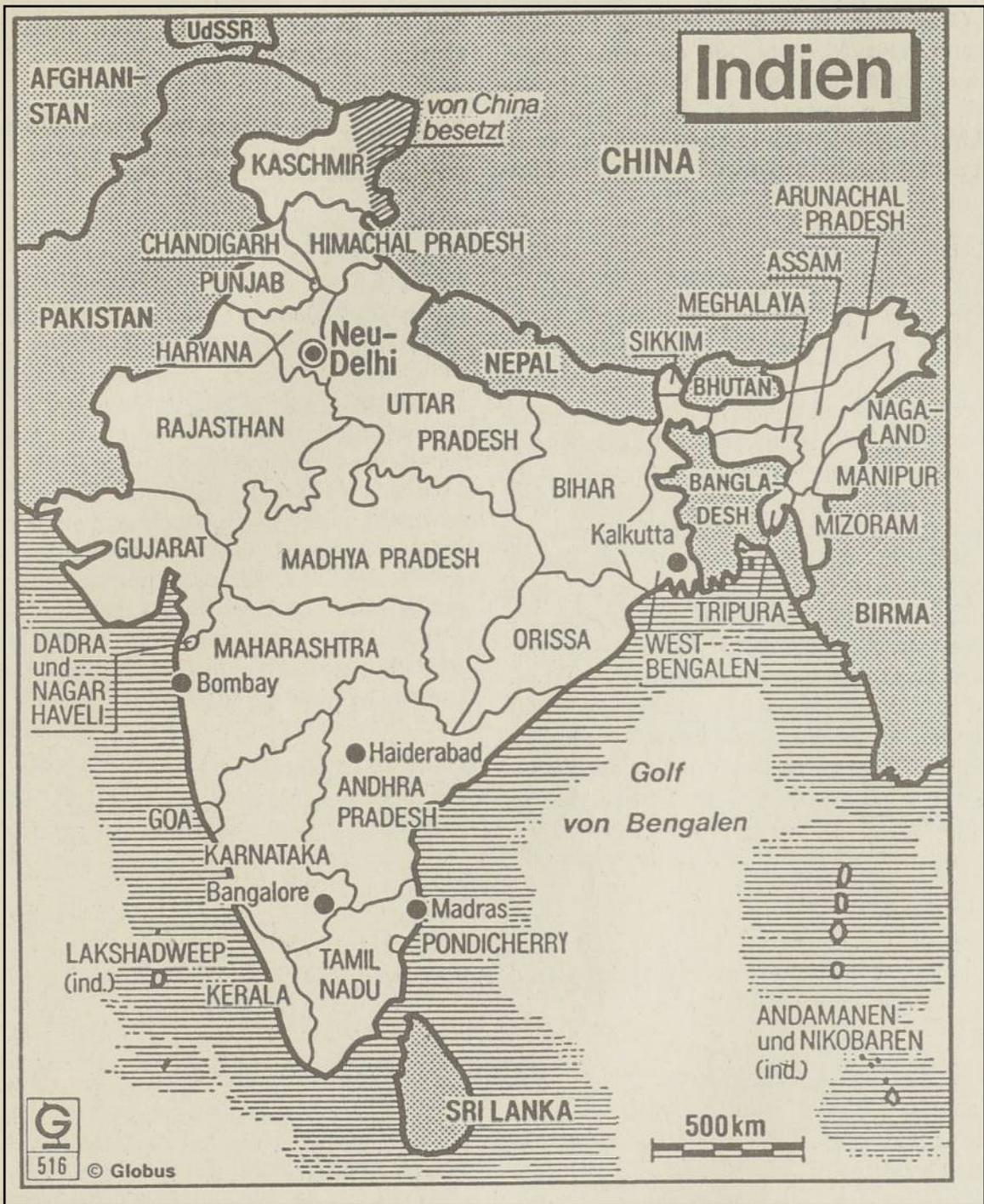
Indien ist fest entschlossen, auch gegenüber potentiellen Druckversuchen von Ländern mit Nuklearwaffen unverwundbar zu werden. Die Möglichkeiten, in Süd-asien, im Bereich des Indischen Ozeans

²⁴⁾ Vgl. Dieter Braun, Indien in den neunziger Jahren. Zum außen- und sicherheitspolitischen Handlungsrahmen, SWP-Arbeitspapier, Ebenhausen, Dezember 1988.

²⁵⁾ Dieter Braun/Karlernst Ziem, Die nukleare Komponente eines latenten wie akuten Regionalkonflikts: Indien/Pakistan, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), Regionalkonflikte in der Dritten Welt. Autonomie und Fremdbestimmung, Baden-Baden 1989, S. 278.

²⁶⁾ Ebd., S. 280.

²⁷⁾ Vgl. ebd., S. 282.



eine Zone gesicherten, atomwaffenfreien Friedens zu schaffen, sind heute noch sehr vage. Obgleich Indien von keiner einzelnen Macht dieser Region Angriffe zu erwarten hätte, dehnt das Land hier seine strategischen Projektionen weit aus. Der Hinweis auf potentielle massive Bedrohungen durch China läßt heute nur einen Schluß zu: daß die Ablösung der bipolaren durch eine eher multipolare Struktur der internationalen Beziehungen zwar Globalkonflikte entschärfen oder in Zukunft möglicherweise ganz verhindern kann, daß aber regionale Konflikte und eventuelle Eskalationen von re-

gionalen Kontroversen nicht nur nicht ausgeschlossen sind, sondern sogar noch wahrscheinlicher werden könnten. Indien wird sich in den nächsten Jahren auf seine Fähigkeit zur Selbstbegrenzung hin befragen lassen müssen.

Ob Indien die zugewachsene regionalpolitische Rolle zur allseitigen Befriedigung und Befriedung sowie zum Wohlergehen aller Völker und Staaten in Südasien wahrnehmen können, hängt nicht zuletzt in den neunziger Jahren davon ab, ob Indien seinem außenpolitischen Profil eine

sichere Grundlage in seiner inneren Stabilität geben kann. Die Akzente, die die neue Regierung unter Ministerpräsident Singh hier setzen wird, werden gewiß nicht nur in Islamabad oder Peking, sondern auch in allen anderen Nachbarstaaten und schließlich nicht weniger in Mos-

kau wie in der westlichen Welt aufmerksam registriert werden²⁸⁾.

²⁸⁾ Vgl. „Promises to keep, bills to pay. With debts mounting, can Singh keep India's economy growing?“, in: TIME Magazine vom 25. Dezember 1989, S. 44.

Anhaltende Spannungen in Tibet

Hintergründe, Ursachen, Perspektiven

Seit Oktober 1987 erscheint Tibet wieder in den Schlagzeilen der Weltpresse. Damals demonstrierten in der Hauptstadt Lhasa Tausende für staatliche Unabhängigkeit und die Rückkehr des Dalai Lama, ihres geistlichen und weltlichen Oberhauptes. Die überraschte chinesische Volksbefreiungsarmee schlug die Proteste schließlich gewaltsam nieder; etwa 20 Tibeter fanden dabei den Tod. Das harte Vorgehen hielt die Bevölkerung indes nicht von weiteren Protesten ab, die ihren Höhepunkt schließlich im März 1989 fanden, als Peking sogar das Kriegsrecht über Lhasa verhängte und alle Ausländer aus der Stadt verwies. Insgesamt haben die Unruhen der letzten Jahre weit über hundert Todesopfer gefordert — nahezu ausschließlich tibetische Zivilisten.

Was ist der Hintergrund der anhaltenden Proteste der Tibeter? Handelt es sich um eine interne chinesische Auseinandersetzung zwischen Anhängern einer traditionellen Theokratie und einer revolutionär-

när-marxistischen Bewegung oder um einen nationalen Konflikt zwischen zwei Völkern, um Selbstbestimmung und Prinzipien des internationalen Rechts?

Für die Chinesen ist zumindest der völkerrechtliche Status geklärt: „Tibet gehört als unablöslicher Teil zum chinesischen Territorium, was durch die geschichtliche Entwicklung begründet ist. Bereits im siebten Jahrhundert bestand ein reger und freundschaftlicher Verkehr zwischen den Han und der Bevölkerung Tibets. Seit der Yuan-Dynastie im 13. Jahrhundert fällt Tibet offiziell unter die Souveränität von China. Und das politische und religiöse System Tibets wurden von der zentralen chinesischen Regierung legitimiert. Auch im Verlauf der folgenden Jahrhunderte wurde trotz Wechsels der chinesischen Zentralregierung und der lokalen Regierung Tibets sowie der Invasion ausländischer Mächte die Tatsache, daß Tibet zu China gehört, nie angezweifelt.“¹⁾

I. Historischer Rückblick

Urmutter der sino-tibetischen Beziehungen ist nach chinesischer Darstellung Prinzessin Wen Cheng aus der Tang-Dynastie. Im Jahre 641 heiratete sie den tibetischen König Songsten Gampo. Laut chinesischer Geschichtsschreibung hat sie neben vielen anderen zivilisatorischen Errungenschaften den Buddhismus nach Lhasa gebracht²⁾. Dabei wird übersehen, daß Wen Cheng bereits die vierte Frau von König Songtsen Gampo war. Neben zwei einheimischen Adligen hatte er vier Jahre vor Wen Cheng die nepalesische Prinzessin Bhrikuti Devi geheiratet. Bhrikuti war wie Wen Cheng Buddhistin und damit die erste historisch nachweisbare Person, die Buddhas Lehre in Tibet eingeführt hat.

Bis zum 12. Jahrhundert kamen die meisten Impulse für die kulturelle Entwicklung aus dem Süden, aus Indien. Um 770 begann der große indische Gelehrte Padmasambhava mit der ersten buddhistischen Missionierung. Auf dem Konzil in Samye von 792–794 setzte er sich gegen die chinesische Zensur durch, die anschließend keine Bedeutung in Tibet mehr erlangte. Die traditionelle Bön-Religion erlebte im 9. Jahrhundert eine Renaissance, doch ein zweiter bedeutender indischer Missionar, Atisha, verhalf dem Buddhismus im 11. Jahrhundert zum endgültigen Durchbruch.

Politisch dominierten seit dem 13. Jahrhundert die Mongolen, die als Yuan-Dynastie von 1279 bis 1368 auch über China herrschten. Doch selbst nach ihrer Vertreibung vom Drachenthron blieben die Mongolen die Herrscher in Tibet; umgekehrt übten die Tibeter großen kulturellen und religiösen Einfluß auf den mongolischen Hof aus. Die tibetische Mon-

¹⁾ Bulletin der Botschaft der Volksrepublik China, Nr. 7 vom 28. August 1988, S. 1.

²⁾ Wen Chengs Rolle in Tibet wird ausführlich dargestellt in: Wang Furen/Suo Wenqing, Highlights of Tibetan History, Peking 1984, S. 18 ff.

golenmission begann 1247 und wurde vor allem von Fürst Kublai Khan ab 1260 begünstigt. Nachdem der buddhistische Elan einige Zeit zum Erliegen gekommen war, zog der tibetische Abt Sonam Gyatsos 1577 erneut an den Mongolenhof und nahm die Missionstätigkeit wieder auf. Das tibetisch-mongolische Verhältnis wird häufig mit den Kaiser-Papst-Beziehungen des Mittelalters verglichen. Eine solche Sichtweise ist jedoch problematisch, denn während der Papst auch eine bedeutende politisch-militärische Macht darstellte, achteten die Mongolen streng auf die Gewaltenteilung: Sie allein waren für die weltliche Macht zuständig und die Tibeter für den geistigen Bereich.

Erst seit 1720 übt das chinesische Kaiserhaus reale Macht in Tibet aus. Damals herrschte in China die Qing-Dynastie. Die Qing-Kaiser gehörten zum Volk der Mandschus aus dem Nordosten des chinesischen Staatsgebietes. Von der Mehrheit der Chinesen wurden sie — ähnlich wie Jahrhunderte zuvor die Mongolen — eher als Fremdherrscher angesehen. Die Tibeter betrachteten die Qing im frühen 18. Jahrhundert als willkommenen Verbündeten gegen die mongolischen Dsungaren, die — im Unterschied zu ihren Vorgängern — die tibetische Kultur nicht respektierten, sondern die Bevölkerung terrorisierten und Tempel sowie Klöster plünderten. Der Kaiser von China schien für die Tibeter weit genug entfernt, um ihn als einen Verbündeten zu gewinnen, der keinen allzu großen Einfluß auf die Innenpolitik nehmen würde. Der Qing-Herrscher nahm den Hilferuf gern auf. Schon bald zeigte sich jedoch, daß er nicht die Absicht hegte, die Tibeter ganz selbstlos gegen die Mongolen zu verteidigen. Statt dessen hinterließ er nach der Vertreibung der Dsungaren seinerseits Truppen in Lhasa.

Zudem ernannte er zwei Gesandte, sogenannte Ambane, die seine Interessen in Lhasa wahrnehmen sollten³⁾. Die Ambane wurden bald zu einer bedeutenden Macht in Tibet. Sie konnten die Einreise von Ausländern kontrollieren und bei der Ernennung des tibetischen Oberhauptes mitbestimmen.

II. Tibetische Reformbemühungen

Neben dem historischen Argument begründet China seinen Anspruch auf Tibet auch mit dem der sozialen Befreiung. Die Zustände im alten Tibet riefen scheinbar geradezu nach umfassenden Ver-

³⁾ Für den Begriff „Ambane“ gibt es verschiedene Übersetzungen: „Gesandte“, „Botschafter“, „Bevollmächtigte“.

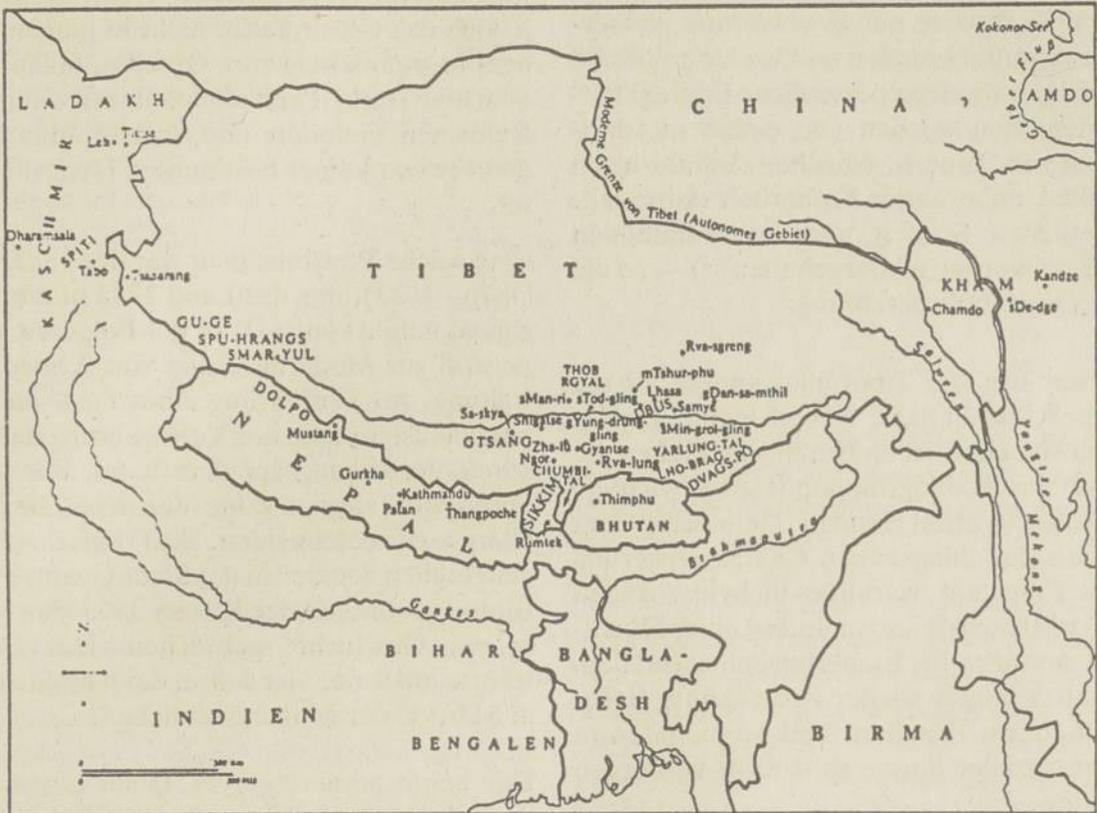
1904 näherten sich britische Kolonialtruppen unter Colonel Francis Younghusband der tibetischen Hauptstadt Lhasa. Die Briten fürchteten einen wachsenden Einfluß des russischen Zaren im Norden ihres Empire, denn Petersburg hatte kurz zuvor die zentralasiatischen Territorien erobert. Die Briten zwangen die Tibeter zu einem Vertrag, der ihnen drei Handelsstationen im Süden des Landes zugestand und alle ausländischen Mächte vom „Dach der Welt“ fernhielt. Der amtierende Dalai Lama war bei der Vertragsunterzeichnung nicht anwesend, sondern zunächst in die Mongolei und später an den chinesischen Kaiserhof geflohen. Da die Briten nicht lange in Lhasa blieben, kehrte er 1909 zurück, doch erneut war ihm nur ein kurzer Aufenthalt beschieden. Ein Jahr später floh er in die entgegengesetzte Richtung und suchte im nordindischen Darjeeling Schutz unter britischer Obhut. Ursache dafür war die Verstärkung des in Lhasa stationierten chinesischen Militärs. Damit sollte die im Laufe der Zeit geschwächte Macht der Ambane neu gefestigt und der Anspruch auf Tibet gegenüber möglichen Konkurrenten wie England oder Rußland deutlich gemacht werden.

Die Restauration der chinesischen Macht währte allerdings nicht lange. Mit dem Ausbruch der bürgerlichen Revolution in China im Jahr 1911 verlor die Qing-Dynastie auch in Tibet ihre Grundlage. Tibetische Verbände erhoben sich im März 1912 und zwangen die chinesischen Soldaten zum Rückzug; der heimgekehrte Dalai Lama konnte die Unabhängigkeit ausrufen. Nicht einmal äußere Insignien wie Flagge und Hymne fehlten bei dem Akt.

Wenn sich das offizielle China 40 Jahre nach der Proklamation der Volksrepublik bei seinen Ansprüchen auf Tibet noch immer auf die feudalistischen Yuan- und Qing-Dynastien sowie eine Prinzessin der nicht weniger feudalistischen Tang-Dynastie beruft, dann wird deutlich, daß es sich bei den Auseinandersetzungen in Tibet nicht so sehr um ideologische Streitfragen zwischen Kommunisten und traditionellen Buddhisten handelt, sondern um einen nationalen Konflikt.

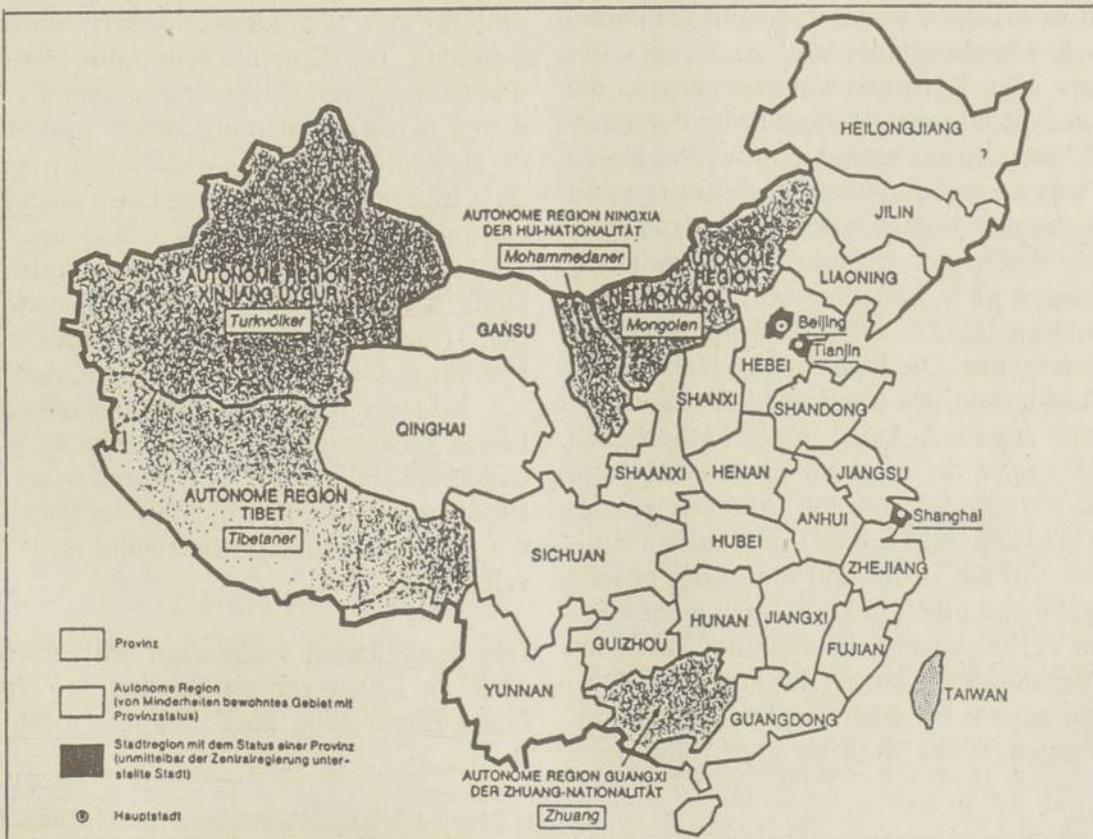
änderungen: „Das alte Tibet war eine Theokratie mit feudaler Leibeigenschaft. Die Lamas und der Adel übten ihre Diktatur durch die Verbindung von politischer und religiöser Macht aus, die in den Händen einer kleinen, unermesslich reichen Ausbeuterklasse buddhistischer Mönche, Adelliger und der Bürokratie konzentriert war. Diese mächtigen

Karte 1: Tibet



Quelle: Klemens Ludwig, Tibet, Verlag C. H. Beck, München 1989.

Karte 2: Tibet als Autonome Region Chinas



Quelle: Oskar Weggel, China, Verlag C. H. Beck, München 1981.

feudalen Stände besaßen alles Land und den größten Teil des Zugviehs, während die Leibeigenen und Sklaven, 95 Prozent der Bevölkerung, keinerlei Produktionsmittel besaßen und weder politische Rechte noch irgendwelche persönliche Freiheit hatten. Die Menschen wurden von einem mörderischen System von Steuern, Abgaben, Schuldzinsen und qualvoller, unbezahlter Fronarbeit erdrosselt. Mit schauerlichen Strafen und Foltermethoden wurde die Bevölkerung niedergehalten“⁴⁾ – so die chinesische Geschichtsschreibung.

Zweifellos war das alte Tibet alles andere als ein theokratischer Musterstaat. Neben einem großen Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche hielten die Mönche auch das Bildungsmonopol sowie wichtige politische Ämter in ihren Händen. Dennoch drängt sich angesichts der chinesischen Charakterisierung geradezu die Frage auf, warum es nicht zu sozialen Unruhen, Aufständen oder zumindest einer Fluchtbewegung gekommen ist. Immerhin gab es seit dem 17. Jahrhundert immer wieder ausgedehnte Besuche von Forschern, Händlern und Missionaren in Tibet, denen sozialer Sprengstoff nicht verborgen geblieben wäre.

Offensichtlich hat der Klerus den Bauern und Nomaden mehr persönliche Freiheiten gelassen, als es die Chinesen wahrhaben wollen, und er hat ihnen die Religion gegeben, die hier im Alltag der Menschen eine so große Rolle spielt, wie kaum irgendwo auf der Erde. Zudem übersieht die chinesische Geschichtsschreibung, daß zu Beginn des Jahrhunderts eine Reformbewegung auftrat, die aus eigenem Antrieb eine Veränderung der überkommenen Verhältnisse vornehmen wollte. Dabei machte sie sich die traditionellen Strukturen so weit als möglich zunutze. Neben Adel und Äbten gab es nämlich eine dritte entschiedene Macht in Tibet, deren Interessen nicht unbedingt mit den anderen übereinstimmten: den Dalai Lama, das geistige und weltliche Oberhaupt. Die Position des Dalai Lama ist eine Besonderheit des tibetischen Buddhismus. Im Gegensatz etwa zum Papst in der katholischen Kirche wird er nicht im fortgeschrittenen Alter von der Spitze der Hierarchie gewählt, sondern im Kindesalter als Wiedergeburt seines Vorgängers ausfindig gemacht. Nur die vierte und fünfte der bislang 14 Wiedergeburten oder Inkarnationen entstammten adeligen Verhältnissen; alle anderen kamen aus einfachen Verhältnissen fernab der Hauptstadt. So starben denn auch vermutlich vier Dalai Lamas eines gewaltsamen Todes, weil sie dem Ränkespiel

der Adels- und Mönchselite oder ausländischen Mächten im Wege standen. Wenn der Dalai Lama jedoch das Glück hatte, nicht in jungen Jahren einem Mordanschlag zum Opfer zu fallen und er zudem eine starke Persönlichkeit war, dann konnte er Reformen einleiten und soziale Impulse geben, denn er war keiner bestimmten Dynastie verpflichtet.

Eine solche Persönlichkeit war der 13. Dalai Lama (1876–1933), der das Land 1912 in die Unabhängigkeit geführt hatte⁵⁾. In der Folgezeit gab er den Anstoß zur Modernisierung von Armee und Verwaltung, zur Einführung eines Post- und Telegraphendienstes sowie der Verbesserung der medizinischen Versorgung auf dem Land. Für politischen Sprengstoff sorgten seine Versuche, die Macht des Klerus zu beschneiden. Mit einer sogenannten „englischen Schule“ in der Stadt Gyantse wurde das Bildungsmonopol der Klöster 1922 zum ersten Mal in der Geschichte gebrochen. Das Experiment währte indes nur vier Jahre, dann mußte die Schule auf Druck der Mönche schließen.

Der heute amtierende 14. Dalai Lama trat seine Aufgabe am 17. November 1950 im Alter von 15 Jahren an. Mit großem Elan setzte er die Reformbemühungen seines Vorgängers fort, doch blieb ihm nicht viel Zeit. Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Ernennung einer Reformkommission, die seine Pläne von der Erneuerung Tibets in die Praxis umsetzen sollte. Sie befreite viele Bauern aus der Schuldknechtschaft, indem sie alle Schulden, die älter als acht Jahre waren, aufhob und bei jüngeren die Zinszahlungen tilgte. Diesmal waren es jedoch nicht nur Adels- und Mönchselite, die sich der Erneuerung widersetzen, sondern auch die Chinesen. Mao Tsetung hatte nach der Proklamation der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 die „Heimkehr Tibets ins chinesische Mutterland“ gefordert. Ein halbes Jahr später machten sich Truppen der Volksbefreiungsarmee auf, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen. Am 9. September 1951 erreichten sie die tibetische Hauptstadt Lhasa. Dort zeigten sie keine Neigung, auf den vorhandenen Initiativen zur Reformierung Tibets aufzubauen, die offenbar nicht in das Bild paßten, das die Chinesen zur Rechtfertigung ihres Vorgehens zeichneten.

Die Spannungen eskalierten schließlich im März 1959. In Lhasa verbreitete sich das Gerücht, der Dalai Lama solle nach Peking entführt werden.

⁴⁾ Der Zorn der Leibeigenen in Tibet. Peking 1976. (Vorwort, ohne Seitenzahl).

⁵⁾ Eine ausführliche Würdigung des 13. Dalai Lama findet sich in: Charles Bell, Portrait of a Dalai Lama. The Life and Times of The Great Thirteenth, London 1987.

Tausende von Tibetern zogen darauf zum Palast ihres Oberhauptes, um ihn gegen die Chinesen zu verteidigen. Als eine militärische Konfrontation unvermeidlich schien, floh der Dalai Lama nach Indien. Zwölf Stunden später bombardierte die Volksbefreiungsarmee den Palast und rieb den tibetischen Widerstand vollständig auf. Damit war das alte Tibet für immer vernichtet.

Die tragischen Ereignisse dämpften nicht den Reformwillen des Dalai Lama. 1963 veröffentlichte er eine moderne tibetische Verfassung, die buddhistische Grundsätze mit demokratischen Prinzipien verband. Die Verfassung sieht unter anderem auch vor, daß die Volksversammlung, das oberste Organ, den Dalai Lama von seinen politischen Ämtern entbinden kann⁶⁾.

III. Ungeklärte Statusfrage

Über die Rechtmäßigkeit des chinesischen Vorgehens streiten sich Juristen bis heute. Die Tibeter berufen sich bei ihrer Forderung, als eine eigenständige Nation mit dem Recht auf staatliche Unabhängigkeit anerkannt zu werden, unter anderem auf den Vertrag, den die Regierung 1904 mit den englischen Truppen unter Colonel Younghusband abgeschlossen hatte und der von den chinesischen Ambanen nicht unterzeichnet worden war. Damit habe die englische Krone faktisch die Souveränität Tibets anerkannt. Die Chinesen dagegen verweigern den Tibetern die Befugnis zu einer völkerrechtlich so bedeutenden Handlung. Die Engländer zogen sich diplomatisch geschickt aus der Affäre: Sie billigten Tibet keine Souveränität, sondern eine Suzeränität zu, was eine innere Selbstverwaltung bei außenpolitischer Abhängigkeit bedeutet.

Wie problematisch die Anwendung dieser modernen Begriffe auf die Situation im alten Tibet ist, erläutert der Bonner Indologe und Tibetologe Michael Balk: „Es ging nunmehr (d. h. zwischen 1904 und 1914, d. Vf.) um Begriffe wie Suzeränität, Souveränität und Autonomie – Begriffe, die folgendes enthalten: genau festgelegte Grenzen, klar bemessene Befugnisse, eindeutig definierte Hoheitsrechte. Aus der asiatischen Flexibilität in den Dingen des Lebens und der Herrschaft wurde eine europäisch geprägte Bestimmtheit in den Angelegenheiten der Politik und des verbrieften Anspruchs. Es ist charakteristisch für die chinesische Seite, daß die modern formulierten und in modernen Kategorien gemeinten Ansprüche auf und in Tibet begründet werden mit Verhältnissen und Zuständen, die vor jener Zeitenwende – wenn man so will – bestanden haben. Es wird dabei aber bewußt oder nachlässig übergangen, daß jene Verhältnisse, auf die man dabei verwies, von einer ganz anderen Art und von einem ganz anderen Zuschnitt waren als

die Ansprüche, die sie begründen sollen.“⁷⁾ Auch andere Wissenschaftler kommen eher zu einer skeptischen Beurteilung des chinesischen Anspruchs auf Tibet.

Am 8. Juli 1987 erklärte hingegen die Bundesregierung auf eine Anfrage der Abgeordneten der GRÜNEN Petra Kelly: „Für die Bundesregierung wie für die gesamte Staatengemeinschaft ist geklärt, daß Tibet völkerrechtlich Teil des chinesischen Staatsverbandes ist.“⁸⁾ Die Erklärung sollte eine geplante Reise von Bundeskanzler Kohl nach Tibet rechtfertigen, die auch von Koalitionspolitikern als unnötige Anerkennung des chinesischen Anspruchs auf Tibet kritisiert worden war⁹⁾. Petra Kelly beauftragte daraufhin den wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages mit einer Expertise über die völkerrechtlich wirksame Eingliederung Tibets in den chinesischen Staatsverband. Das Ergebnis der Studie: „Die Staatengemeinschaft geht zwar davon aus, daß Tibet Teil des chinesischen Staatsverbandes ist, doch wurde der Status Tibets nicht geklärt. Zum Zeitpunkt der gewaltsamen Einverleibung Tibets in den chinesischen Staatsverband war es ein eigenständiger Staat. China hat keinen wirksamen Gebietstitel erworben, weil das dem Grundprinzip des aus dem Gewaltverbot hervorgehenden Annexionsverbots entgegensteht. Die Effektivität tatsächlicher Herrschaftsgewalt über ein Gebiet vermag keinen Gebietserwerb zu bewirken, der sich nicht im Rahmen des Völkerrechts hält.“¹⁰⁾

Schließlich beruft sich China noch auf das „17-Punkte-Abkommen zur friedlichen Befreiung“ vom 23. Mai 1951. Damals war eine – vom Dalai Lama nicht autorisierte – tibetische Delegation nach Pe-

⁶⁾ Der vollständige deutsche Text der Verfassung findet sich in: Bruno Zoratto, *Inferno Tibet*. Gespräch mit dem Dalai Lama Friedensnobelpreisträger 1989, Böblingen 1990, S. 213 ff.

⁷⁾ Michael Balk, *Gehört Tibet zu China?*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. August 1987.

⁸⁾ Bundestagsdrucksache 11/608, Frage 6, S. 3.

⁹⁾ Vgl. u. a. den Artikel „Dünne Luft“, in: Der Spiegel, Nr. 29 vom 13. Juli 1987.

¹⁰⁾ Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags, Fachbereich II, Nr. WF II – 163/87 vom 12. August 1987.

king komplimentiert worden, um eine Vereinbarung zu unterschreiben, die im ersten Punkt unmißverständlich festlegte: „Das tibetische Volk soll in die große Familie des Mutterlandes — der Volksrepublik China — zurückkehren.“ Gleichzeitig sicherte es den Tibetern auch Autonomierechte zu, so unter Punkt 4: „Die Zentralbehörden werden das bestehende politische System unverändert lassen. Die Zentralbehörden werden außerdem den bestehenden Status, die Funktionen und Befugnisse

des Dalai Lama nicht antasten.“ Unter Punkt 7 heißt es: „Religion, Sitten und Gebräuche des tibetischen Volkes sollen respektiert und die Lamaklöster geschützt werden. Die Zentralbehörden werden den Klöstern unverändert ihre Einnahmen lassen.“¹¹⁾

Der Dalai Lama verwarf das Abkommen nach seiner Flucht, weil es nicht freiwillig zustande gekommen sei und sich die Chinesen zudem nicht an ihre eigenen Verpflichtungen gehalten hätten.

IV. Menschenrechtsverletzungen und Verfolgungen

Unbestritten sind die schweren Menschenrechtsverletzungen, deren Opfer Tibeter aller Schichten nach der Flucht des Dalai Lama im März 1959 wurden. Mönche, Nonnen und vermeintliche Reaktiönäre wurden in Arbeitslager gesteckt, wo Hunderttausende unter unmenschlichen Bedingungen starben. Eine der Überlebenden, Adhi Tapetso, schilderte im April 1989 auf einer Tibet-Anhörung des Deutschen Bundestages ihre Erlebnisse: „Die Mönche und Frauen erhielten dreimal täglich eine Schale mit einer wässrigen Flüssigkeit, angeblich Maissuppe. Schon nach kurzer Zeit waren viele verhungert. Vier von uns wurden ausgesucht, die Schweine der Chinesen zu hüten. Wir haben nur überlebt, weil wir von dem Schweinefutter gegessen haben. Bald wurde uns klar, warum wir für diese leichtere Arbeit eingeteilt worden waren. Der chinesische Kommandant betrachtete uns als seinen Besitz und vergewaltigte uns. Wir konnten uns nicht wehren. Ich glaube, es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, daß Tag für Tag zehn Gefangene in dem Klostersgefängnis starben. Eines Tages wurden hundert Frauen ausgesucht, um in einem Bleiwerk nahe Dartsedo zu arbeiten . . . Frauen, die noch bei Kräften waren, wurden zu schwerer Arbeit eingeteilt, die Schwächeren mußten in der Landwirtschaft arbeiten. Auf den Feldern der Chinesen ernährten wir uns von Unkraut und Wurzeln. Manche Frauen aßen auch Würmer, Insekten, sogar Kakerlaken . . . Frauen wachten nachts auf und schreien ‚ich habe Hunger, gib mir etwas, bevor ich sterbe‘. Noch heute höre ich ihre Schreie . . .“¹²⁾

Nahezu alle Klöster wurden zu der Zeit zerstört. Auch für die Menschen außerhalb der Arbeitslager war die Freizügigkeit stark eingeschränkt und der Besitz religiöser Gegenstände streng verboten. Zu-

dem wurde die Landwirtschaft grundlegend umstrukturiert. Genossenschaften und Kollektive, die den tibetischen Bauern gänzlich fremd waren, verursachten einen erheblichen Produktionsrückgang. Schließlich zwang die chinesische Verwaltung die Bauern, Weizen statt der anspruchslosen Gerste anzubauen. So war der Boden nach wenigen Ernten ausgelaugt, Nahrungsmittelknappheit und Hungersnöte waren die Folge.

Am 9. September 1965 proklamierte die chinesische Regierung die sogenannte Autonome Region Tibet. Dieser Akt halbierte das tibetische Territorium; große Teile der tibetischen Bevölkerung lebten plötzlich per Verwaltungsanordnung in chinesischen Provinzen, denn Osttibet wurde aufgeteilt und den chinesischen Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan angegliedert. Wenn die Chinesen heute von Tibet sprechen, meinen sie nur die Autonome Region, in der etwa zwei von sechs Millionen Tibetern leben.

Der Terror gegen die tibetische Bevölkerung steigerte sich noch während der Großen Proletarischen Kulturrevolution, die im August 1966 begann. Im folgenden Jahrzehnt vollendeten die Roten Garden das Werk der Zerstörung in Tibet. Selbst das Tragen eines Rosenkranzes, Blumen auf den Fensterbänken oder das Halten von Haustieren galten als Zeichen reaktionärer Gesinnung und zogen schwere Strafen nach sich.

Am meisten fürchteten die Menschen jedoch die abendlichen Klassenkampfsitzungen, *Thamzing* genannt, auf denen sie ihre „revolutionäre Gesinnung“ unter Beweis stellen mußten. Pema Thonden, eine Exiltibeterin, die 1979 als eine der ersten nach der Öffnung Tibets ihre Heimat besuchen durfte, berichtet darüber: „Dieses *Thamzing* — schlimmer als der Tod oder jede Folter — wurde jeden Abend nach Beendigung der Arbeit abgehalten und dauerte bis Mitternacht. Während des *Thamzing* wurden die Menschen gezwungen, sich gegenseitig zu kritisieren und zu schlagen. Wer sich

¹¹⁾ Der volle Wortlaut des 17-Punkte-Abkommens findet sich u. a. in: Peter-Hannes Lehmann/Jay Ullal, Tibet. Das stille Drama auf dem Dach der Erde, Hamburg 1981, S. 366.

¹²⁾ „Die ist ja noch gar nicht tot“, in: Die Zeit vom 16. Juni 1989.

weigerte, wurde selbst geschlagen. Nachbarn gegen Nachbarn, Schüler gegen Lehrer, Kinder gegen Eltern. Wenn Du an der Reihe warst, Kritik zu üben, mußt Du ihnen, selbst wenn es Deine Mutter oder Dein Vater war, ins Gesicht spucken und mit aller Kraft treten oder schlagen. Andernfalls drohte Dir, weil Du es nicht mit genügendem Ernst tatest, dasselbe.“¹³⁾

Die Tibet-Bilanz nach dem Tode Maos am 8. September 1976 und der Entmachtung seiner radikalen Erben, der sogenannten „Viererbande“, war erschütternd. Laut Angaben des Dalai Lama, die von unabhängigen Menschenrechtsorganisationen bestätigt wurden, waren über eine Million Menschen in Arbeitslagern, durch Exekutionen, Massaker oder Hungersnöte ums Leben gekommen. Die Landwirtschaft war für Jahre ruiniert. Von den knapp 4 000 Klöstern, Tempeln und religiösen

Kultstätten hatten nur 13 die Zerstörungen überstanden.

Lange Zeit war es einfach, diese Verbrechen allein den sogenannten „linksextremen Elementen der Kulturrevolution“ anzulasten, von denen sich heute alle distanzieren. Im Juli 1987 legte die chinesische Führung auf einer Pressekonferenz in Lhasa jedoch erstmals eine detaillierte Statistik der Zerstörungen vor. Danach geschah die Zerstörung des größten Teils aller Kultstätten und die Verfolgung der Mönche schon vor der Kulturrevolution¹⁴⁾.

Diese einem Völkermord gleichenden Verfolgungen zwischen 1959 und 1976 sind einer der wichtigsten Gründe, warum die Tibeter der chinesischen Herrschaft trotz mancher Liberalisierungen ablehnend gegenüberstehen und mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit eintreten.

V. Liberalisierungen und wirtschaftliche Verbesserungen

Als Zäsur in der jüngeren tibetischen Geschichte gilt der Juni 1980. Damals besuchte der KP-Generalsekretär Hu Yaobang das Land. Hu, dessen Tod 1989 der Auslöser für die friedlichen Massenproteste war, zeigte sich vom Umfang der Zerstörungen selber überrascht und gestand in einem internen Papier ein, daß die Situation schlimmer sei als vor 1959. Einen Monat nach seinem Besuch wurde der Generalsekretär der Autonomen Region, Ren Rong, von seinem Amt entbunden, weil er den radikalen Mao-Nachfolgern nahestand. Die örtlichen Funktionäre mahnte Hu Yaobang: „Da die tibetische Kultur sehr alt und reichhaltig ist, verdient sie es, gewissenhaft studiert und entwickelt zu werden. Auffassungen, in denen sich eine Geringschätzung der tibetischen Kultur ausdrückt, sind falsch.“¹⁵⁾

Konkret verfügte die Parteiführung eine Abgabefreiheit für die Bauern, die – mit Unterbrechungen – bis heute gilt. Außerdem ist eine begrenzte Privatinitiative wieder erlaubt. Dies hat zu einer spürbaren Verbesserung der Ernährungssituation geführt. Nach chinesischen Angaben hat sich die

Getreideproduktion heute gegenüber 1959 verdreifacht und der Viehbestand verdoppelt. Die Einkünfte der Bauern und Nomaden konnten sich zwischen 1979 und 1985 verdoppeln.

Bemerkenswerte Erfolge verzeichnen die Chinesen auch beim Aufbau einer Industrie, die es im alten Tibet nicht gab. Obwohl die Infrastruktur nach wie vor unzureichend ist und die hohen Transportkosten nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten kaum vertretbar sind, existieren in Tibet etwa 250 kleine und mittlere Industriebetriebe. Sie umfassen die Bereiche Elektrizität, Bergbau, Bauwesen, Wollspinnerei, Papierherstellung, Nahrungsmittelproduktion und andere. Überleben können sie jedoch nur dank der Subventionen aus der chinesischen Hauptstadt. Insgesamt beliefen sich die Zuschüsse der Regierung nach eigenen Angaben zwischen 1979 und 1986 auf 5,9 Milliarden Yuan; das entspricht knapp fünf Milliarden DM.

Auch auf dem Bildungssektor wartet Peking mit respektablem Zahlen auf: Heute gibt es in Tibet drei Hochschulen, 14 Fachschulen, 64 Mittelschulen und 2 380 Grundschulen. 27 Millionen Yuan wurden für die Restaurierung von 234 Klöstern und Tempeln bereitgestellt¹⁶⁾. Religionsfreiheit und Freizügigkeit sind offiziell wiederhergestellt, und so

¹³⁾ Klemens Ludwig, Tibet. Eine Länderkunde. München 1989, S. 77.

¹⁴⁾ Die genauen Zahlen für die Autonome Region Tibet finden sich in dem Artikel: „Kohl spricht Menschenrechtsfragen an“, in: Stuttgarter Zeitung vom 20. Juli 1987. U. a. folgende Organisationen haben Dokumentationen über die Menschenrechtsverletzungen und Kulturzerstörungen veröffentlicht: Internationale Juristenkommission, Genf; Amnesty International, London; Asia Watch, Washington; Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen.

¹⁵⁾ Zit. bei P.-H. Lehmann (Anm. 11), S. 346.

¹⁶⁾ Die Zahlen stammen aus dem Bulletin der chinesischen Botschaft und von dem Presseattaché der Botschaft in der Schweiz. Pan Haifeng, in einem Leserbrief an die Neue Zürcher Zeitung vom 23. April 1988.

pilgern Jahr für Jahr Tausende zu den heiligen Städten in Lhasa. Auch den Pilgern kommt das in den fünfziger Jahren errichtete Straßennetz zugute,

das 23 000 Kilometer umfaßt und Tibet mit den chinesischen Provinzen Sichuan, Qinghai und Sinkiang sowie mit Nepal verbindet.

VI. Schattenseiten

Ungeachtet der Liberalisierungen und ökonomischen Fortschritte sehen Exiltibeter die Identität ihres Volkes jedoch weiterhin bedroht. Sie verweisen beispielsweise darauf, daß sich die Religionsfreiheit auf äußere Formen und Riten beschränkt. Die tiefen Inhalte der buddhistischen Lehre, für deren Studium die Mönche früher Jahrzehnte benötigt haben, können nur schwer weitergegeben werden, denn nahezu alle alten Lehrer sind tot oder im Ausland. Zudem fehlt es den Klöstern an einer wirtschaftlichen Grundlage, um all die interessierten Novizen aufzunehmen. Ihre Ländereien sind enteignet, und die Gläubigen besitzen selbst kaum mehr als das Nötigste zum Überleben.

Andere Schattenseiten fallen jedem Tibetreisenden sofort ins Auge: Chinesen dominieren alle wichtigen Positionen in Lhasa und den anderen größeren Städten. In der Verwaltung, im Fremdenverkehrsbüro, auf der Post oder in der Bank — wer etwas zu sagen hat, ist zumeist Chinese. Offensichtlich wird an der Sinisierungspolitik, der Ansiedlung von Chinesen — ungeachtet aller anderslautenden Erklärungen — festgehalten. Die Angaben für die Chinesen in der Autonomen Region schwanken je nach Quelle zwischen 155 000 und 400 000. Mindestens 60 000 leben in der Hauptstadt Lhasa, wo die Tibeter mit 40 000 Menschen bereits zur Minderheit geworden sind. In Osttibet ist die Sinisierung am weitesten fortgeschritten. In der ehemaligen tibetischen Provinz Kham im Südosten stellen beide Bevölkerungsgruppen etwa 2,5 Millionen Menschen, im nördlich gelegenen Amdo, der Heimat des amtierenden Dalai Lama, leben etwa 2,5 Millionen Chinesen neben 800 000 Tibetern. In den Grenzen

des historischen Tibet leben insgesamt mindestens sechs Millionen Chinesen; die Tibeter stellen also allenfalls noch die Hälfte der Bevölkerung in ihrem eigenen Land¹⁷⁾. In dieser Entwicklung sehen Exiltibeter die größte Gefahr für das tibetische Volk. In den vergangenen Jahren häuften sich zudem Fälle von Zwangssterilisierungen tibetischer Frauen. Vor allem Nomadenfrauen werden — oft sogar ohne ihr Wissen — von mobilen chinesischen Ärzteteams sterilisiert¹⁸⁾.

In all den Zahlen über die Bevölkerungsverteilung sind die chinesischen Soldaten nicht einmal enthalten. Sie entziehen sich jeder Erfassung und die Spekulationen bewegen sich zwischen einer viertel und einer halben Million. Für jeden Reisenden auf dem „Dach der Welt“ ist es offensichtlich, daß es sehr viele sein müssen, denn im Großraum Lhasa bestimmen sie das Straßenbild. Ihr Einsatz bei den Demonstrationen hat gezeigt, daß sie auch innenpolitische Ordnungsfunktionen erfüllen müssen. Ein großer Teil ihrer Waffen eignet sich jedoch nicht zur Niederschlagung von Demonstrationen. So hat die Volksbefreiungsarmee nahe des Orts Nagchu, 320 Kilometer nördlich von Lhasa, 90 Mittelstreckenraketen verschiedener Reichweite stationiert. An anderer Stelle gibt es Interkontinentalraketenbasen. Nur 60 Kilometer westlich von Lhasa befinden sich J-7 Jagdflugzeuge mit einer Reichweite von 900 Meilen¹⁹⁾. Die meisten dieser Waffen sind nach Indien oder Vietnam gerichtet; möglicherweise sollen sie Chinas Anspruch als asiatische Großmacht untermauern, auch wenn kaum jemand an ihren Einsatz glaubt.

VII. Verhandlungsperspektiven

Nachdem es in den internationalen Gremien jahrzehntelang ruhig um Tibet war, ist seit Mitte der achtziger Jahre Bewegung in die Diplomatie gekommen. Zwar hatte die UN-Vollversammlung gegen den Widerstand der UdSSR das Tibet-Problem 1959, 1961 und 1965 erörtert, doch mehr als eine

unverbindliche Verurteilung des chinesischen Vorgehens sowie eines hilflosen Appells, die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht zu

S. 108 ff. Christa Meindersma hat neun Monate als Rote-Kreuz-Mitarbeiterin in Tibet gearbeitet.

¹⁸⁾ „Bevölkerungspolitik mit dem Messer“, in: Die Tageszeitung vom 28. April 1989; Blake Kerr, Abtreibung und Zwangssterilisation — Der schleichende Völkermord, in: P. Kelly u. a. (Anm. 17), S. 98 ff.

¹⁹⁾ Vgl. Michael Alexander, Die militärstrategische Bedeutung Tibets, in: P. Kelly u. a. (Anm. 17), S. 114 ff.

¹⁷⁾ Genaue Zahlen finden sich u. a. bei Christa Meindersma, Sinisierung und Diskriminierung — der Alltag in Tibet, in: Petra Kelly/Gert Bastian/Klemens Ludwig, Tibet klagt an. Zur Lage in einem besetzten Land, Wuppertal 1990,

achten, kamen dabei nicht heraus. Heute ist China an westlichen Technologien und einer engen Zusammenarbeit mit dem westlichen Ausland interessiert. Dies eröffnet den Tibetern neue Möglichkeiten, auf ihre Anliegen hinzuweisen.

Auch wenn kein westlicher Staat offiziell die tibetische Exilregierung anerkennt oder sonstwie unterstützt, treten viele einzelne Abgeordnete aller politischen Richtungen sowie andere Vertreter des öffentlichen Lebens für die Menschen- und Völkerrechte in Tibet ein. Der amerikanische Kongreß, das Europäische Parlament, der Deutsche Bundestag und andere nationale Parlamente haben sich in den letzten Jahren – nicht zuletzt unter dem Eindruck der anhaltenden Unruhen – für einen Dialog zwischen der Volksrepublik China und Vertretern des tibetischen Volkes ausgesprochen.

Um den Chinesen auf dem Weg dorthin entgegenzukommen, hat der Dalai Lama in einer Rede vor dem Europäischen Parlament vom 15. Juni 1988 erstmals auf die Forderung nach voller staatlicher Unabhängigkeit verzichtet. Konkret bot er an: „Gesamt Tibet soll in Assoziierung mit der Volksrepublik China eine sich selbst regierende, demokratisch-politische Einheit werden, die sich mit der Zustimmung des Volkes auf Recht gründet und sich für das Allgemeinwohl sowie für den Schutz der Bevölkerung und der Umwelt verpflichtet. Die Regierung der Volksrepublik China könnte auch weiterhin für Tibets Außenpolitik verantwortlich bleiben.“²⁰⁾ Diese Vorschläge stießen bei vielen jungen Tibetern auf erbitterte Ablehnung, denn sie sehen darin eine Aufgabe von Verhandlungspositionen, noch bevor es überhaupt zu Verhandlungen gekommen sei.

Die Konzessionsbereitschaft des Dalai Lama zielte vor allem darauf ab, die Chinesen im Gegenzug zu einer Beendigung der Militarisierungs- und Sinisierungspolitik zu bewegen. Im Oktober 1988 signalisierte Peking die Bereitschaft zu direkten Verhandlungen mit dem Dalai Lama, doch wurde die Teilnahme von Mitgliedern des Exilparlaments als unannehmbar abgelehnt, weil das eine Anerkennung dieser Vertretung bedeutet hätte. Schließlich wurde Genf als Ort für die Verhandlungen festgelegt, die im Januar 1989 beginnen sollten. Der erste direkte Kontakt zwischen dem Dalai Lama und der chinesischen Führung seit 30 Jahren schien also in greifbarer Nähe und beide Seiten konnten sich von den Verhandlungen einiges versprechen. China sah darin eine Möglichkeit, die internationalen Proteste

gegen das harte Vorgehen bei den Unruhen einzudämmen und die Exiltibeter hofften auf eine Beruhigung der Lage in ihrer Heimat.

Doch wenige Wochen vor dem historischen Dialog sagten die Chinesen überraschend und ohne Begründung ab. Unmittelbar danach kam es erneut zu schweren Ausschreitungen in Lhasa. Seit der Niederschlagung der friedlichen Demokratiebewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens sind die Hoffnungen auf eine Verhandlungslösung des Tibet-Problems weiter gesunken, denn ähnlich wie in Peking verfolgt die Parteiführung in Tibet eine harte Linie. Das bereits im März 1989 verhängte Kriegsrecht über Lhasa war nahezu ein Jahr in Kraft. Touristen und sonstige ausländische Besucher blieben monatelang weitgehend ausgesperrt, denn sie hatten häufig Botschaften und Berichte der Tibeter ins Ausland gebracht oder die Unabhängigkeitsbewegung auf andere Art gestärkt.

Ein anonym gebliebener Leiter einer der wenigen Reisegruppen schilderte die Situation ein halbes Jahr nach Verhängung des Kriegsrechts: „Lhasa selbst befindet sich im Belagerungszustand. Zwar hatte es schon immer an der Einfahrt zur Stadt einen Kontrollposten gegeben, doch heute patrouillieren hier schwer bewaffnete Armee-Einheiten und unterziehen jedes Fahrzeug einer gründlichen Kontrolle. Auch Busse mit ausländischen Touristen werden kontrolliert, mitunter sogar an Kreuzungen in der Stadt selbst . . . Die Präsenz der Militärmacht wird den Touristen auch dann vor Augen geführt, wenn vor dem Hotel über hundert Soldaten mit martialisch klingendem Gebrüll exerzieren. Den nachhaltigsten Eindruck von der Lage in Tibet erhält der Reisende beim Besuch der Klöster von Lhasa und der Umgebung. Ein Gürtel weißer chinesischer Militärzelte umgibt die drei großen Klöster Sera, Drepung und Ganden. Soldaten kontrollieren jeden, der sie betreten oder verlassen möchte . . . Die Chinesen in Uniform haben sich offenbar auf einen langen Aufenthalt eingerichtet.“²¹⁾

Doch auch der Widerstand ist allgegenwärtig, wie dieser Augenzeugenbericht ausführt: „Die Grenzen chinesischer Macht werden jedoch spürbar, wenn der Fremde das auf dem Barkhor (der heiligste Bezirk im Zentrum von Lhasa, d. Vf.) gekaufte Souvenir auspackt und dann einen Zettel in englischer Sprache vorfindet: ‚Down with Chinese Imperialism‘. Auf primitiv gedruckten Blättchen wird ein Bekenntnis zum Dalai Lama und gegen die chinesische Okkupation abgelegt . . . Der Mut der Tibeter

²⁰⁾ Rede an die Mitglieder des Europäischen Parlaments von Seiner Heiligkeit des Dalai Lama. Straßburg, 15. Juni 1988, hrsg. von The Office of Tibet, Zürich 1988.

²¹⁾ „Kontrollen vor Klöstern“, in: Die Zeit vom 27. Oktober 1989.

Peter Schier

Kambodscha zwischen Krieg und Frieden

Der Konflikt in und um Kambodscha, bisweilen auch als der dritte Indochina-Konflikt bezeichnet, dauert bereits mehr als zehn Jahre. Nach dem Abzug des Großteils der vietnamesischen Besatzungstruppen im September 1989 haben die militärischen Auseinandersetzungen in Kambodscha sogar erheblich zugenommen, und die antivietnamesischen Widerstandsgruppen – vor allem die Roten Khmer – scheinen seit Frühjahr 1990 auf dem Vormarsch. Alle bisherigen Versuche, eine politische Lösung des Konflikts herbeizuführen, sind gescheitert. Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage nach den grundlegenden Bedingungen und Elementen einer dauerhaften Lösung des Kambodscha-Konflikts und nach den Hinder-

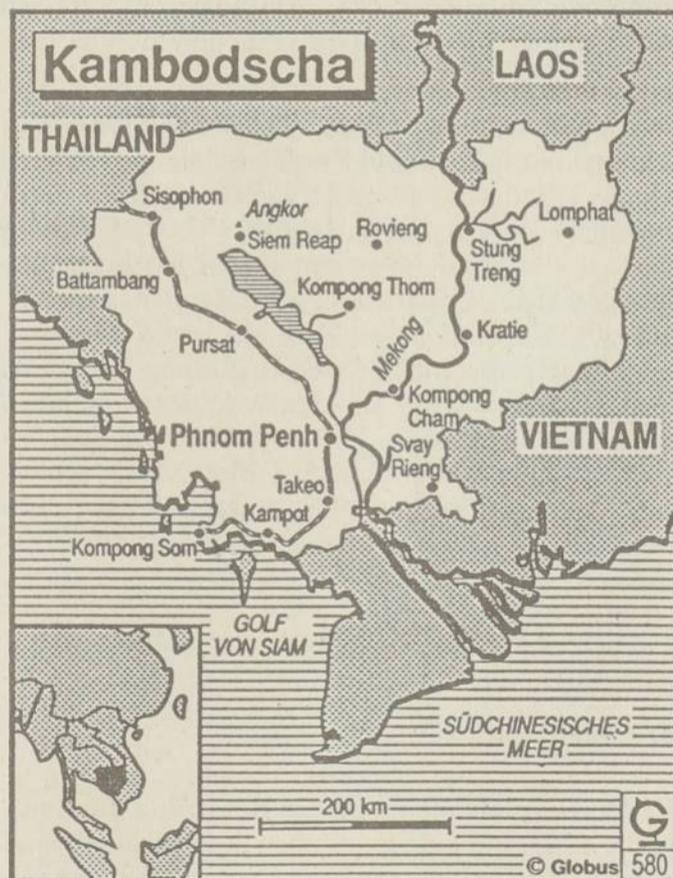
nissen, die einer umfassenden Lösung entgegenstehen.

Die grundlegenden Bedingungen für eine dauerhafte Konfliktlösung ergeben sich aus der Genese, den Ursachen und dem Charakter des Kambodscha-Konflikts, während die Gründe für das Scheitern der bisherigen Lösungsversuche vor allem in der antagonistischen Interessenlage der Konfliktparteien zu suchen sind. Im folgenden soll nicht nur auf diese grundsätzlichen Fragestellungen eingegangen werden, sondern auch auf die Entwicklung in Kambodscha in den letzten zehn Jahren sowie auf das auch hierzulande heftig umstrittene Problem, ob die Roten Khmer an einer Konfliktlösung beteiligt werden müssen oder nicht¹⁾.

I. Die Besetzung Kambodschas durch Vietnam

Die entscheidende Ursache des Konflikts zwischen dem *Demokratischen Kampuchea* (DK) der Roten Khmer und der *Sozialistischen Republik Vietnam* (SRV) von 1976 bis 1978 stellte die Forderung der vietnamesischen Kommunisten an die Adresse der Roten Khmer dar, mit Vietnam in „besondere Beziehungen“ zu treten, d. h. die absolute politische Führungsrolle Vietnams in Indochina anzuerkennen. Nach der Wiedervereinigung Vietnams Anfang Juli 1976 hatten die vietnamesischen Kommunisten auf ihrem IV. Parteitag im Dezember 1976 ihr altes Konzept für ein geeinigtes Indochina unter vietnamesischer Führung wieder auf die politische Tagesordnung gesetzt: Der Parteitag beschloß, „mit unserer ganzen Kraft die besonderen Beziehungen zwischen dem vietnamesischen Volk und den Völkern von Laos und Kampuchea zu wahren und weiterzuentwickeln . . . , damit sich die drei Länder . . . für immer eng miteinander verbinden“. In der Folge forderte Vietnam die Roten Khmer mehrfach auf, die „besonderen Beziehungen“ zu „wahren“, zu „verteidigen“ und „weiterzuentwickeln“, was von dem auf völlige Unabhängig-

keit bedachten Pol Pot-Regime strikt abgelehnt wurde.



¹⁾ Aus Platzgründen ist auf einen Anmerkungsapparat mit Quellenverweisen verzichtet worden. Der Leser sei auf die Literaturliste am Ende des Beitrags verwiesen, in denen sich z. T. die unterschiedlichen Positionen der verschiedenen Konfliktparteien widerspiegeln.

erstaunt immer wieder, denn das Risiko, daß diese Aktivitäten von einem staatlichen Reiseführer entdeckt werden, ist recht groß.“²²⁾

Auf diplomatischem Gebiet bemühen sich die Tibeter um eine engere Zusammenarbeit mit der chinesischen Demokratiebewegung im Exil. Im Mai 1990 fand auf Initiative der Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Gesellschaft für bedrohte Völker in der Nähe von Hamburg zum erstenmal ein sino-tibetischer Dialog statt, der exponierte Vertreter beider Völker an einen Tisch geführt hat, um tiefsitzende Vorurteile auszuräumen. Bei der chinesischen Demokratiebewegung stoßen die Tibeter auf mehr Verständnis, denn deren Vereinigung, die „Föderation für ein Demokratisches China“ (FDC) mit Sitz in Paris hat in einem Manifest unter anderem eingestanden, „daß die chinesische demokratische Kraft den Willen der Tibeter nach Demokratie und Freiheit bislang ignoriert hat. Das Tibet-Problem und andere Nationalitätenkonflikte müssen unter Wahrung der Menschenrechte, des Rechtssystems, der Freiheit und Demokratie gelöst werden.“²³⁾

Der größte diplomatische Erfolg für die Tibeter war jedoch die Verleihung des Friedensnobelpreises an den Dalai Lama im Dezember 1989. Dadurch erhielt der von ihm verfochtene gewaltfreie Kampf die internationale Anerkennung, die ihm Staatsmänner so hartnäckig verweigern, um die chinesische Führung nicht zu verärgern. Das offizielle China reagierte mit Empörung. Das Außenministerium verurteilte die Verleihung als „offene Unterstützung für den Dalai Lama und die Bestrebungen der von ihm geförderten tibetischen Separatisten, die nationale Einheit des Landes zu untergraben und China zu spalten“²⁴⁾. Peking drohte Norwegen sogar mit einem Abbruch der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Das Nobelpreiskomitee antwortete auf die Kritik seinerseits mit ungewöhnlich harten Worten: „Seit Adolf Hitler 1935 Wutanfälle wegen der Zuerkennung des Preises an den Friedenskämpfer Carl von Ossietzky bekam, hat kein Land derartig heftig reagiert, wie China es jetzt in Verbindung mit dem Dalai Lama tut. Die Chinesen befinden sich so gesehen in guter Gesellschaft“, erklärte der Vorsitzende des Komitees, Egil Aarvik²⁵⁾.

²²⁾ Ebd.

²³⁾ Aus dem „Manifest der Föderation für ein Demokratisches China“, Paris, S. 3, undatiert.

²⁴⁾ „Kritik Pekings am Nobelpreis-Komitee“, in: Süddeutsche Zeitung vom 9. Oktober 1989.

In seiner Rede zur Nobelpreisverleihung entwarf der Dalai Lama seine Vorstellungen von einem zukünftigen Tibet: „Mein Traum ist es, die gesamte tibetische Hochebene in ein freies Sanktuarium umzuwandeln, in dem Menschen und Natur in Frieden miteinander leben können. Tibet wäre ein Ort, an dem Menschen aus aller Welt nach der wahren Bedeutung des inneren Friedens suchen können, weit entfernt von den Spannungen und dem Druck des größten Teils der übrigen Welt. Tibet könnte in der Tat ein kreatives Zentrum für die Förderung und die Entwicklung des Friedens werden.“²⁶⁾

Bis dahin ist es indes noch ein weiter Weg und die Frage ist zunächst, wie es kurzfristig auf dem „Dach der Welt“ weitergeht. Eine genaue Prognose kann niemand erstellen. Schon morgen können neue Unruhen ausbrechen, und ohne das Militär kann die Volksrepublik China die Herrschaft über Tibet nicht aufrecht erhalten. Es ist den Chinesen in vierzig Jahren nicht gelungen, von einem nennenswerten Teil der tibetischen Bevölkerung akzeptiert zu werden. Dennoch wird sich China in absehbarer Zeit nicht aus Tibet zurückziehen – ungeachtet aller tibetischen Proteste. Auf unmittelbare politische Unterstützung können die Tibeter ohnehin nicht hoffen, denn kein Staat will einen Konflikt mit der mächtigen Volksrepublik riskieren. Das haben auch die halbherzigen Reaktionen auf das Massaker vom Platz des Himmlischen Friedens gezeigt.

Um den Konflikt zu entschärfen, muß Peking zu Konzessionen bereit sein und beispielsweise den Zustrom von Chinesen nach Tibet eindämmen. Selbst eine Rückbesinnung auf die im 17-Punkte-Abkommen von 1951 garantierten Autonomie Regelungen käme den Tibetern entgegen, denn bis heute bleiben die Chinesen hinter den damals selbst formulierten Zielsetzungen zurück. Solche Maßnahmen bedeuteten nicht, daß China seinen Anspruch auf Tibet infrage stellt; sie würden gleichwohl zu einer spürbaren Verbesserung für die Menschen in Tibet führen. Hoffnungen setzen die Tibeter natürlich auf die chinesische Demokratiebewegung. Das weitere Schicksal des Landes ist also eng verknüpft mit der Entwicklung in Peking – und darüber wagt niemand eine Prognose.

²⁵⁾ „Peking reagiert wie Hitler“, in: Frankfurter Rundschau vom 20. Oktober 1989.

²⁶⁾ Zit. bei P. Kelly u. a. (Anm. 17), S. 229. In dem Buch ist die Nobelpreisrede im vollen Wortlaut abgedruckt, ebenso in: B. Zoratto (Anm. 6).

Als die vietnamesischen Kommunisten erkannten, daß die Roten Khmer zu „besonderen Beziehungen“ mit Vietnam nicht bereit waren, unternahmen sie alles, um eine Konsolidierung der Herrschaft des Pol Pot-Regimes zu verhindern. Nachdem es Vietnam nicht gelungen war, durch Unterstützung von Putschversuchen provietnamesischer Kräfte und durch eine bis zum Mekong vorgetragene Großoffensive im Dezember 1977 das Pol Pot-Regime derart zu schwächen, daß es von selbst zusammenbrach, faßte die vietnamesische Führung spätestens im Frühjahr 1978 den Entschluß, Kambodscha vollständig zu erobern und das DK durch ein provietnamesisches Regime zu ersetzen. Ab Mitte 1978 begannen vietnamesische Offiziere, unter den kambodschanischen Flüchtlingen in Vietnam Soldaten zu rekrutieren, auszubilden und in Truppeneinheiten zusammenzustellen. Am 2. Dezember 1978 wurde auf vietnamesischem Gebiet die *Nationale Einheitsfront Kampuchas zur Rettung der Nation* unter Heng Samrin gegründet, der nach einem gescheiterten Umsturzversuch gegen die Pol Pot-Fraktion im Mai 1978 zusammen mit anderen Roten Khmer nach Vietnam geflüchtet war. Die Gründung der „Rettungsfront“ war im wesentlichen das Ergebnis vietnamesischer Bemühungen, eine provietnamesische Alternative zum promaoistischen Pol Pot-Regime aufzubauen. Die „Rettungsfront“ richtete dann auch prompt einen „Hilferuf“ an Vietnam, das kambodschanische Volk vor dem Völkermord der Roten Khmer zu retten, an dem führende Mitglieder der „Rettungsfront“ freilich noch wenige Monate zuvor teilgenommen hatten.

Nur kurze Zeit später, am 25. Dezember 1978, startete Vietnam mit weit über 100 000 Soldaten seinen zweiten Großangriff auf Kambodscha, an dem auch einige Hundertschaften der „Rettungsfront“ teilnahmen. Bereits am 7. Januar 1979 fiel Phnom Penh in die Hände der vietnamesischen Invasionstruppen. Einen Tag später wurde mit der Einsetzung des *Revolutionären Volksrats von Kampuchea* eine neue provietnamesische Regierung installiert. Am 11. Januar 1979 proklamierte der Revolutionäre Volksrat die *Volksrepublik Kampuchea* (VRK). Kurz darauf, am 18. Februar 1979, schlossen Vietnam und die VRK einen „Vertrag über

Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit“, der die durch den vietnamesischen Militäreinsatz hergestellten „besonderen Beziehungen“ zwischen den beiden Staaten auf eine formale völkerrechtliche Grundlage stellte. Der für die Dauer von 25 Jahren gültige vietnamesisch-kambodschanische Vertrag sieht „immerwährende gemeinsame Verteidigungs- und Aufbauaktivitäten“ vor und legitimiert die Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Kambodscha. Ziel des Vertragswerks ist es, „die militante Solidarität und brüderliche Freundschaft zwischen dem kambodschanischen, dem laotischen und dem vietnamesischen Volk zu stärken und die Beziehungen mit den sozialistischen Ländern auszubauen“. Nachdem Vietnam bereits am 18. Juli 1977 mit Laos einen ähnlichen Vertrag abgeschlossen hatte, war mit der Unterzeichnung des kambodschanisch-vietnamesischen Freundschaftsvertrags das alte Ziel der vietnamesischen Kommunisten de facto erreicht: Die Schaffung eines von Vietnam dominierten indochinesischen Staatenbundes von Vietnam, Laos und Kambodscha.

Die „Indochinesische Gipfelkonferenz“ der Partei- und Regierungschefs von Vietnam, Kambodscha und Laos vom 22./23. Februar 1983 in Vientiane stellte einen weiteren Schritt in Richtung auf eine indochinesische Einheit unter vietnamesischer Führung dar: Kambodscha und Laos wurden aufgefordert, die „besonderen Beziehungen“ zu Vietnam zu intensivieren und die „traditionelle Freundschaft“ verstärkt gegen „engstirnigen Nationalismus“ zu verteidigen. Ein Jahr später beschloß eine indochinesische Wirtschaftskonferenz am 7. Februar 1984 sogar die systematische Ansiedlung von vietnamesischen Arbeitskräften in Kambodscha und Laos: „Die wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit und die schrittweise Verwirklichung der Arbeitskräfteverteilung und des wirtschaftlichen Bündnisses zwischen den drei Ländern dienen der Sicherung einer wirksamen Nutzung des Potentials an Arbeitskräften und an Boden, der Naturressourcen und der materiellen Möglichkeiten eines jeden Landes, wodurch ihre wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt und die Lebensbedingungen verbessert werden.“

II. Kambodscha – zehn Jahre unter vietnamesischer Besatzung

1. Gesellschaft

Bedeutete die vietnamesische Besatzung für Kambodscha sowohl außen- als auch innenpolitisch eine nahezu totale Unterordnung unter Vietnam, so

stellte sie für die große Mehrheit der kambodschanischen Bevölkerung ohne jeden Zweifel eine Befreiung von der grausamen Herrschaft der utopistischen Sozialrevolutionäre unter Pol Pot dar. Von 1975 bis 1978 kamen wahrscheinlich zwischen

500 000 und 1 Million Menschen mehr als bei normaler Todesrate ums Leben. Über die Hälfte von ihnen starb an Hunger, Krankheit und Überarbeitung. Mit der vietnamesischen Invasion wurden Massenhinrichtungen, Willkürmorde und eine systematische Schlechterbehandlung der früheren Stadtbevölkerung schlagartig beendet. Darüber hinaus erlaubte die neue Regierung den Millionen von zwangsumgesiedelten Bauern und Städtern die Rückkehr in ihre Heimatorte. Fast ein ganzes Volk war 1979 auf den Beinen, um vermißte Familienangehörige zu suchen und dorthin zurückzukehren, wo man z. T. seit Generationen gelebt hatte. Auch der zwangsweisen allumfassenden „Hyperkollektivierung“ des Pol Pot-Regimes wurde ein sofortiges Ende gesetzt: Die in Anlehnung an die chinesischen *Volksgemeinschaften* entstandenen Großkollektive wurden ebenso abgeschafft wie die Kollektivküchen, die gemeinsamen Eßhallen, die getrenntgeschlechtliche Unterbringung und die von den lokalen Funktionären befohlenen Zwangsehen.

Den Bürgern wurde auch wieder erlaubt, ihrem tiefverwurzelten buddhistischen Glauben nachzugehen und die übriggebliebenen Pagoden zu nutzen und wiederaufzubauen. Die Roten Khmer hatten alle Tempel geschlossen und die Mönche zur Arbeit in den Reisfeldern gezwungen. Dennoch blieb die Religionsfreiheit trotz gegenteiliger offizieller Behauptungen stark eingeschränkt: Noch Anfang 1988 war es nur Männern über 55 Jahren erlaubt, Mönch zu werden, und Novizen wurden dementsprechend nicht ausgebildet. Offiziellen Angaben zufolge gab es 1986/87 wieder insgesamt 4 461 buddhistische Mönche – 1967 hatte es noch rund 61 000 in Kambodscha gegeben. In den Palischulen der Tempel wurden normale Grundschulen untergebracht, doch der Staat stellte kein Geld für die Renovierung der buddhistischen Tempel zur Verfügung. Im Gegenteil: Jeder Tempel mußte eine Tempelsteuer entrichten, die letztlich aus dem Spendenaufkommen der Gläubigen bezahlt wurde. Die Tempelsteuer soll erst 1989 abgeschafft worden sein, nachdem die *Revolutionäre Volkspartei von Kambodscha* (RVPK) in Anbetracht des bevorstehenden weitgehenden vietnamesischen Truppenabzugs eine Reihe von populären Maßnahmen ergriff, um ihre Basis im Volk zu erweitern.

Während der vietnamesischen Besatzung strömten Hunderttausende von vietnamesischen Bauern, Fischern, Händlern und Handwerkern nach Kambodscha und siedelten sich unter dem Schutz der vietnamesischen Truppen vor allem im Ostteil des Landes an. Ihre Zahl beträgt heute wahrscheinlich über eine Million bei einer Gesamtbevölkerung von über

acht Millionen. Die andauernde vietnamesische Truppenpräsenz und die Ansiedlung dieser relativ großen Zahl von Vietnamesen führte bei der kambodschanischen Bevölkerung zunehmend zu Unzufriedenheit sowohl mit der vietnamesischen Besatzungsmacht als auch mit der Regierung in Phnom Penh.

Das größte gesellschaftliche Problem Kambodschas stellen jedoch der seit über zehn Jahren andauernde Krieg und seine Folgen dar: Die Zahl der Kambodschaner, die den Auseinandersetzungen seit dem Beginn der vietnamesischen Invasion und Besatzung direkt und indirekt zum Opfer fielen, dürfte mittlerweile eine Größenordnung von schätzungsweise zwischen 200 000 und 300 000 erreicht haben. Darüber hinaus wurden seit 1979 zehntausende Khmer durch Tretminen verstümmelt. Das Pol Pot-Regime, Vietnam und jener teuflische Zwitter von nationalem Befreiungskampf und Bürgerkrieg haben aus Kambodscha ein Land der Witwen und der Krüppel gemacht. Unmeßbar bleiben die seelischen und moralischen Schäden, die das kambodschanische Volk in den letzten zwei Jahrzehnten erlitten hat.

2. Wirtschaft

Auf wirtschaftlichem Gebiet ließen die neuen Machthaber der Bevölkerung zunächst nahezu völlige Freiheiten. Private Landwirtschaft war ebenso erlaubt wie ein umfangreicher freier Handel zwischen dem thailändisch-kambodschanischen Grenzgebiet und dem Landesinneren. Für die Bauern waren diese Freiheiten jedoch bald zu Ende, denn noch 1979 begann ihre Organisation in *Solidaritätsgruppen* (krom samaki) niederer, mittlerer und höherer Stufe, das heißt in weniger oder mehr kollektive Organisationsformen, die die kambodschanische Landwirtschaft „auf den Weg zu einem echten Sozialismus“ bringen sollten, wie die Verfassung vom Juni 1981 das Gesellschaftssystem Kambodschas charakterisierte.

Bis 1985 versuchte die politische Führung, wahrscheinlich auf Drängen orthodoxer Kräfte und der vietnamesischen Berater, immer wieder, die Solidaritätsgruppen höherer Stufe für alle Bauern verbindlich zu machen. Diese Versuche scheiterten offenbar am Widerstand der Bauern und der lokalen Kader, denn Anfang 1988 machten die Solidaritätsgruppen höherer Stufe immer noch nur wenige Prozent aus. Die große Mehrheit der Bauern gehörte nach wie vor den Solidaritätsgruppen niederer Stufe an. Nach der Verfassungsänderung vom April 1989, bei der das Privateigentum an Boden verfassungsmäßig festgeschrieben wurde, sollen die

meisten Solidaritätsgruppen zugunsten privater Produktionsformen abgeschafft worden sein.

Nachdem die politische Führung ab Mitte 1985 davon abließ, die Kollektivierung der Landwirtschaft zu forcieren, erhöhte sich die Reisproduktion Kambodschas merklich. Trotz der widrigen Witterungsbedingungen im Erntejahr 1987/88 wurden zwei Millionen Tonnen Reis geerntet und damit erreichte man — wie schon im Jahr zuvor — das nationale Existenzminimum in der Getreideversorgung. Angesichts der schlechten Rahmenbedingungen (Guerrillakrieg, Isolierung vom Westen) stellte dies bereits eine respektable Leistung dar. Wenn man den Erfolgsmeldungen aus Phnom Penh glauben darf, produzierte das Land im Erntejahr 1988/89 sogar 2,7 Millionen Tonnen Reis und erfüllte damit zum ersten Mal das nationale Bedarfsminimum.

Der Steigerung der Reisproduktion soll auch in Zukunft absolute volkswirtschaftliche Priorität eingeräumt werden, denn von dem Vorkriegsrekord von 3,8 Millionen t Reis im Erntejahr 1969/70 ist man noch weit entfernt. Dies gilt im übrigen auch für alle anderen wirtschaftlichen Bereiche. Ziel ist es, möglichst bald wieder regelmäßig Reis exportieren zu können. Dies wird allerdings nur dann gelingen, wenn zum einen endlich Frieden einkehrt in Kambodscha, und wenn zum anderen die bewässerte landwirtschaftliche Anbaufläche erheblich vergrößert werden kann. Nach der Verstärkung der militärischen Kampfaktivität im Anschluß an den weitgehenden Abzug der vietnamesischen Besatzungstruppen ist eher mit einem Rückgang der Produktion von Reis und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu rechnen.

Die Entwicklung der Industrieproduktion ist aufgrund der Zerstörungen des Krieges, veralteter Ausrüstungen, schlechter Infrastruktur und fehlender westlicher Hilfe sehr langsam verlaufen. Die meisten Industriebetriebe befinden sich in Staatseigentum. Daneben gibt es eine Reihe von kleinen privaten Werkstätten. Im Rahmen der seit 1986 vorgenommenen wirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen ist der Handel im Inland weitgehend privatisiert, und es gibt einen an Bedeutung zunehmenden privaten Außenhandel mit Singapur, Japan und vor allem mit Thailand.

Auf finanzpolitischem Sektor wurde, knapp fünf Jahre nachdem die Roten Khmer das Geld abgeschafft hatten, im März 1980 wieder der *Riel* als kambodschanische Währung eingeführt. Nach anfänglich starken Inflationstendenzen erwies sich der Riel ab 1984 als erstaunlich stabile Währung. Dies änderte sich jedoch nach dem vietnamesischen

Truppenabzug im September 1989 drastisch: Die Warenpreise stiegen bis Frühjahr 1990 um 100 bis 150 Prozent, und der Wechselkurs des US-Dollar kletterte von 190 auf 380 Riel.

Wie nicht anders zu erwarten, ist der Außenhandel von Kambodscha seit Jahren stark defizitär: Die Importe machen mindestens 70 Prozent des Außenhandelsumsatzes aus, während die Exporte nur mit maximal 30 Prozent zu Buche schlagen. Der staatliche Handel wird zum größten Teil mit der Sowjetunion abgewickelt, die bisher auch das Außenhandelsdefizit finanzierte. Für Ende 1990 hat die Sowjetunion jedoch die vollständige Einstellung ihrer unentgeltlichen Hilfe für Kambodscha angekündigt, so daß die Regierung in Phnom Penh in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen wird, da bisher rund 80 Prozent des Staatshaushalts von der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten finanziert wurden. Da einige dieser Staaten ihre Finanzhilfen bereits eingestellt haben, sah sich die Regierung von Hun Sen im Mai 1990 gezwungen, 56 000 von 200 000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu entlassen.

Außenwirtschaftliche Beziehungen besonderer Art stellen Lieferungen von Reis, Mais, Fisch und Holz nach Vietnam dar, mit dem die Regierung in Phnom Penh seit Jahren den Einsatz der vietnamesischen Truppen und Berater in Kambodscha bezahlen muß. Diese Lieferungen werden von einem großen Teil der kambodschanischen Bevölkerung als Ausbeutung und Plünderung der nationalen Ressourcen durch Vietnam empfunden.

3. Politik

Der Aufbau des politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Apparats der *Volksrepublik Kampuchea* war bis 1987 untrennbar verbunden mit der Präsenz von tausenden von vietnamesischen Beratern und zehntausenden von vietnamesischen Soldaten in Kambodscha. Viele Kambodschaner, selbst innerhalb des Partei- und Staatsapparats, empfanden die vietnamesische Bevormundung in allen Bereichen zunehmend als eine nationale Bedrohung. Ab Ende 1981 war innerhalb des VRK-Ministerrats und der Führung der RVPK ein geringer Rückgang des politischen Einflusses jener Kader festzustellen, die in der Tradition der *Kommunistischen Partei Indochinas* (KPIC) standen und von 1954 bis in die siebziger Jahre im vietnamesischen Exil gelebt hatten. Diese sehr provietnamesischen Kräfte verloren im Oktober 1985 ihre Mehrheitsposition in der Parteiführung zugunsten einer losen Koalition von früheren Roten Khmer, unabhängigen Kommunisten und Technokraten. Für

diese Kräfte bedeutete der Machtantritt Gorbatschows eine Unterstützung für die eigenen Bestrebungen nach mehr Unabhängigkeit von Vietnam.

Doch obwohl schon 1987 viele vietnamesische Berater Kambodscha verließen, gab es noch Anfang 1988 nicht nur an der Spitze einer jeden der 19 Provinzen (khet) und zwei provinzfriren Städte (krung), sondern auch in den Führungsorganen eines jeden der 122 Kreise (srok) vietnamesische Berater für Politik, Sicherheit und Militär. Jedem der zwölf Stadtbezirke (sangkat) von Phnom Penh waren zwei vietnamesische Berater zugeordnet. Auch in der Führung der Ministerien gab es Anfang 1988 immer noch vietnamesische Politikader, z. B. zwei im Außenministerium, vier im Handelsministerium und eine weitaus größere Anzahl im Verteidigungsministerium. Nach offizieller vietnamesischer und kambodschanischer Darstellung sollen Ende September 1989 mit den letzten vietnamesischen Soldaten auch die letzten vietnamesischen Berater Kambodscha verlassen haben. Solange diese Behauptung nicht vor Ort überprüft werden kann, sind Zweifel angebracht, denn Vietnam dürfte sich erst dann vollständig aus Kambodscha zurückziehen, wenn es sicher sein kann, daß bei einer endgültigen Lösung des Kambodscha-Problems vietnamesische Interessen hinreichend gewahrt werden. Das Verbleiben von rund 3 000 vietnamesischen Militärberatern und die Rückführung von mehreren tausend Kampftruppen nach Kambodscha sind eindeutige Indizien hierfür.

Erhebliche Skepsis besteht auch, ob das im April 1989 im Rahmen einer umfangreichen Verfassungsänderung in *Staat Kambodscha* (SK) umgetaufte Regime von Ministerpräsident Hun Sen (39) und RVPK-Generalsekretär Heng Samrin (56) tatsächlich ein „unabhängiger, souveräner, friedlicher, demokratischer, neutraler und blockfreier Staat“ ist, wie es in Artikel 1 der neuen Verfassung nachzulesen ist. Die jüngsten Huldigungen der Führung in Phnom Penh an die „strategische Allianz“ und die „internationale Solidarität zwischen Kambodscha und Vietnam“ als „eine Frage von Leben und Tod unserer Nation“ lassen die verfassungsmäßige Verpflichtung auf die künftige Neutralität des Landes eher als eine Leerformel erscheinen. Über das Demokratieverständnis im neuen Staat Kambodscha gibt Artikel 4

der neuen Verfassung eine deutliche Auskunft: „Die *Revolutionäre Volkspartei von Kampuchea* ist die führende Kraft der Gesellschaft und des Staates von Kambodscha und die Kernkraft der großen nationalen Einheit und der Einheit aller politischen Kräfte.“ Die alleinige politische Führungsrolle der RVPK ist unlängst erst wieder besonders betont worden, nachdem im Mai 1990 eine Reihe von hohen Funktionären, darunter der Verkehrsminister, verhaftet wurden, weil sie versucht haben sollen, eine „liberale sozialdemokratische Partei“ zu gründen. Danach wurde eine umfangreiche Säuberung in verschiedenen Partei- und Staatsorganen vorgenommen, der einige bekannte Reformkräfte zum Opfer fielen. Interessanterweise verlief diese Entmachtung von Reformkräften in etwa zeitgleich zu einer Verfolgungswelle von Dissidenten in Vietnam ab.

In Anbetracht der von amnesty international sehr gut dokumentierten Menschenrechtsverletzungen des SK-Regimes und angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen in Phnom Penh sollte man sich im Westen vor Illusionen über den Charakter und die Zukunft des Regimes in Phnom Penh hüten: Marktwirtschaftlich orientierte Reformen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die führenden Mitglieder der RVPK als frühere Rote Khmer an der Liquidierung der alten royalistischen und bürgerlichen Elite aktiv beteiligt gewesen sind und daß sie bis heute eine Macht- und Gewaltenteilung sowie ein Mehrparteiensystem kategorisch ablehnen. Ihre provietnamesische Politik, eine immer weiter um sich greifende Korruption riesigen Ausmaßes und die sich erheblich verschlechternde wirtschaftliche Lage lassen sie darüber hinaus in der Bevölkerung immer unpopulärer erscheinen, so daß ihre Massenbasis beständig schmaler wird. Sollte die Sowjetunion ihre Ankündigung wahr machen und die unentgeltliche Hilfe für Kambodscha einstellen, dürfte das Regime in Phnom Penh noch unter erheblich größeren Druck geraten, der durch weitere militärische Erfolge der Widerstandsgruppen noch verschärft werden würde. Wenn der Westen in dieser Situation dem Hun Sen-Regime weiterhin seine Unterstützung versagt, könnten die wachsenden Schwierigkeiten die Machthaber in Phnom Penh und Hanoi zu mehr Kompromißbereitschaft bewegen und damit zu einer Lösung des Konflikts führen, die reale Aussichten auf einen dauerhaften Frieden bietet.

III. Der Charakter des Kambodscha-Konflikts

1. Nationaler Unabhängigkeitskampf

Zunächst einmal ist der Konflikt nach wie vor ein nationaler Widerstandskampf von drei kambodschanischen Gruppen gegen die vietnamesische Hegemonialpolitik. Er ist hervorgegangen aus den militärischen Auseinandersetzungen zwischen Vietnam und dem Demokratischen Kampuchea der Roten Khmer um die Unabhängigkeit Kambodschas (1977–1979) und aus der daraus resultierenden Besetzung Kambodschas durch Vietnam. Gegen die vietnamesische Präsenz und gegen die vietnamesische Hegemonie über Kambodscha im Rahmen der „besonderen Beziehungen“ kämpfen folgende drei Gruppen:

a) Die Roten Khmer (Partei des Demokratischen Kampuchea)

Nach wie vor führen schätzungsweise 25 000–30 000 Partisanen des gestürzten Pol Pot-Regimes²⁾ einen zermürbenden Guerillakrieg gegen das von Vietnam gestützte SK-Regime. Die Soldaten der Roten Khmer (*Nationale Armee des Demokratischen Kampuchea*) sind im Vergleich der drei Widerstandsgruppen nicht nur zahlenmäßig am stärksten und haben die mit Abstand längste Erfahrung im Guerillakrieg, sondern sie verfügen auch über die beste Organisation, Logistik und Ausrüstung. Oberkommandierender der Armee der Roten Khmer ist Son Sen (61), zumindest in frühen Jahren ein enger Vertrauter von Pol Pot (62), während Khieu Samphan (60) seit 1985 als der formelle politische Führer der Roten Khmer fungiert. Der eigentlich starke Mann der prochinesischen Roten Khmer scheint jedoch nach wie vor Pol Pot zu sein, obwohl er seit Jahren nicht mehr öffentlich aufgetreten ist und im August 1985 sogar formell „pensioniert“ wurde. Die Roten Khmer setzen sich wahrscheinlich aus mindestens zwei Fraktionen zusammen: Eine radikale Gruppierung unter Pol Pot, Ieng Sary und Ta Mok scheint erhebliche Macht auszuüben, da sie größere Teile der Armee kontrolliert, während eine gemäßigttere Gruppe unter Khieu Samphan militärisch relativ schwach zu sein scheint. Unterstützt werden die Roten Khmer fast ausschließlich von der Volksrepublik China, die die gesamte militärische Ausrüstung liefert. Wahrscheinlich auf chinesischen Druck bekannten sich die ursprünglich maoistisch orientierten Roten Khmer, die bereits im Dezember 1981 ihre „Kom-

munistische Partei Kampuchea“ formell aufgelöst hatten, im Juli 1985 offiziell zur parlamentarischen Demokratie und zum kapitalistischen Wirtschaftssystem. Ende 1988 stimmten die Roten Khmer sogar der Entsendung einer Internationalen Friedenstruppe nach Kambodscha zu, deren Aufgaben u. a. darin bestehen sollen, alle kambodschanischen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen, um damit eine erneute alleinige Machtergreifung der Roten Khmer oder irgendeiner anderen Khmer-Fraktion wirksam zu verhindern.

b) Die Republikaner

Daneben kämpfen wahrscheinlich nur noch weniger als 5 000 (von ursprünglich rund 15 000) Soldaten der bürgerlichen *Nationalen Front zur Befreiung des Khmer-Volkes* unter dem früheren Ministerpräsidenten Son Sann (77) gegen die vietnamesische Oberherrschaft über Kambodscha. Die Nationale Front repräsentiert das frühere städtische Bürgertum (vor 1975) und jene proamerikanischen Kreise, die im März 1970 den Sturz Prinz Sihanouks herbeiführten und die Khmer Republik unter Lon Nol ausriefen (1970–1975). Vereinfachend könnte man die in der Nationalen Front zusammengefaßten Kräfte als „Republikaner“ bezeichnen. Seit Mitte 1985 wird ihre Kampfkraft von einer schweren internen Auseinandersetzung zwischen einem im wesentlichen von Militärs beherrschten Flügel und der primär zivilen politischen Führung der Front unter Son Sann geschwächt. Die Republikaner erhalten Waffen und andere materielle Hilfe von China und verschiedenen westlichen Staaten.

c) Die Sihanoukisten

Schließlich beteiligen sich rund 20 000 Bewaffnete auf der Seite des früheren Staatsoberhauptes Prinz Norodom Sihanouk (68) am nationalen Unabhängigkeitskampf der Khmer. Sie sind in der *Nationalen Armee des Unabhängigen Kambodscha* organisiert, die sich unter dem Oberbefehl von Prinz Norodom Ranariddh (45), einem Sohn Sihanouks, von der ursprünglich mit Abstand kleinsten zur heute zweitstärksten Widerstandsarmee entwickelt hat. Vereinfachend könnte man die Anhänger Sihanouks als „Royalisten“ bezeichnen, die für ein unabhängiges und neutrales Kambodscha unter der Führung von Prinz Sihanouk eintreten. Auch die Sihanoukisten sind nicht frei von internen Fraktionskämpfen. Die Sihanouk-Armee erhält seit 1982 Waffen und andere materielle Hilfe von China und verschiedenen nichtkommunistischen Staaten. Eine Reihe von westlichen Staaten sehen in den

²⁾ Die vorliegenden Zahlenangaben zur Stärke der Roten Khmer schwanken zwischen 10 000 und 40 000.

Sihanoukisten die einzige echte Alternative zu den beiden militärisch relativ starken kommunistischen Gruppen, d. h. den prochinesischen Roten Khmer und der provietnamesischen RVPK, und haben mit bisher allerdings unzureichenden Mitteln versucht, die Sihanouk-Armee zumindest auf eine mit den Roten Khmer vergleichbare Stärke zu bringen.

Seit dem 22. Juni 1982 sind die Roten Khmer, die Republikaner Son Sanns und die Royalisten von Sihanouk in der *Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea* (seit Februar 1990: *Nationale Regierung von Kambodscha*) zusammengeschlossen, die nach dem Willen einer großen Mehrheit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (VN) nach wie vor den Sitz Kambodschas bei der Weltorganisation einnimmt. Mehr als zwei Jahre dauerten die Bemühungen der ASEAN-Staaten und der Volksrepublik China, um die drei politisch so unterschiedlichen Gruppen schließlich zu diesem Zweckbündnis gegen die vietnamesische Hegemonialmacht zu bewegen. Norodom Sihanouk und Son Sann hatten nämlich eine Kooperation mit den Roten Khmer zunächst hartnäckig abgelehnt. Letztlich blieb den beiden nichtkommunistischen Gruppen jedoch im eigenen Interesse und im Interesse des kambodschanischen Unabhängigkeitskampfes nichts anderes übrig, als der Koalition zuzustimmen: Erstens waren Vietnam und das Regime von Heng Samrin und Hun Sen in Phnom Penh auch 1982 zu keinem echten Kompromiß in der Kambodscha-Frage bereit, und zweitens machten die Volksrepublik China und die ASEAN-Staaten jegliche Hilfsleistungen für Sihanouk und Son Sann von deren Bereitschaft abhängig, mit den Roten Khmer ein Bündnis einzugehen. An dieser Konstellation hat sich bis zum heutigen Tage nichts wesentliches geändert.

Die politisch so widersprüchliche Koalition existierte in den ersten Jahren nach ihrer Gründung im wesentlichen nur auf dem Papier: Eine substantielle Zusammenarbeit zwischen den drei Widerstandsgruppen fand kaum statt. Lange Zeit war der Kampf gegen die vietnamesischen Besatzungstruppen und gegen das von Vietnam in Phnom Penh eingesetzte VRK-Regime der einzige gemeinsame politische Nenner der DK-Koalition. Nach drei erfolglosen Gesprächsrunden zwischen Sihanouk und Hun Sen in den Jahren 1987 und 1988, die an der kompromißlosen Haltung von Hun Sen scheiterten, rückten die Widerstandskoalitionäre Ende 1988 programmatisch eng zusammen: Gemeinsam treten sie nun u. a. für die Bildung einer provisorischen Vierparteienregierung, für die Entsendung einer internationalen Friedenstruppe, für die Entwaffnung und Auflösung aller kambodschanischen

Streitkräfte und für international überwachte allgemeine, freie und geheime Wahlen ein. Auch auf dem „Schlachtfeld“ scheint es zunehmend zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen den drei Widerstandsarmeen zu kommen.

2. Bürgerkrieg

Der Kambodscha-Konflikt ist freilich nicht nur ein nationaler Widerstandskampf gegen die vietnamesische Hegemonialpolitik, sondern trägt auch die Züge eines Bürgerkriegs zwischen den oben genannten drei Widerstandsgruppen auf der einen Seite und der provietnamesischen RVPK auf der anderen Seite – von Auseinandersetzungen zwischen den vier Gruppen untereinander sowie gruppeninternen Konflikten einmal ganz zu schweigen.

Die RVPK ist eine orthodox marxistisch-leninistische kommunistische Partei, die in der provietnamesischen Tradition der KPIC steht. Die Mitgliederzahl der RVPK dürfte bei rund 10 000 liegen. Sie gebietet über eine reguläre Armee von schätzungsweise 50 000 Soldaten³⁾, die vollständig von der Sowjetunion ausgerüstet worden ist. Die SK-Armee erwies sich bisher nur als bedingt kampfstark und hat nach dem Abzug des Großteils der vietnamesischen Truppen eine Reihe von Positionsverlusten hinnehmen müssen. Hinzu kommt, daß auch die RVPK und die von ihr geführten Armee- und Staatsorgane keineswegs politisch homogen zusammengesetzt sind: Es gibt zumindest eine provietnamesische Gruppe, eine auf größere Unabhängigkeit bedachte Fraktion früherer Roter Khmer sowie eine Gruppe radikaler Reformen. Schließlich arbeiten in den SK-Regierungsorganen und innerhalb der Administration eine Reihe von nichtkommunistischen Fachleuten, die eher den politischen Positionen von Prinz Sihanouk zuneigen.

Aus den bisher gemachten Ausführungen ergibt sich nicht nur, daß die kambodschanische politische Elite in vier Parteien gespalten ist, sondern auch, daß alle kambodschanischen politischen Parteien mit internen fraktionellen Auseinandersetzungen belastet sind. Diese Spaltung der kambodschanischen politischen Elite in eine Vielzahl von Gruppen und Untergruppen sowie ihre Bereitschaft, mit ausländischer Hilfe ihre intraelitären Machtkämpfe auszufechten, waren und sind eine der Hauptursachen für die häufigen vietnamesischen und thailändischen Interventionen in Kambodscha und für den Niedergang des Khmer-Reiches seit dem Ende des 17. Jahrhunderts.

³⁾ Die vorliegenden Zahlenangaben zur Stärke der SK-Armee schwanken zwischen 30 000 und 70 000.

3. Internationalisierter Konflikt

War der Konflikt zwischen dem DK und der SRV in den Jahren von 1975 bis 1977 zunächst noch eine bilaterale Angelegenheit, so wurde er ab 1978 zunehmend internationalisiert. Nur durch die Beteiligung auswärtiger Konfliktparteien, vor allem der UdSSR und der Volksrepublik China, konnte der ursprünglich hausgemachte Konflikt jene Kriegsdimension der Jahre seit 1977 annehmen. Den Wendepunkt bildete die wahrscheinlich bereits Mitte 1977 gefällte vietnamesische Entscheidung, in Kambodscha direkt militärisch zu intervenieren, um das Pol Pot-Regime zu Fall zu bringen. Vietnam konnte dieses Ziel nur mit Hilfe massiver materieller und politischer Unterstützung von Seiten der Sowjetunion erreichen. Die UdSSR war hierzu nur allzugern bereit, da ein von ihr gestütztes antichinesisches Indochina-Bündnis an der Südflanke Chinas die Spannungen an der sino-sowjetischen Grenze vermindern und den Einfluß der Sowjetunion in Südostasien und im Südpazifik vergrößern würde. So stellte die sowjetische Unterstützung für Vietnams Hegemonialpolitik den Katalysator für die Internationalisierung des Kambodscha-Konflikts dar, der nun in eine ganze Reihe von Konfliktfeldern ausuferete.

Nachdem die Volksrepublik China Ende 1977 erkennen mußte, daß Vietnam entschlossen war, die Dominierung Kambodschas notfalls auch mit militärischen Mitteln zu erreichen, verschlechterten sich die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen im Verlauf des Jahres 1978 dramatisch. Während die Volksrepublik China mit umfangreicher Militärhilfe die Selbstverteidigungskraft Kambodschas zu erhöhen versuchte, schloß sich Vietnam immer mehr dem Ostblock an und trat Ende Juni 1978 dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe bei. Am 3. November 1978 versicherte sich Vietnam durch die Unterzeichnung eines „Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit“ mit der UdSSR der sowjetischen Unterstützung für die vollständige Besetzung von Kambodscha. Nachdem Vietnam nur zwei Monate später Kambodscha erobert hatte, erreichte der sino-vietnamesische Konflikt einen vorläufigen Höhepunkt: Vom 17. Februar bis 19. März 1979 unternahmen rund 150 000 chinesische Soldaten einen zeitlich und räumlich begrenzten „Straffeldzug“ gegen Vietnam, um dem südlichen Nachbarn wegen der Verletzung fundamentaler chinesischer Ordnungsinteressen in Südostasien „eine Lehre zu erteilen“. Seitdem hat sich das sino-vietnamesische Verhältnis nicht grundlegend verbessert, da China auf die Wiederherstellung der völligen Unabhängigkeit von Kambodscha pocht, um die Herausbildung Vietnams zu einer regiona-

len Vormacht in Südostasien zu verhindern und sich damit bessere politische Einflußmöglichkeiten in Südostasien zu sichern. Vietnam hingegen will die drei indochinesischen Staaten als Bollwerk sowohl gegen China als auch gegen die nichtkommunistischen ASEAN-Staaten zusammenhalten und besteht deshalb auf dem Fortbestand der „besonderen Beziehungen“ zu Kambodscha.

Die Eroberung Kambodschas durch Vietnam und die einseitige Bindung Vietnams an die UdSSR führten nicht nur zu einer Verschärfung des sino-vietnamesischen Konflikts, sondern zunächst auch zu einer Verschlechterung der sino-sowjetischen Beziehungen. Vietnam räumte, quasi als Gegenleistung für die großzügige sowjetische Hilfe, der UdSSR exklusive Nutzungsrechte an dem früheren US-Militärstützpunkt Cam Ranh Bay ein, wodurch die sowjetische Pazifikflotte ihre erste Militärbasis im pazifischen Ausland erhielt. Dieser Schritt verschlechterte nicht nur in einem weiteren Maße die Beziehungen zwischen China und Vietnam und zwischen China und der Sowjetunion, sondern rief auch die USA auf den Plan, die in der verstärkten sowjetischen Flottenpräsenz im Südpazifik eine Herausforderung im globalstrategischen Kräfte-messen der beiden Supermächte perzipierten. Im Gefolge des sino-sowjetischen Tauwetters und des Machtantritts von Gorbatschow setzte sich jedoch die Sowjetunion in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zunehmend für einen Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha und für eine Lösung des Konflikts unter maßgeblicher Beteiligung der Vereinten Nationen ein und verringerte ihre Militärpräsenz in Cam Ranh Bay. Auf diese Weise verlor der Kambodscha-Konflikt an Bedeutung im Rahmen der sino-sowjetischen Beziehungen, und die Sowjetunion wurde zunehmend zu einem treibenden Befürworter einer umfassenden Kompromißlösung.

Als Folge der vietnamesischen Hegemonialpolitik wurde durch den Wegfall Kambodschas als unabhängiger Pufferstaat zwischen Thailand und Vietnam der traditionelle thailändisch-vietnamesische Konflikt um Kambodscha wieder neu belebt. Ebenso wie die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen wird auch das thailändisch-vietnamesische Verhältnis erst dann wieder vollständig normalisiert werden können, wenn die Unabhängigkeit und Neutralität von Kambodscha wiederhergestellt sind.

Obwohl heute der Kambodscha-Konflikt auf der internationalen Ebene im wesentlichen nur noch einen Konflikt zwischen China und Vietnam über die zukünftige Ordnung in Südostasien, insbeson-

dere auf der indochinesischen Halbinsel darstellt, haben die beiden kommunistischen Großmächte die stärksten Karten in der Hand: Ohne die sowjetische Hilfe können sich Vietnam und das SK-Regime in Kambodscha nicht halten, und ohne die chinesische Hilfe ist der kambodschanische Widerstand verloren. Es wäre fatal, wenn nach der angekündigten Einstellung der sowjetischen Hilfe

nun gerade westliche Staaten Vietnam und dem SK-Regime mit bedingungslosen Unterstützungsmaßnahmen unter die Arme griffen, denn dies würde die Regierungen in Hanoi und Phnom Penh in ihrer kompromißlosen Haltung bestärken, und damit nicht zu einer Lösung, sondern nur zu einer Verlängerung des Krieges in Kambodscha beitragen.

IV. Grundlegende Bedingungen und Elemente einer dauerhaften Lösung

Seit dem Ende des 17. Jahrhunderts ist es immer dann zu schweren Konflikten in und um Kambodscha gekommen, wenn die politische Führung des Landes ein einseitiges außenpolitisches Bündnis mit Thailand oder Vietnam einging, oder wenn die kambodschanische Elite in antagonistische Fraktionen zerfiel, die ihre Rivalität um die politische Macht mit vietnamesischer Hilfe auf der einen Seite und mit thailändischer Unterstützung auf der anderen Seite ausfochten. Während des dritten Indochina-Konflikts traten noch China und die Sowjetunion an die Seite Thailands und des DK bzw. Vietnams und der VRK. Aus diesen historischen Grunderfahrungen ergibt sich, daß eine dauerhafte Lösung des Konflikts nur durch eine strikte Neutralisierung des Landes mit internationalen Garantien und durch eine Aussöhnung zwischen *allen* Gruppen der kambodschanischen Elite erreicht werden kann. Das erscheint jedoch nur möglich bei einem Kompromiß durch Zugeständnisse von allen Seiten und in Form einer umfassenden Paketlösung aller Konfliktspekte. Hierfür müßten vor allem Vietnam und das SK-Regime Abstriche an ihren Positionen vornehmen, nachdem China und die Roten Khmer im Verlauf des Jahres 1988 einem Lösungsmodus zustimmten, der eine alleinige Machtergreifung durch die Roten Khmer mit sehr großer Wahrscheinlichkeit verhindern kann. In Anbetracht der historischen Erfahrungen und anhand der Minimalziele der Konfliktparteien lassen sich sieben grundlegende Bedingungen und Elemente einer dauerhaften Kompromißlösung herausarbeiten:

1. Vollständige Beendigung des vietnamesischen Engagements in Kambodscha durch:

— Abzug aller vietnamesischen Truppen und Berater aus Kambodscha unter effektiver internationaler und nationaler Kontrolle, d. h. auch Vertreter aller vier kambodschanischen Konfliktparteien müssen — im Interesse der Vertrauensbildung — an der Kontrolle des Abzugs der vietnamesischen Truppen und Berater beteiligt werden.

— Explizite Aufgabe der „besonderen Beziehungen“ zwischen Vietnam und Kambodscha durch entsprechende Verzichtserklärungen beider Seiten.

— Repatriierung aller vietnamesischen Neusiedler, deren Familien zuvor nie in Kambodscha gelebt hatten und die sich erstmals nach 1979 in Kambodscha niederließen, und Bestandsgarantie für jene Vietnamesen und ihre Nachkommen, die seit Generationen in Kambodscha lebten, nach 1970 oder 1975 vertrieben wurden und nach 1979 wieder nach Kambodscha zurückkehrten.

— International kontrollierte Rückgabe der seit 1979 von Vietnam annektierten kambodschanischen Gebiete nach bilateralen Verhandlungen über die Grenzziehung unter internationaler Beteiligung.

2. Vollständige Beendigung des Engagements der anderen ausländischen Konfliktparteien im Kambodscha-Konflikt durch:

— Einstellung der sowjetischen Militärhilfe für Vietnams Hegemonialpolitik gegenüber Kambodscha und Einstellung der sowjetischen Militärhilfe für den Staat Kambodscha.

— Einstellung der chinesischen Militärhilfe für den kambodschanischen Widerstand.

— Einstellung der thailändischen Hilfeleistungen für den kambodschanischen Widerstand.

— Einstellung der Militärhilfe westlicher Staaten für den kambodschanischen Widerstand.

3. Nationale Aussöhnung zwischen allen Gruppen der kambodschanischen Elite, d. h. Bildung einer Vierparteien-Übergangsregierung oder eines Obersten Legislativ- und Exekutivrats, dem Vertreter aller vier Parteien, d. h. auch die Roten Khmer (siehe hierzu weiter unten), angehören müssen. Aufgabe des Obersten Rats wäre die Ausarbeitung eines neuen, provisorischen politischen Rahmens,

der ein Mehrparteiensystem und allgemeine, freie und geheime Wahlen vorschreibt. Präsident des Obersten Rats sollte Prinz Norodom Sihanouk werden, der wie kein anderer kambodschanischer Politiker die Unabhängigkeit und Neutralität Kambodschas symbolisiert und am ehesten in der Lage scheint, politisch ausgleichend zu wirken und den nationalen Aussöhnungsprozeß einzuleiten. Vorstellbar ist auch, daß der Oberste Rat zwecks nationaler und internationaler Vertrauensbildung einer zeitweiligen Treuhandverwaltung durch die VN zustimmt (ein australischer Vorschlag).

4. Ergreifung von wirksamen Maßnahmen, die eine erneute alleinige Machtergreifung der Roten Khmer oder irgendeiner anderen politischen Gruppierung verhindern:

– Mehrjährige Stationierung einer VN-Friedenstruppe in Kambodscha.

– Vollständige Entwaffnung und Auflösung aller kambodschanischen Streitkräfte unter effektiver internationaler und nationaler Kontrolle.

– Lokalisierung und Konfiszierung versteckter Waffenlager unter wirksamer internationaler und nationaler Kontrolle.

5. Allgemeine, freie und geheime Wahlen zu einer kambodschanischen Nationalversammlung unter

der Kontrolle der Vereinten Nationen (VN-Kontrollkommission und VN-Friedenstruppe). Die Wahlen sollten erst nach einer erfolgreichen Befriedung Kambodschas abgehalten werden, d. h. mehrere Monate nach Etablierung des Obersten Legislativ- und Exekutivrats und nach der vollständigen Entwaffnung und Auflösung aller kambodschanischen Streitkräfte.

6. Neutralisierung Kambodschas mit entsprechenden Garantieerklärungen aller unmittelbar und mittelbar an dem Kambodscha-Konflikt beteiligten Parteien und außenpolitische Grundsatzerklärung Kambodschas über die strikte Äquidistanz seiner Beziehungen zu Vietnam, China und Thailand.

7. Internationale und nationale Friedensregelung unter alleiniger Federführung der Vereinten Nationen durch eine Internationale Kambodscha-Konferenz und die Entsendung einer VN-Kontrollkommission und einer VN-Friedenstruppe nach Kambodscha. Die bisherigen Lösungsversuche von Seiten Indonesiens, Frankreichs, Thailands, Australiens und Japans waren von starken nationalen Interessen dieser Staaten bestimmt, was zu Widersprüchen im Lösungsansatz führte, die wiederum von Vietnam und dem SK für ihre Zwecke ausgenutzt wurden.

V. Exkurs: Beteiligung der Roten Khmer an einer Konfliktlösung?

In den bisherigen Verhandlungen über eine Lösung des Kambodscha-Konflikts haben sich Vietnam und das SK-Regime in Phnom Penh nicht nur gegen eine erneute alleinige Machtergreifung der Roten Khmer ausgesprochen, sondern auch gegen eine Beteiligung der Roten Khmer an einer Übergangsregierung der nationalen Aussöhnung. In einigen westlichen Staaten, vor allem in den USA, Frankreich, Großbritannien und Australien, werden ebenfalls zunehmend Stimmen laut, die einen Ausschluß der Roten Khmer sowohl vom Konfliktlösungsprozeß als auch von einer künftigen Koalitionsregierung fordern. So sehr diese Auffassung von einem moralischen Standpunkt aus betrachtet gerechtfertigt erscheint, so ist sie angesichts der historischen Erfahrungen und in Anbetracht der tatsächlichen Gegebenheiten im heutigen Kambodscha unrealistisch und in letzter Konsequenz sogar unverantwortlich. Diese zugegebenermaßen ungewöhnliche Bewertung bedarf näherer Erläuterungen.

Erstens kann bei einem Ausschluß der Roten Khmer der Krieg im Landesinnern nicht beendet

werden, da die Roten Khmer in einem solchen Fall weiter gegen die Regierung in Phnom Penh kämpfen würden – ganz gleich, wie sich diese Regierung konkret zusammensetzte. Umfangreiche Waffenverstecke, die seit 1980/81 angelegt wurden, würden es den Roten Khmer ermöglichen, über Jahre hinweg ohne eine größere Unterstützung von außen als erhebliche Bedrohung jeder Regierung in Phnom Penh zu überleben. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Roten Khmer in ihren traditionellen Rekrutierungsgebieten – in den Gebieten der Kardamom-Gebirgskette und des Elefantengebirges im Südwesten des Landes – über eine sehr loyale Anhängerenschaft verfügen. Darüber hinaus sind ihre militärischen Aktivitäten in nahezu allen Gebieten westlich des Mekong ein Indiz dafür, daß sie von Teilen der kambodschanischen Landbevölkerung zunehmend geduldet, wenn nicht gar unterstützt werden. Es ist nicht vorstellbar, daß die Roten Khmer im Falle einer totalen Ablehnung durch die Bauern in derart vielen Landesteilen operieren könnten. Die Ursachen für die Erfolge der Roten Khmer scheinen deshalb nicht nur in ihrer guten

militärischen Organisation und Ausrüstung sowie in der Angst der Bevölkerung vor Repressalien zu liegen, sondern auch in ihrer nationalistischen, strikt gegen die vietnamesischen Hegemonialbestrebungen gerichteten Politik und in ihrem offenbar zunehmend gemäßigeren Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung (Kauf statt Konfiszierung von Nahrungsmitteln, medizinische Versorgung usw.).

Zweitens ist angesichts der Stärke der Roten Khmer die immer wieder erhobene Forderung nach zwangsweiser Entwaffnung und Aburteilung vor einem Internationalen Gerichtshof schlicht unrealistisches Wunschdenken, da hierfür jegliche Voraussetzungen fehlen. Selbst die kampferprobten vietnamesischen Truppen, die zeitweise mit 200 000 Mann in Kambodscha präsent waren, konnten die Roten Khmer nicht besiegen und haben seit Ende 1977 erhebliche Verluste erlitten: über 55 000 Tote und rund 170 000 Verletzte. Es ist nicht vorstellbar, daß die internationale Gemeinschaft bereit wäre, eine Internationale Friedenstruppe von mindestens 100 000 Mann nach Kambodscha zu entsenden, um mit absehbaren großen Verlusten und zweifelhaften Erfolgsaussichten zu versuchen, die Roten Khmer militärisch auszuschalten oder auch nur in Schach zu halten.

Drittens besteht zumindest China auf einer Beteiligung der Roten Khmer an einer politischen Lösung und an einer Übergangsregierung, so daß ein Ausschluß der Roten Khmer von einer politischen Lösung einem Ausschluß Chinas gleichkäme – eine Konstellation, die eine Konfliktlösung unmöglich machen würde, da China weiterhin die Roten Khmer unterstützen würde.

Die internationale Gemeinschaft steht also vor dem Problem, daß die von Vietnam und dem SK-Regime geforderte „Bestrafung“ und „Eliminierung“ der Roten Khmer nicht möglich ist und daß ein Konfliktlösungsversuch ohne sie die Fortsetzung des Krieges in Kambodscha und möglicherweise sogar eine Stärkung und Reradikalisierung der Roten Khmer bedeuten würde. Wer auf dem Ausschluß der Roten Khmer von einer Lösung des Kambodscha-Konflikts besteht, trägt also für die Fortsetzung des Krieges in Kambodscha eine entscheidende Mitverantwortung und überläßt größere Teile des kambodschanischen Volkes der dann von außen unkontrollierbaren Beherrschung durch die Roten Khmer. Es könnte sehr wohl sein, daß eine derartige Entwicklung im Interesse Vietnams ist, das dann einen Vorwand für eine weitere Inter-

vention hätte, nämlich das kambodschanische Volk vor einer erneuten Machtübernahme der Roten Khmer zu retten.

Die Alternative hierzu ist die Beteiligung der Roten Khmer an einer Konfliktlösung und an einer Übergangsregierung, d. h. sie würden in die politische Verantwortung für die Zukunft Kambodschas eingebunden und in die Pflicht genommen werden, sich an die auch von ihnen ratifizierte Lösung zu halten. Nur auf diese Weise können sie sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene politisch und militärisch kontrolliert und damit die Fortsetzung der kambodschanischen Tragödie vermieden werden.

Die Roten Khmer haben mit ihrem jüngsten Vorschlag vom 29. Juni 1990 erneut ihre Bereitschaft bekräftigt, einer umfassenden politischen Lösung des Kambodscha-Konflikts zuzustimmen, die nach ihrer Ansicht u. a. folgende Maßnahmen enthalten soll:

- Einsatz einer Friedenstruppe der Vereinten Nationen über einen Zeitraum von mehreren Jahren in Kambodscha,
- Entwaffnung und Auflösung aller bewaffneten Streitkräfte in Kambodscha,
- Lokalisierung und Konfiszierung aller Waffenlager im gesamten Land,
- Bildung eines aus den vier Parteien bestehenden Obersten Nationalen Rates, der bis zur Durchsetzung des Ergebnisses freier Wahlen die höchste legislative und exekutive Gewalt ausüben soll,
- freie Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung unter der Kontrolle der Vereinten Nationen.

Die Realisierung dieser Vorschläge, die im übrigen auf dem von Prinz Sihanouk seit 1979 vertretenen Lösungsmodell basieren, würde die Gefahr einer erneuten alleinigen Machtergreifung durch die Roten Khmer oder einer anderen Khmer-Fraktion wirksam ausschließen. Es ist an der Zeit, daß die internationale Gemeinschaft die Roten Khmer anhand deren eigener Vorschläge beim Wort nimmt und Druck auf Vietnam und das SK-Regime ausübt, diese Vorschläge zumindest als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren. Andernfalls könnten die Roten Khmer – sollten sie in den nächsten Wochen bedeutende militärische Erfolge erzielen – wieder ausschließlich auf eine militärische Lösung setzen.

VI. Haupthindernisse einer dauerhaften Lösung des Kambodscha-Konflikts

Die Haupthindernisse einer dauerhaften Lösung des Kambodscha-Konflikts liegen im wesentlichen in der nach wie vor kompromißlosen Haltung Vietnams und des SK-Regimes in Phnom Penh. Vietnam zog zwar im September 1989 den Großteil seiner Besatzungstruppen ab, doch Hanoi unternimmt alles, um die RVPK von Heng Samrin und Hun Sen an der alleinigen Macht in Kambodscha zu halten. Zu diesem Zweck sind in Kambodscha nach wie vor Tausende von vietnamesischen Militärberatern und Elitetruppen im Einsatz. Auch sind die kommunistischen Parteiführer in Phnom Penh und Hanoi nicht bereit, auf die „besonderen Beziehungen“ und die „strategische Allianz“ zwischen Vietnam und Kambodscha zu verzichten. Das Konzept der „besonderen Beziehungen“ ist jedoch mit dem Konzept der Neutralität Kambodschas völlig unvereinbar.

Abgelehnt wird auch die Schaffung eines Mehrparteiensystems, das eine der grundlegenden Voraussetzungen für eine nationale Aussöhnung und eine wirkliche Teilung der Macht zwischen den vier kambodschanischen Fraktionen darstellt. Als logische Folge dieser Haltung werden die Etablierung einer Vierparteien-Übergangsregierung anstelle der SK-Regierung und der Widerstandskoalition, die Einsetzung einer zeitweiligen Treuhandverwaltung der Vereinten Nationen sowie die Stationierung einer VN-Friedenstruppe und die Entwaffnung aller kambodschanischen Streitkräfte strikt abgelehnt, weil dies die Macht der herrschenden RVPK brechen würde. Entsprechend mager sind die Konzessionsangebote an die drei Widerstandsgruppen: Sie dürfen die Hälfte der Sitze eines rein symbolischen Obersten Nationalrats einnehmen, der jedoch keinerlei reale Macht über die SK-Regierung und -Administration haben soll. Immerhin dürfen „freie, gleiche, faire und demokratische Wahlen“ von den Vereinten Nationen organisiert werden, die jedoch wiederum die Souveränität der bestehenden SK-Regierung (und nicht des Obersten Nationalrats!) anerkennen müssen.

Im Widerspruch zu dem von ihnen verbal befürworteten Prinzip der nationalen Aussöhnung wollen Vietnam und das SK-Regime den Roten Khmer das Vetorecht bei den Verhandlungen über eine Lösung des Kambodscha-Konflikts entziehen und befürworten deshalb nur noch bilaterale Gespräche zwischen der SK-Regierung und der Widerstandskoalition anstatt Verhandlungen zwischen den vier Khmer-Fraktionen. Darüber hinaus fordern Hanoi und Phnom Penh von der internationalen Gemeinschaft, die Roten Khmer zu „bestrafen“, ihnen jeg-

liche Hilfe zu entziehen und sie zur Annahme der von Vietnam und dem SK vorgeschlagenen Lösung zu zwingen. Dieser Ansatz ist jedoch von vornherein zum Scheitern verurteilt, da er die reale Stärke der Roten Khmer und die Position Chinas unberücksichtigt läßt. Außerdem würden sich die westlichen Staaten einen Bärendienst erweisen, einem Lösungsmodell zuzustimmen, das die Bewahrung der Alleinherrschaft der Kommunisten in Phnom Penh und die Aufrechterhaltung der vietnamesischen Hegemonie zum Ziel hat.

Eine Friedensregelung für Kambodscha ist ohne eine Beteiligung der Roten Khmer nicht zu erreichen. Das wissen auch Vietnam und das SK-Regime in Phnom Penh. Beide hoffen jedoch auf eine baldige Anerkennung der provietnamesischen Regierung von Hun Sen durch einige westliche Staaten und auf weitgehende Einstellung der ausländischen Hilfe für den Widerstand. Sie erwarten dadurch eine Stärkung der Position der Regierung in Phnom Penh und eine entscheidende Schwächung der Widerstandsgruppen. Doch größere militärische Erfolge der Roten Khmer und der Sihanoukisten in den nächsten Monaten und die Einstellung der sowjetischen Hilfe dürften das SK-Regime an den Rand des Zusammenbruchs bringen. Im Falle einer solchen Entwicklung könnte es bereits im Verlauf des Jahres 1991 zu weitreichenden Kompromissen der Regierungen in Phnom Penh und Hanoi und damit zu einer dauerhaften Lösung des Kambodscha-Konflikts kommen. Hierfür ist jedoch zunächst eine konsequente und harte Haltung der internationalen Gemeinschaft gegenüber Vietnam und dem SK-Regime notwendig. Andernfalls ist der von der kambodschanischen Bevölkerung herbeigesehnte Frieden für ihr Land in nächster Zeit nicht in Sicht.

Die von den USA verkündete Entscheidung, die Akkreditierung der von Prinz Sihanouk geführten Widerstandskoalition bei den Vereinten Nationen nicht mehr zu unterstützen, humanitäre Hilfe für die Regierung in Phnom Penh aufzunehmen und mit Vietnam über eine Lösung der Kambodscha-Frage zu verhandeln, wird wahrscheinlich die Regierungen in Hanoi und Phnom Penh in ihrer kompromißlosen Haltung eher noch bestärken und damit nicht zu einer baldigen Konfliktlösung beitragen. Die Kehrtwende der US-Regierung in ihrer Kambodscha-Politik erfolgte unmittelbar nach der fünften Verhandlungsrunde der fünf ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrats, auf der bedeutende Fortschritte in der Frage der Entmilitarisierung, der Zusammensetzung des Obersten Nationalen Rates

und der Rolle der VN erzielt worden sein sollen. Die völlig überraschende Neuorientierung der US-Politik, die in den ASEAN-Staaten vornehmlich auf Unverständnis gestoßen ist, könnte diese mühsam erreichte Übereinkunft aufs Spiel setzen.

Auf der anderen Seite haben Vietnam und das Hun-Sen-Regime die Einsetzung einer VN-Treuhandverwaltung und die Stationierung einer VN-Friedenstruppe u. a. mit der Begründung abgelehnt, daß die VN nach wie vor die Nationale Regierung von Prinz Sihanouk als Mitglied akzeptierten und deshalb keine neutrale Haltung in dem Konflikt einnehmen. Sollte die jüngste US-Initiative tatsächlich dazu führen, daß die Widerstandskoalition ihren VN-Sitz verliert, dann wären alle Voraussetzungen dafür erfüllt, daß Hanoi und Phnom Penh eine größere Rolle der VN bei der Lösung des Konflikts akzeptieren können. Die bisherigen Erfahrungen geben jedoch zu erheblichen Zweifeln Anlaß, ob

Vietnam und das SK-Regime eine derartiges Entgegenkommen entsprechend honorieren werden.

Nach Aussage von US-Außenminister James Baker wollen die USA mit ihrer neuen Haltung verhindern, daß die Roten Khmer wieder allein die Macht ergreifen. Angesichts der realen Verhältnisse in Kambodscha (siehe Exkurs), grenzt eine derartige Erwartungshaltung an Naivität. China hat in einer deutlichen Kritik an der US-Kehrtwende versichert, daß es den kambodschanischen Widerstand, vor allem die Roten Khmer, weiter mit Waffen unterstützen werde, und zwar solange, bis eine umfassende politische Lösung des Kambodscha-Problems erreicht sei, die den vollständigen Abzug der vietnamesischen Truppen unter VN-Kontrolle und die Errichtung einer Vierparteienregierung in Kambodscha enthalten müsse. Auch jüngst wurde also wieder deutlich, daß es ohne oder gegen die Roten Khmer keinen Frieden für Kambodscha geben kann.

Literatur:

- amnesty international, Kampuchea. Political Imprisonment and Torture, London 1987.
N. Chanda, Brother Enemy — The War after the War, New York 1986.
D. P. Chandler, A History of Cambodia, Boulder 1983.
W. Draguhn/P. Schier (Hrsg.), Indochina: Der permanente Konflikt?, Hamburg 1987³.
D. W. P. Elliot (Hrsg.), The Third Indochina Conflict, Boulder 1981.
T. Khien/M. Brown (ed.), Indochina and Problems of Security and Stability in Southeast Asia, Bangkok 1981.
B. Kiernan, How Pol Pot came to power, London 1986.
E. Lucioli, Le mur de bambou. Le Cambodge après Pol Pot, Paris 1988.
M. A. Martin, Le mal cambodgeen, Paris 1989.
P. Schier, Die Rolle der Vereinten Nationen bei der Suche nach einer Lösung des Konflikts in und um Kambodscha, 1979—1987, in: M. A. Ferdowsi/P. J. Opitz (Hrsg.), Macht und Ohnmacht der Vereinten Nationen, München-Köln-London 1987, S. 119—159.
ders., Das sowjetische Engagement in Indochina, in: J. Glaubitz/D. Heinzig (Hrsg.), Die Sowjetunion und Asien in den 80er Jahren, Baden-Baden 1988, S. 205—229.
ders. (zus. mit M. Schier-Oum), Prince Sihanouk on Cambodia. Interviews and Talks with Prince Norodom Sihanouk, Hamburg 1985².
M. Vickery, Cambodia 1975—1982, Herts 1985.
T. Q. Vu (ed.), The Indochina Conflict — No Way out of the Blind Alley?, Bonn 1982 (Vierteljahresberichte — Probleme der Entwicklungsländer, hrsg. v. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 88).
G. Will, Vietnam 1975—1979: Von Krieg zu Krieg, Hamburg 1987.

Myanmar (Birma) auf dem Wege zur Demokratie?

Am 27. Mai 1990 fand in Myanmar (Bezeichnung bis Juni 1989: Birma) eine Parlamentswahl statt, an der mehrere Parteien teilnahmen. Nach Ansicht der Regierungsgegner verlief sie frei und fair. Sie war die erste geheime Wahl zum Parlament in der Geschichte des Landes überhaupt. Das herrschende Militärregime hat damit ein Versprechen eingelöst, das es bereits beim Putsch am 18. September 1988 gegeben hatte.

Für den südostasiatischen Staat mit seinen über 40 Millionen Einwohnern und einer Landfläche von mehr als der 2½fachen Größe der Bundesrepublik Deutschland hat sich nun ein Scheideweg aufgetan: Erstmals seit Jahrzehnten ist eine Einigung der zerstrittenen, einander z. T. sogar mit Waffengewalt bekämpfenden politischen Kräfte konkret möglich – wenn auch angesichts festgefahrener, teilweise in der modernen Geschichte begründeter Positionen keineswegs sicher.

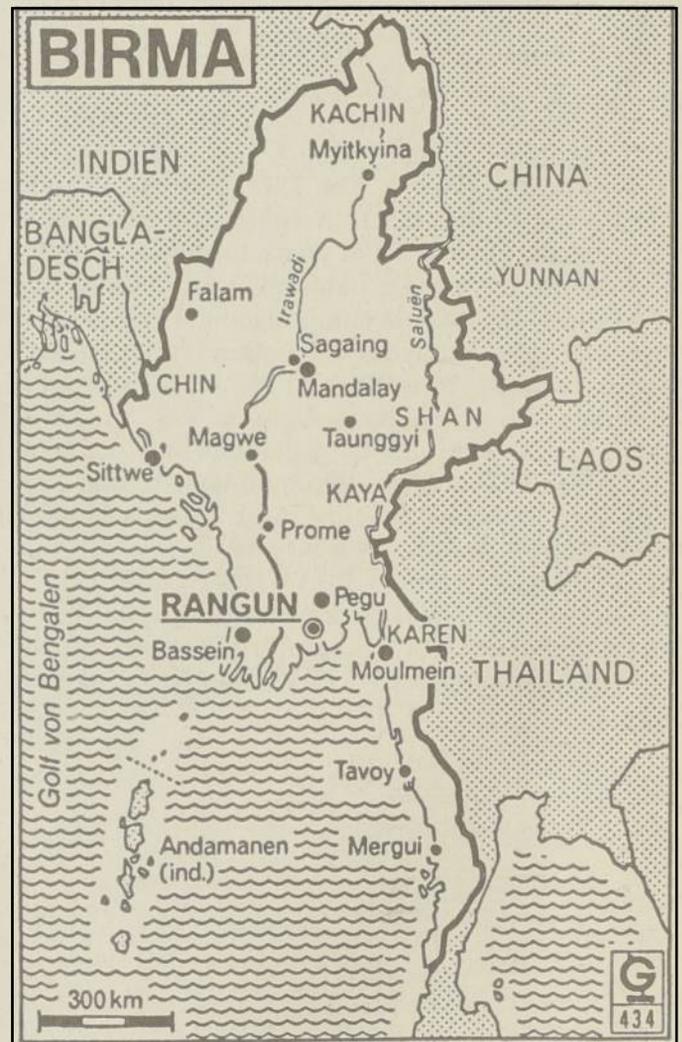
I. Von der Kolonialzeit zum Militärputsch 1962

Das einst mächtige Reich der Birmanen, dessen Herrschaft im 18. Jahrhundert unter der Konbaung-Dynastie zeitweise bis ins heutige Indien, Laos und Thailand hineinreichte, zerfiel, als es mit einer expandierenden, modernen Kolonialmacht zusammenprallte: England, das von Indien aus vordrang, brachte das Land in drei Kriegen, von 1824 bis 1886, schrittweise unter seine Kontrolle; 1885 fand das birmanische Königtum ein Ende, 1886 wurde Myanmar als Provinz an Britisch-Indien angegliedert.

Wichtig für die Zukunft des Landes sollte die Zerteilung der britischen Verwaltung in dieser Periode werden: Das Kernland, in dem die ethnische Gruppe der Birmanen die Mehrheit der Bevölkerung stellte, unterstand – zusammen allerdings mit den Gebieten der ethnischen Minderheiten der Mon und Arakanesen – unmittelbar britischer Kontrolle, während in den mehr peripheren Territorien der Minderheiten der Schan, Karenni (heute: Kayinni), Kachin, Chin, Karen (heute: Kayin) u. a. die traditionelle politische Struktur unter lediglich britischer Oberhoheit weitgehend beibehalten wurde; 1922 wurden diese Gebiete unter einer eigenen Grenzverwaltung zusammengefaßt. Die administrative Trennung sowie die britische Praxis, sich zur Herrschaft über die Birmanen häufig Angehöriger ethnischer Minderheiten zu bedienen, mündeten schließlich in einen bewaffneten inneren Konflikt, der jetzt bereits seit Jahrzehnten andauert.

Ab 1923 erhielt das heutige Myanmar stufenweise mehr innere Selbstverwaltung, 1937 wurde es wieder von Indien abgetrennt. Während des Zweiten Weltkrieges besetzten japanische Truppen den größten Teil des Landes und gewährten ihm im

August 1943 die (nur auf dem Papier stehende) Unabhängigkeit, verloren es in schweren Kämpfen bis 1945 aber wieder an die Alliierten, so daß Großbritannien zunächst erneut sein Kolonialregime etablieren konnte.



Im Widerstand gegen die britische und japanische Fremdherrschaft dieser Periode wuchsen die meisten Führer des modernen Myanmar heran — unter ihnen der Nationalheld General Aung San, U Nu und U Ne Win, die alle zunächst der 1931 von antikolonialistischen Studenten gegründeten „Dobama Asiayone“ („Organisation Wir Birmanen“; auch: „Thakin-Partei“) angehörten und später der 1944 auf breiter politischer Basis gebildeten anti-japanischen „Anti-Fascist People's Freedom League“ (AFPFL) beitraten. Aung San arbeitete für sein Land sowohl gegen die Briten als auch gegen die Japaner: Als Generalmajor Kommandeur einer gegen die Alliierten kämpfenden myanmarischen Truppe, der „Burma Defence Army“ (BDA) — in der Ne Win als Brigadegeneral Dienst tat —, wandte er sich insgeheim bald gegen das zunehmend verhaßte japanische Besatzungsregime und wurde gleichzeitig AFPFL-Vorsitzender. 1945 brachen Alliierte, BDA und der von der AFPFL aufgebaute bewaffnete Untergrund gemeinsam den Widerstand der verbliebenen japanischen Truppen.

Dennoch wäre der Unabhängigkeitskampf weitergegangen, hätte in Großbritannien nicht die Labour Party die Regierung übernommen. Der neue Premier Attlee aber leitete Verhandlungen über das Ende der Kolonialherrschaft ein. Da auf britischer Seite Besorgnisse hinsichtlich des Schicksals der ethnischen Minderheiten in dem künftigen souveränen Staat bestanden, wurde nach Panglong (im Schan-Staat) eine Konferenz mit den Birmanen und den ethnischen Minderheiten einberufen. Als deren Ergebnis wurde am 12. Februar 1947 im „Panglong-Abkommen“ die Bildung einer „Birmanischen Union“ vereinbart, der sowohl die ethnische Gruppe der Birmanen als auch die ethnischen Minderheiten angehören sollten. Die Schan und die Karenni (Kayinni) sollten nach zehn Jahren über Austritt oder Verbleib in der Union entscheiden können — eine nie verwirklichte Abmachung —; den Kachin wurde zwar nicht diese Möglichkeit, aber die Bildung eines eigenen Staates innerhalb der Union zugestanden. Die Karen (Kayin) nahmen in der vergeblichen Hoffnung, mit Großbritannien eine Sondervereinbarung erzielen zu können, an der Konferenz nur als Beobachter teil. Für sie kam es zu keiner besonderen Statusvereinbarung.

Am 4. Januar 1948 wurde Myanmar wieder ein souveräner Staat. General Aung San, dem das Land sehr viel auf dem Wege dorthin zu verdanken hatte, war knapp ein halbes Jahr zuvor im Auftrag eines kaum bekannten politischen Rivalen ermordet worden. Seine Nachfolge an der Spitze der AFPFL hatte U Nu angetreten, der nun erster Regierungs-

chef der unabhängigen „Birmanischen Union“ wurde.

Der praktizierende Buddhist U Nu sah sich nicht nur vor die schwierige Aufgabe gestellt, den wirtschaftlichen Wiederaufbau eines vom Kriege darniederliegenden Landes — mit allerdings ausreichender Grundnahrungsmittelversorgung — zu betreiben, sondern wurde zunehmend auch mit Auf-ruhr konfrontiert.

Muslimische Sezessionisten in Arakan (heute: Rakhine) standen in offener Rebellion; die trotzkistische „Rote-Flagge-Kommunisten“ hatten sich schon 1946 von der AFPFL gelöst und kämpften seit Januar 1947 im Untergrund (ihre Untergrundtätigkeit endete erst 1970 mit der Gefangennahme ihres Führers Thakin Soe). Kurz nach der Unabhängigkeit gingen auch die zahlenmäßig stärkeren „Weiße-Flagge-Kommunisten“ in den Untergrund (ihre unverändert illegale „Burmese Communist Party“ [BCP] war bis zur Zersplitterung im Frühjahr 1989 größte Guerilla-Organisation des Landes). Die Karen (Kayin) bildeten eine „Karen National Defense Organization“ (KNDO), die sich, weil eine Verfassungsbestimmung für ihre Volksgruppe in der „Birmanischen Union“ nur ein kleines eigenes Gebiet mit der Bezeichnung „Kawthulay“ vorsah, seit September 1948 ebenfalls im Guerillakampf befand. Hinzu kam im Januar 1949 der Ausbruch einer Meuterei in den Streitkräften, dem sich die meisten Kayin-Regimenter anschlossen (der Kommandeur der Streitkräfte, ein regierungstreuer Kayin, wurde daraufhin seines Postens enthoben und durch seinen bisherigen Stellvertreter, General Ne Win, ersetzt). Auch andere Gruppen stellten sich gegen die Regierung. 31 Städte wurden von den Aufständischen eingenommen, darunter auch der frühere Königssitz Mandalay. Die wenigen verbleibenden, ethnisch birmanischen Einheiten konnten nur mit Hilfe loyaler Chin-Truppen das Land wieder weitgehend unter ihre Kontrolle bringen. Nicht wenigen der heutigen Birmanen ist diese Periode als Trauma in Erinnerung geblieben und hat sie mit starkem Mißtrauen gegenüber den Organisationen der ethnischen Minderheiten erfüllt. Das Militär, das damals kurz vor der endgültigen Niederlage und damit Auflösung stand, sieht offenbar auch heute noch in größeren Konzessionen an die ethnischen Minderheiten eine Gefahr für den Fortbestand des Staates.

Unter dem Zivilisten U Nu, der nur von Juni 1956 bis März 1957 das Amt des Regierungschefs an einen anderen Politiker abtreten mußte, übernahmen im Dezember 1958 die Streitkräfte (unter General Ne Win) erstmals seit der Unabhängigkeit des Landes direkt die politische Führung — jedoch for-

mal legal auf Ersuchen U Nus in einer innenpolitisch sehr gespannten Situation. Als jedoch trotz guter Resultate ihrer „Caretaker-Regierung“ bei der Parlamentswahl im Februar 1960 nur 41 von insgesamt 250 Sitzen auf die vom Militär geförderte Partei entfielen, während U Nus Partei unter geschickter Ausnutzung des im Lande als Religion vorherrschenden Buddhismus 159 Mandate errang, zog sich das Militär in die Kasernen zurück.

Einem Wahlkampfversprechen folgend, ließ U Nu am 26. August 1961 vom Parlament eine Verfassungsänderung verabschieden, durch die der Buddhismus zur Staatsreligion erklärt wurde — was in Militärkreisen mit Unbehagen als ein Anlaß für ver-

schärfte Spannungen mit den in erheblichem Umfang christlichen Kayinni und Kachin gesehen wurde. Als dann noch gegen Ende Februar 1962 Führer der Schan und der Kayin in Rangun (heute: Yangon) zusammenkamen, um vor dem Hintergrund des Panglong-Abkommens von 1947 über Verbleib oder Nicht-Verbleib ihrer Volksgruppen in der „Birmanischen Union“ zu beraten, sahen die Streitkräfte — so zumindest heutige offizielle Erklärungen — die Gefahr eines Auseinanderbrechens des Staates. Am 2. März 1962 übernahmen sie unter ihrem Kommandeur General Ne Win in einem fast unblutigen Putsch erneut die Macht. In den folgenden mehr als 26 Jahren war Ne Win der „starke Mann“ im Land.

II. Die Ära Ne Win (1962—1988)

Oberstes Machtgremium war nun ein ausschließlich aus Militärangehörigen gebildeter, 17köpfiger „Revolutionsrat“, der durch Erlasse regierte. Bereits am 3. März löste er das Parlament auf; am 9. März übertrug er alle exekutive, legislative und richterliche Gewalt auf General Ne Win, bestand aber selbst fort.

Als politische Partei des Militärregimes wurde im Juli 1962 die „Birmanische Sozialistische Programmpartei“ (BSPP; auch: „Lanzin-Partei“) gegründet, doch wurden erst im März 1964 alle anderen Parteien verboten. Die BSPP verstand sich zunächst als reine Führungselite. Noch 1971 hatte sie ganze 24 Vollmitglieder (plus mehrere hunderttausend „Kandidaten“), von denen 13 dem Revolutionsrat angehörten. Danach wurde ihre Rolle erweitert: Der 1. BSPP-Parteitag beschloß im Sommer 1971 ihre Umwandlung in eine Volkspartei; gleichzeitig sollte im staatlichen Bereich eine neue Verfassung ausgearbeitet werden. Die Mitgliederzahl der BSPP wuchs in der Folge bis Ende Januar 1985 auf 1,022 Millionen Vollmitglieder und 1,278 Millionen „Kandidaten“ (noch nicht stimmberechtigte Mitglieder) an, zusammen also auf über 2,3 Millionen Parteiangehörige; für Ende März 1988 wurde sogar eine Gesamtmitgliederzahl von 2,896 Millionen bekanntgegeben.

Die Verfassung trat nach Billigung in einer Volksabstimmung (mit 90,2 Prozent Ja-Stimmen) am 4. Januar 1974 in Kraft. Sie schrieb als legislatives Organ ein Ein-Kammer-Parlament („Pyithu Hluttaw“) vor, auf dessen Basis eine zivile Regierung zu bilden war, bestimmte aber in Artikel 11: „Der Staat soll ein Ein-Parteien-System einführen. Die Birmanische Sozialistische Programmpartei ist die

einzigste politische Partei, und sie soll den Staat führen.“ Das Ergebnis war also eine Art „parlamentarische Diktatur“.

Die BSPP war straff zentralistisch organisiert: An der Spitze stand ein „Zentralkomitee“ (ZK; ab 1985 280 Personen), in dem den eigentlichen Machtkern der vom ZK gewählte (1985 17köpfige) „Zentrale Exekutivausschuß“ — vergleichbar etwa einem Politbüro oder Parteivorstand — darstellte; sein Vorsitzender war gleichzeitig Parteivorsitzender. Die mittlere Parteiebene bildeten 14 „Regionalkomitees“ — parallel zur Einteilung der „Birmanischen Union“ in sieben Provinzen und sieben Unionsstaaten; ihre Mitglieder wurden jedoch nicht etwa von den darunterliegenden „Parteisektionen“ — die auf „Partezellen“ als Basiseinheit aufbauten — gewählt, sondern vom ZK ernannt.

Die organisatorische Erfassung der Bevölkerung beschränkte sich keineswegs auf die Parteimitglieder: Im Vorfeld der BSPP tätige „Freunde der Partei“ und die parteinahen Kinder- und Jugendorganisationen hatten zusammen eine noch höhere Mitgliederzahl, so daß im März 1988 schätzungsweise 20 Prozent aller Einwohner der BSPP oder einer ihr nahestehenden Organisation angehörten. Darüber hinaus wirkten BSPP-Mitglieder in die Massenorganisationen hinein: Ende Januar 1985 waren z. B. von den über 7,5 Millionen Mitgliedern des „Bauernverbandes“ 11,2 Prozent und von den mehr als 1,8 Millionen Mitgliedern des „Arbeiterverbandes“ rund 21 Prozent gleichzeitig BSPP-Mitglied. In den Regierungsbehörden unterhielt die BSPP eigene Zellen, und sogar knapp 170 000 Soldaten gehörten Ende Januar 1985 nach offiziellen Angaben der BSPP an; geht man von einer Gesamtstärke der

Streitkräfte von damals 186 000 Mann aus, so waren dies mehr als 91 Prozent des Militärs.

Wichtige Partei- und Regierungspositionen wurden nicht selten von aktiven oder ehemaligen Militärangehörigen eingenommen. (General Ne Win und andere hohe Offiziere traten 1974 in den militärischen Ruhestand, um zivile Funktionen zu übernehmen.) Da alle Mitglieder des Exekutivrates (= Kabinetts) und des übergeordneten Staatsrates nach der Verfassung von 1974 dem Parlament angehören mußten und die Aufstellung als Parlamentskandidat letztlich von der BSPP abhing, konnten auch Karrieren in der staatlichen Exekutive von der Partei gesteuert werden. Damit basierte die Macht im Staat auf den personell miteinander verflochtenen drei Säulen Partei – Zivilverwaltung – Sicherheitskräfte.

An der Spitze dieses Systems stand U Ne Win – nach Abgabe seiner 1962 erhaltenen Sondervollmachten von 1974 bis 1981 als Staatsratsvorsitzender und damit Präsident Myanmars, von 1973 bis zum Juli 1988 als Vorsitzender der Einheitspartei BSPP. Es ist wichtig, sich dieses Machtschema und die Machtkonzentration vor Augen zu halten, will man den Grad der ab 1988 eingetretenen Umwälzungen beurteilen.

Ideologisch schuf sich die 1962 an die Regierung gekommene Gruppe eine eigene Basis, die nach dem Titel einer im April 1962 veröffentlichten Schrift als „birmanischer Weg zum Sozialismus“ bekannt wurde. Dieser lehnte sich sowohl an marxistisches als auch an buddhistisches Gedankengut an. In der Praxis sah er zwar ebenfalls eine Überführung von Landwirtschaft, Industrieproduktion, Warenverteilung, Nachrichtenübermittlung und Außenhandel in staatlichen Besitz vor, unterschied sich vom Sozialismus kommunistischer Prägung aber in grundlegenden Punkten; so sah er keinen Klassenkampf und keine Diktatur des Proletariats – oder irgendeiner anderen Klasse – vor, sondern nur eine wohlwollende staatliche Ägide.

Die Entprivatisierung der Wirtschaft wurde, von einzelnen Sektoren abgesehen, nur langsam in die Tat umgesetzt. Kurz vor den Veränderungen von 1988 war der staatliche Sektor erst mit 37,2 Prozent an der Entstehung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) beteiligt, der genossenschaftliche mit 7,2 Prozent, der private immer noch mit 55,6 Prozent. In der Landwirtschaft z. B. wurden noch fast 91 Prozent der Produktion privat erwirtschaftet

(wobei Grund und Boden zwar verstaatlicht worden waren, den Bauern aber – mit Einschränkungen – zur privaten Nutzung überlassen wurden).

Im Ergebnis hat sich dieses System, gekoppelt mit der staatlichen Bevormundung im politischen Bereich, als ineffizient erwiesen. Nicht ideologisch bedingte Fehlentscheidungen trugen ein übriges zum wirtschaftlichen Niedergang und einer wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung bei – so die plötzliche ersatzlose (!) Entwertung der drei höchsten Geldnoten am 5. September 1987, durch die mehr als 50 Prozent der Bargeldmenge aus dem Umlauf gezogen wurden, obwohl erst wenige Tage zuvor der Reishandel freigegeben worden war und die Verbraucherpreise für dieses wichtigste Grundnahrungsmittel daher im Steigen begriffen waren. Die Politik einer weitgehenden Abkapselung vom Ausland, die wesentlich die myanmarische Kultur bewahren half, wirkte sich in der Wirtschaft ebenfalls negativ aus: Moderne Technologie wurde in dem wenig industrialisierten Myanmar aus Devisenmangel immer knapper, was wiederum die Qualität mancher Exportprodukte und damit erneut die Deviseneinnahmen verringerte. Davon unabhängig entwickelten sich allerdings auch die Weltmarktpreise für den myanmarischen Außenhandel ungünstig.

Als BSPP-Generalsekretär U Aye Ko auf einem Sonderparteitag vom 23. bis 25. Juli 1988 offen Bilanz zog, mußte er daher u. a. einräumen: Im staatlichen Wirtschaftssektor gab es eine sinkende Effizienz der Staatsbetriebe, hohen Ausschuß, bürokratisches Management; im privaten Sektor wurde Kapital zunehmend für Geschäfte am Schwarzmarkt eingesetzt (der einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung mit Konsumgütern leistete); die Schuldendienststrategie gegenüber dem Ausland stand 1986/87 bereits bei 59,2 Prozent. Moral und persönliches Engagement waren im Niedergang begriffen, Zweckentfremdung öffentlicher Mittel, aktive und passive Bestechung sowie Protektion verbreitet.

Vor diesem Hintergrund und angesichts einer Welle öffentlicher Demonstrationen und Protestkundgebungen – die aber die Regierung zu diesem Zeitpunkt keineswegs gefährdeten – erklärte U Ne Win auf dem Sonderparteitag überraschend seinen Rücktritt vom Parteivorsitz. Zugleich schlug er eine Volksabstimmung über die Einführung eines Mehrparteiensystems vor, die der Parteitag in ungewohntem Widerstand gegen den Willen von „Number One“ jedoch ablehnte.

III. 1988: mehrfacher Regierungswechsel und Militärputsch

Die Unruhen, die den Anstoß für die politischen Veränderungen gaben, begannen im März 1988 aus minimalen Anlässen, weiteten sich aber rasch aus. Innerhalb weniger Tage fanden nach offiziellen Angaben etwa 70 Personen den Tod, 625 wurden vorübergehend festgenommen. Drei Monate danach, am 13. Juni, kam es im Hochschulbereich in Yangon zu neuen Protesten, die sich auf andere Bevölkerungsteile ausdehnten. Über Yangon und drei weitere große Städte wurde eine nächtliche Ausgangssperre verhängt, über eine von ihnen, Prome, am 22. Juli auch das Kriegsrecht.

Der Sonderparteitag und die anschließende außerordentliche Sitzung des Parlaments am 27. Juli brachten den Rücktritt einer Anzahl weiterer Spitzenpolitiker, darunter von Präsident U San Yu. Zum neuen BSPP-Vorsitzenden und Präsidenten Myanmars wurde U Sein Lwin gewählt, ein für hartes Vorgehen bekannter Ex-General und enger Vertrauter U Ne Wins. Die Opposition sah sich durch seine „Machtübernahme“ in ihrer langjährigen Hoffnung auf durchgreifende Veränderungen beim Abtreten U Ne Wins enttäuscht und verstärkte ihre Protestaktionen. Am 8. August breiteten sie sich schlagartig auch auf bis dahin im wesentlichen ruhige Städte aus — wurden also offensichtlich koordiniert. Gewalttätigkeiten und Plünderungen von Lebensmittelvorräten nahmen zu, es kam zu sinnlosen Zerstörungsaktionen. U Sein Lwin ließ schießen. Obwohl am 11. August eine leichte Beruhigung eintrat, gab der Staatsrat am 12. August 1988 unerwartet U Sein Lwins Rücktritt bekannt.

Ausländische Presseberichte haben die Zahl der Toten durch die Unruhen unterschiedlich auf 1 000 bis 3 000 beziffert und an diesen Zahlen festgehalten, obwohl bei Hunderttausenden von Demonstranten, in die auch hineingeschossen wurde, jede Zählung illusorisch war. Von Regierungsseite wurde später eine Zahl von etwa 530 Toten eingeräumt — auch dies aber Zeichen für ein sehr hartes Vorgehen.

Am 19. August übernahm die beiden Spitzenämter in Partei und Staat der 63jährige Zivilist U Maung Maung, ein in Yale promovierter Jurist. Obwohl am 22. August ein von der Opposition ausgerufenes landesweites Generalstreik begann, zog er am 23. August die Sicherheitskräfte aus den Randbe-

zirken bild der Städte zurück und hob am 24. August Kriegsrecht und Ausgangssperren — die nur lokal bestanden — wieder auf; am 25. August wurden die letzten der seit dem 3. August festgenommenen 2 750 Personen auf freien Fuß gesetzt. Noch am 24. August kündigte er über Rundfunk neue Sondersitzungen von Parlament und BSPP-Zentralkomitee zur Entscheidung über die Einführung eines Mehrparteiensystems an; außerdem gab er bekannt, er und alle übrigen Mitglieder des Staatsrates, des Ministerrates und dreier weiterer Führungsgremien würden bei der angestrebten demokratischen Wahl nicht mehr kandidieren, d. h. aus der Spitzenpolitik ausscheiden. Nur der Forderung der Opposition nach sofortiger Bildung einer (oppositionellen) Interimsregierung ohne parlamentarische Basis widersetzte er sich nachdrücklich.

Die Demonstrationen nahmen jetzt solche Ausmaße an, daß selbst zentrale Regierungsstellen nur noch z. T. arbeiteten und in der zweitgrößten Stadt des Landes, Mandalay, die Zivilverwaltung zusammenbrach. Banken sowie zahlreiche Geschäfte und Industriebetriebe blieben geschlossen, der öffentliche Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft kam zum Erliegen — was die Nahrungsmittelversorgung in den Städten dramatisch verschlechterte —, Plünderungen und andere Gewalttaten hielten an. Am 9. September erklärte sich der 1962 durch den Militärputsch gestürzte Premierminister U Nu öffentlich zum wieder amtierenden Regierungschef — ein Anspruch, den er trotz ausbleibender allgemeiner Anerkennung auch 1990 noch aufrecht erhielt.

Der Beschluß von BSPP-Parteitag und Parlament am 10./11. September, eine Parlamentswahl mit Mehrparteiensystem durchzuführen, und die anschließende Einsetzung von fünf erfahrenen Pensionären — von drei verschiedenen Ethnien und drei verschiedenen Religionen — als Wahlkommission brachte keine Besserung der Lage. Am 16. September ordnete U Maung Maung an, daß mit Wirkung vom selben Tage kein Angehöriger des öffentlichen Dienstes mehr einer politischen Partei angehören dürfe. Damit war der BSPP und dem alten Regime die Machtgrundlage entzogen. Am 18. September 1988 putschten die Streitkräfte.

IV. Politik und Wirtschaft unter dem SLORC

Neues zentrales Machtgremium wurde ein „State Law and Order Restoration Council“ (SLORC), dem 19 Offiziere – außer zwei Obersten alle im Generals- oder Admiralsrang – angehörten, unter ihnen die Kommandeure aller acht Kommandobereiche der Streitkräfte. SLORC-Vorsitzender war General Saw Maung, vorher schon Kommandeur der Streitkräfte und Verteidigungsminister.

Der SLORC nannte in seiner ersten Verlautbarung am Putschtag vier Ziele: Ruhe und Ordnung wiederherzustellen; den Verkehr zu normalisieren; die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Unterkunft zu gewährleisten; eine freie und faire Parlamentswahl mit Mehrparteiensystem durchzuführen. Er strebte damit – obwohl das Militär zweifellos auch hinter den vorausgegangenen Regierungen gestanden hatte – nicht eine Fortsetzung des alten Regimes an, sondern den Übergang zu einer demokratischen Staatsform. Entsprechend wurde die bereits bestehende Wahlkommission sofort in ihrem Amt bestätigt.

Dem SLORC ist im Ausland häufig undemokratisches Verhalten vorgeworfen worden – zurecht: Sogar er selbst hat sich nie als demokratisch angesehen. Vielmehr wurde die geltende Verfassung von 1974 de facto außer Kraft gesetzt, Regierung und Parlament wurden aufgelöst, ein öffentliches Versammlungsverbot sowie eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Mit diesem Coup galt potentiell im ganzen Land Kriegsrecht; es wurde jedoch konkret erst im Juli 1989 – beschränkt auf den zentralen Landesteil – verhängt und bis Mai 1990 weitgehend wieder aufgehoben.

Während der SLORC die Rechte des früheren Staatsrates – bei Fehlen eines Parlaments verbunden mit legislativer Gewalt – wahrnahm, wurden die Regierungsgeschäfte von einem Kabinett mit General Saw Maung als Premier geführt. Es umfaßte einen einzigen Zivilisten und sonst ausschließlich Offiziere. Auf Provinz- bzw. Unionsstaatebene und darunter wurden „Law and Order Restoration Councils“ (LORCs) mit jeweils einem Offizier an der Spitze gebildet. Die Streitkräfte hatten das Land damit fest unter Kontrolle. Bei der Wiederherstellung von „Recht und Ordnung“ wurde Widerstand erneut mit Waffengewalt gebrochen. Es gab neuerlich Tote – jedoch wesentlich weniger als im August. Danach kehrte (von der Dauer-Guerilla abgesehen) Ruhe ein. Verwaltung und Verkehr normalisierten sich. Im Sommer 1989 wurde der bei den Unruhen 1988 eingestellte Unterricht an den Schulen stufenweise wiederaufgenommen; ausge-

setzt blieb er allerdings im größten Teil des Hochschulwesens.

Der Sozialismus wurde vom SLORC abgeschafft, das „Sozialistische Republik“ im Staatsnamen gestrichen. Wie in Grundzügen bereits in der Übergangsphase vor dem Putsch beschlossen, wurde die Wirtschaft für Privatinitiativen und ausländische Investitionen geöffnet (das neue Investitionsgesetz läßt bis zu 100 Prozent ausländischen Besitz an Unternehmen zu). Der Staat reservierte sich dabei allerdings bestimmte Bereiche wie den Bergbau. Außerdem wurden die bestehenden Staatsbetriebe nicht aufgelöst, sondern sie arbeiten in Konkurrenz zu Privatfirmen, denen sie den Vorteil voraus haben, durch ihre direkte Abrechnung gegenüber dem Staat zinsfreie staatliche Investitionsmittel erhalten zu können und Defizite automatisch abgedeckt zu bekommen. Um der geringen Akkumulation von Investitionskapital in der vorausgegangenen sozialistischen Periode zu begegnen, wurden ab 1989 „joint venture companies“ mit öffentlich verkauften Anteilen gebildet.

Anders als etwa osteuropäische Staaten, erhält Myanmar beim Wiederaufbau der Wirtschaft kaum ausländische Hilfe. Die Bundesrepublik Deutschland – vorher zweitgrößter bilateraler Entwicklungshilfegeber –, weitere EG-Staaten und zunächst auch Japan stellten nach dem harten Vorgehen gegen Demonstranten 1988 die Entwicklungszusammenarbeit ein. Dies hat sicherlich die Ergebnisse in der Wirtschaft weniger gut ausfallen lassen als sie sonst gewesen wären, aber Myanmar keineswegs wirtschaftlich in die Knie gezwungen und den SLORC nicht zu einem Einlenken gegenüber seinen Gegnern oder gegenüber den Vorwürfen in der Menschenrechtsfrage veranlaßt.

Vielmehr wich Myanmar aus. Zunächst wurde der Grenzhandel mit der VR China und Thailand intensiviert. Zur Aufbesserung der beim Putsch 1988 nahezu auf Null gesunkenen Devisenreserven wurden dann Fischerei- und Hartholzeinschlaglizenzen an ausländische Konzessionäre aus asiatischen Ländern – für den Holzeinschlag an Thailänder – vergeben (eine als „wirtschaftlicher Ausverkauf“ kritisierte Maßnahme, die aber sicherlich keinen bedeutenden ausländischen Einbruch in die Wirtschaft des Landes darstellt, sondern eher unter Umweltschutzaspekten Angriffsflächen bietet). Schließlich konnte Myanmar eine Reihe größerer Partnerschaftsverträge mit ausländischen Unternehmen abschließen – so im Erdölsektor, in dem sich die weltweit wichtigsten Großkonzerne (auch aus den USA und den EG-Staaten) fest engagiert

haben, oder in einem 1990 unterzeichneten Rahmenvertrag mit dem zweitgrößten Firmenkonglomerat Japans, der Dai-ichi-Gruppe, über Investitionen in Höhe von 14 Milliarden US-Dollar im Verlauf von etwa 15 Jahren.

Auf politischem Gebiet wurde die Vorbereitung der angekündigten freien und fairen Wahlen konsequent angegangen. Neun Tage nach dem Putsch, am 27. September 1988, erließ der SLORC ein Parteiengesetz, das allen Angehörigen des öffentlichen Dienstes (einschließlich ausdrücklich von Militär und Polizei) jedwede Mitgliedschaft in einer Partei verbot. Auf dieser Basis ließen sich bis zum Ablauf der Registrierfrist Ende Februar 1989 233 Parteien eintragen. Ende Mai 1989 trat ein Wahlgesetz in Kraft, das zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine geheime Wahl mit Stimmzetteln vorschrieb und gleichzeitig wiederum allen Angehörigen der Streitkräfte, der Polizei und des übrigen öffentlichen Dienstes eine Kandidatur für das Parlament verbot. Das Verbot öffentlicher Versammlungen wurde drei Monate vor der Wahl aufgehoben. Alle 93 zur Parlamentswahl am 27. Mai 1990 antretenden Parteien erhielten eine gleichlange Sendezeit für ihre Selbstdarstellung im staatlichen Rundfunk und Fernsehen. Der SLORC hielt sich aus der Parteipolitik und dem freien Wahlkampf heraus, verbot unter Verweis darauf allerdings auch Angriffe auf die bestehende Regierung.

Regierungsgegner und ausländische Massenmedien haben dies fast nicht zur Kenntnis genommen, sondern zumeist ein Bild von völliger Unterdrückung der „Opposition“ verbreitet — gipfelnd in der von keinem Zweifel erschütterten Behauptung, die Wahl werde unfrei und unfair sein. Diese Kampagne war so erfolgreich, daß sogar alle Fraktionen im Deutschen Bundestag gemeinsam eine Entschließung einbrachten (Drucksache 11/7066 vom 7. Mai 1990), derzufolge der Deutsche Bundestag die Besorgnisse teilte, daß „freie, geheime und faire Wahlen am 27. Mai 1990 in Myanmar“ nicht ge-

währleistet seien, und die — vom SLORC abgelehnte — Zulassung ausländischer Wahlbeobachter forderte. Zur Begründung wurde u. a. darauf hingewiesen, führende Persönlichkeiten einzelner politischer Parteien seien vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen worden.

Dies traf zu: Ex-Premier U Nu stand unter Hausarrest, weil er weiter darauf bestand, Regierungschef zu sein; der Vorsitzende der „National League for Democracy“ (NLD), Ex-General U Tin U, verbüßte eine dreijährige Haftstrafe wegen des Versuchs, 1988 aktive Soldaten zur Abkehr von der Regierung zu veranlassen; NLD-Generalsekretärin Daw Aung San Suu Kyi, Tochter des Nationalhelden General Aung San, stand wegen verschiedener bekanntgegebener (hier naturgemäß nicht nachprüfbarer) Vorwürfe unter Hausarrest und wurde unter Hinweis auf ihre engen Beziehungen zu England von der Kandidatur ausgeschlossen. Darüber hinaus gab es unbestätigte Meldungen über Verhaftungen von Parteifunktionären. Umgekehrt konnte aber die NLD, obwohl klar regierungskritisch, nach eigenen Angaben im Wahlkampf in den nur gut eineinhalb Jahren seit ihrer Gründung zwei Millionen Mitglieder werben und in fast allen Wahlkreisen einen Kandidaten aufstellen — was angesichts eines bekannt effizienten myanmarischen Geheimdienstes der Regierung ganz sicher bekannt war und damit das Bild von der Unterdrückung doch sehr einschränkt.

Nicht nur der Verlauf der Wahl hat bestätigt, daß sie frei, fair und geheim war — auch das Ergebnis: Die NLD errang 392 der insgesamt 485 Mandate, während auf die „National Unity Party“ (NUP), Nachfolgerin der alten BSPP, nur zehn Sitze entfielen; viele der übrigen Mandate gingen an Parteien ethnischer Minderheiten. Insgesamt war dies ein Resultat, das dem Militär trotz seiner parteipolitischen Neutralität vor Augen führte, daß es sich bei der Bevölkerung sehr unbeliebt gemacht hatte.

V. Nach der Wahl: Demokratie, Diktatur oder Chaos?

Seit Sommer 1989 ist von Regierungsseite immer wieder erklärt worden, was nach der Parlamentswahl geschehen soll: Das neue Parlament solle eine Verfassung ausarbeiten — oder, wenn gewünscht, eine frühere Verfassung mit Abänderungen übernehmen —, dann werde der SLORC die Regierungsgewalt an eine auf der Grundlage dieser Verfassung gebildete Regierung übergeben. Neuerliche Äußerungen lassen vermuten, daß der Verfas-

sungsentwurf zusätzlich zur Volksabstimmung vorgelegt wird.

Mit ihrer überwältigenden Mehrheit im Parlament könnte die NLD auf den ersten Blick die künftige Staatsstruktur damit mehr oder weniger nach eigenem Dafürhalten gestalten. In der Praxis wird dies allerdings wohl nicht eintreten — vor allem wegen eines seit über vier Jahrzehnten in Myanmar unge-

lösten Problem: der anhaltenden Guerilla. Vor den Unruhen von 1988 wurde die numerische Stärke des bewaffneten Untergrundes von kompetenter ausländischer Seite auf etwa 30 000 „Vollzeit“-Kämpfer sowie mehr als 35 000 „Kämpfer bei Bedarf“ (Milizen, Reserven u. ä.) veranschlagt — bei insgesamt ca. neun bis zehn Millionen Mitgliedern ethnischer Minderheiten (sichere Zahlen dazu gibt es nicht). Die Aufständischen gliederten sich im wesentlichen in drei Gruppen:

— In der größeren Dachorganisation „National Democratic Front“ (NDF) arbeiteten zehn Organisationen von Angehörigen ethnischer Minderheiten zusammen — darunter „Karen National Union“ (KNU), „Kachin Independence Organization“ (KIO) und „Karenni National Progressive Party“ (KNPP). Bewaffnete Gesamtstärke damals: ca. 12 000 „Vollzeit“- und ca. 28 000 „Teilzeit“-Kämpfer. Die NDF arbeitete taktisch, aber nicht ideologisch mit der BCP (s. u.) zusammen.

— In der kleineren Dachorganisation „Tai Revolutionary Council“ (TRC) kooperierten vor allem die von Khun Sa — in der Presse bekannt geworden als „Opium-König“ — geführte „Shan United Army“ (SUA) und die „Shan United Revolutionary Army“ (SURA) mit insgesamt etwa 3 500 „Vollzeit“-Kämpfern. (Beide gemeinsam firmieren inzwischen als „Mong Tai Army“ [MTA]).

— Mit Abstand größte Einzelorganisation war die verbotene „Burmese Communist Party“ (BCP) mit etwa 10 000 „Vollzeit“- und ca. 8 000-10 000 „Teilzeit“-Kämpfern.

Die BCP, deren Führung aus Birmanen, ihre sonstige Mitgliedschaft aber zumeist aus Angehörigen ethnischer Minderheiten bestand, hat sich im Frühjahr 1989 gespalten und wesentlich geschwächt; Teile der Angehörigen ethnischer Minderheiten aus der Partei stehen jetzt auf Regierungsseite. Innerhalb der NDF mußte vor allem die KNU seit 1988 starke Verluste durch Regierungsoffensiven hinnehmen, bei der sie die meisten ihrer Stützpunkte und nach Regierungsangaben rund die Hälfte ihrer vorher 4 000 Bewaffneten verlor.

Zwei Monate nach dem Militärputsch gründete im November 1988 die NDF zusammen mit zwölf weiteren gegen die Regierung gerichteten Organisationen — darunter die unbewaffnete Exilantenorganisation „Comittee for the Restoration of Democracy in Burma“ (CRDB) und die aus geflohenen Studenten gebildete, jetzt teilweise bewaffnete „All Burma Student Democratic Front“ (ABSDF) — eine Dachorganisation mit der Bezeichnung „Democratic Alliance of Burma“ (DAB); Vorsitzender wurde General Bo Mya (KNU), stellvertretender Vorsit-

zender der KIO-Führer Brang Seng. Die DAB spielt seither die zentrale Rolle in der Koordinierung des Großteils der nicht legalen Anti-Regierungs-Organisationen.

In einem Artikel in ihrem Organ „Alliance Bulletin“ legte die DAB im Juli 1989 ihre Vorstellungen von der künftigen Struktur Myanmars dar: Allen Regierungssoldaten — bei denen es sich ausschließlich um Freiwillige handelt — solle erlaubt werden, nach Hause zu gehen, wenn dies ihr Wunsch sei; Myanmar solle eine Föderation sein, in der alle (Teil-)Staaten ihre eigenen Streitkräfte hätten. Thailändische Presseberichte nach der Wahl vom 27. Mai haben bestätigt, daß die DAB auch jetzt acht Teilstaaten mit jeweils eigenen Truppen fordert — darunter einen für die Bevölkerungsmehrheit der ethnischen Gruppe der Birmanen. Die Zentralregierung soll die „Aufsicht“ („supervision“) über die Streitkräfte der Staaten haben und für Finanzen und Außenpolitik zuständig sein. Wenn diese Lösung in die Verfassung einginge, wäre das Resultat eine Föderation mit machtloser Zentralregierung, aber mit Teilstaaten, die ihr aufgrund eigener Streitkräfte den eigenen Willen aufzwingen, sich potentiell dazu noch untereinander bekämpfen könnten (zu Kämpfen zwischen Aufstandsorganisationen ist es in der Vergangenheit bereits gekommen). Ein Auseinanderbrechen des Staates wäre damit möglich, zumal auch zwei Aufstandsorganisationen — die „Mong Tai Army“ und (zumindest vor dem 27. Mai) das DAB-/NDF-Mitglied KNPP — unter Berufung auf das Panglong-Abkommen von 1947 offen eine Sezession anstreben.

Der SLORC hat 1989 und 1990 immer wieder erklärt, auch nach der Abgabe der Regierungsgewalt an eine Zivilregierung werde das Militär darüber wachen, daß der Staat nicht auseinanderfalle — aber für sich selbst Verhandlungen mit den Aufständischen (wie sie in der Vergangenheit mehrfach, jedoch ohne Erfolg, stattfanden) abgelehnt. Äußerungen nach der Wahl vom 27. Mai lassen darauf schließen, daß er im Sinne einer Erhaltung der nationalen Einheit auf die Formulierung der neuen Verfassung einwirken will (wobei noch offen ist, ob eine Zivilregierung dann Verhandlungen mit den Aufständischen führen könnte).

Das NLD-dominierte Parlament wird sich bei der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfes daher in einer Zwickmühle sehen: Schreibt es die DAB-Forderungen fest, wird das Militär nahezu mit Sicherheit dem Inkrafttreten einer solchen Verfassung unter Nutzung seiner Machtmittel entgegentreten. Gibt das Parlament den DAB-Forderungen umgekehrt nicht nach, wird der Aufstand — der viele

Opfer fordert, auf beiden Seiten Menschenrechtsverletzungen mit sich bringt und zudem die Wirtschaft des Landes erheblich schwächt — weitergehen oder sich sogar verstärken.

Auch dem Entscheidungsspielraum des SLORC sind jedoch Grenzen gesetzt: Käme es zu einem offenen Konflikt in dieser Frage mit der Parlamentsmehrheit, so hätte er nur die Wahl zwischen Einlenken oder Ausschaltung des Parlaments als verfassungsgebender Versammlung. Der letztere Schritt könnte die gegenwärtige Lage, die u. a. durch eine den Lebensstandard einschließlich der Ernährung verschlechternde hohe Inflationsrate bereits gespannt ist, leicht in eine explosive Situation verwandeln, die entweder in harte Unterdrückung oder einen chaotischen Bürgerkrieg überginge.

Es bleibt daher zu hoffen, daß Militär, NLD und Aufständische sich auf einen Kompromiß einigen, der eine echte Zentralregierung erhält, aber den

ethnischen Minderheiten dennoch ausreichende interne Autonomie einräumt. Auch dann würde das Militär sich vermutlich weiter als Wächter über die nationale Einheit fühlen, aber in einem weitgehend befriedeten Myanmar könnte sich der zur Zeit in Ansätzen vorhandene wirtschaftliche Aufschwung stabilisieren und die Demokratisierung unter einer Zivilregierung fortschreiten.

Die Meinungen über die aktuelle und künftige Entwicklung in Myanmar sind geteilt¹⁾. Obwohl einer Einigung sehr große Hindernisse entgegenstehen, erscheint sie derzeit nicht ganz ausgeschlossen: Die DAB-Mitglieder haben im Juni einen einseitigen Waffenstillstand beschlossen, und der SLORC teilte mit, er habe Vorbereitungen für Gespräche mit der NLD getroffen.

¹⁾ Siehe u. a. Großes Los. Die Wahlsiegerin Aung San Sun Kyi kann ihren Triumph nicht in Politik umsetzen, in: Der Spiegel, Nr. 27 vom 2. Juli 1990, S. 134–138.

Literatur:

- Cady, J. F. A., *History of Modern Burma*, Ithaca 1958.
Fleischmann, Klaus, *Die neue Verfassung der Union von Birma*, Hamburg 1976.
Ders., *Die Kommunistische Partei Birmas*, Hamburg 1989.
Lintner, Bertil, *Outrage*, Hongkong 1989.
Shway Yoe, *The Burman, His Life and Notions*, New York 1963.
Siemers, Günter, *Die birmanischen Streitkräfte*, in: *Südostasien aktuell*, (1985), S. 566–580.
Ders., *Regierungswechsel in Rangun*, in: *Asien*, (1989) 30, S. 60–88.
Silverstein, Josef (ed.), *Independent Burma at Forty Years: Six Assesments*, Ithaca 1989.
Steinberg, David J., *Burma. A Socialist Nation of South-East Asia*, Boulder 1982.
Taylor, Robert, *The State in Burma*, London 1988.
Tinker, Hugh (ed.), *The Struggle for Independence 1944–1948*, 2 Bde., London 1984.

Ludger Kühnhardt: Indien auf dem Weg zu einer regionalen Führungsmacht?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/90, S. 3–12

Die Wahlen vom November 1989 haben die Stärke der indischen Demokratie bestätigt. Die Abwahl des bisherigen Premierministers Rajiv Gandhi beendete ein Jahrzehnt vielfältiger Veränderungsansätze und Umbrüche in Indien. Nach der Ermordung seiner Mutter 1984 an die Macht gekommen, hatte Rajiv Gandhi sich mit wachsenden Konflikten zwischen ethnischen und religiösen Gruppen auseinandersetzen, um die Einheit des Landes zu sichern. In der Wirtschaftspolitik wurde ein Prozeß der Deregulierung eingeleitet, um der Privatinitiative mehr Raum zu geben. Außenpolitisch orientierte Indien sich wieder näher am Westen, zumal den USA. Maßgeblicher aber war der Beginn eines umfassenden Rüstungsausbaus, der Indiens Anspruch, regionale Führungsmacht zu sein, in den kommenden Jahren untermauern soll.

In allen Bereichen der Innen- und Außenpolitik hat die neue Regierung unter V. P. Singh ein Erbe angetreten, das ebenso mit Hypothesen wie mit Hoffnungen verbunden ist. Prüfstein für Indiens Weg durch die neunziger Jahre wird es vor allem sein, inwieweit es gelingen kann, die unmenschlichsten Ausprägungen der Massenarmut zu beseitigen und die ökologische Krisenlage des Landes ernster zu nehmen als in der Vergangenheit.

Klemens Ludwig: Anhaltende Spannungen in Tibet. Hintergründe, Ursachen, Perspektiven

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/90, S. 13–22

Seit 1987 erschüttern immer wieder Unruhen das „Dach der Welt“, das sich seit 1951 unter chinesischer Herrschaft befindet. Offensichtlich lehnt die Mehrheit der Tibeter die chinesische Präsenz entschieden ab. Schwere Menschenrechtsverletzungen, die Ermordung von vermutlich mehr als einer Million Tibetern und die Zerstörung der tibetischen Kultur zwischen 1959 und 1976 haben die Gräben zwischen den beiden Völkern unüberwindbar gemacht. Daran vermochte auch eine liberalere Politik der chinesischen Führung seit 1980 nichts zu ändern. Immerhin hat sich die wirtschaftliche Situation seitdem grundlegend gebessert.

In der Frage der Zugehörigkeit Tibets zu China lehnt Peking jeden Kompromiß ab und verweist auf die gemeinsame Geschichte. Die Staatengemeinschaft schließt sich dieser Sichtweise an; sie verweigert der Exilregierung des Dalai Lama ihre Anerkennung. Mehrere unabhängige völkerrechtliche Gutachten kommen hingegen zu dem Schluß, daß China keine wirksamen Gebietstitel auf Tibet erworben hat und die Annexion dem Völkerrecht widerspricht. Zur Untermauerung seiner Ansprüche betreibt China eine aktive Sinisierung und Militarisierung Tibets; es widersetzt sich zudem wiederholten Verhandlungsangeboten des Dalai Lama, obwohl dieser bereits auf die Forderung nach voller staatlicher Unabhängigkeit verzichtet hat. Den Tibetern bleibt somit neben dem Vertrauen in die Stärke der eigenen Kultur die Hoffnung auf die Demokratiebewegung in China.

Peter Schier: Kambodscha zwischen Krieg und Frieden

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/90, S. 23—35

Der Konflikt in und um Kambodscha dauert bereits mehr als zehn Jahre. Nach dem Abzug des Großteils der vietnamesischen Besatzungstruppen im September 1989 haben die militärischen Auseinandersetzungen in Kambodscha sogar erheblich zugenommen, und die antivietnamesischen Widerstandsgruppen — vor allem die Roten Khmer — scheinen seit Frühjahr 1990 auf dem Vormarsch. Alle bisherigen Versuche, eine politische Lösung des Konflikts herbeizuführen, sind vor allem an der kompromißlosen Haltung Vietnams und der von ihm gestützten Regierung in Phnom Penh gescheitert.

Aus den historischen und aktuellen Besonderheiten des Kambodscha-Konflikts ergibt sich, daß eine dauerhafte Lösung nur durch eine strikte Neutralisierung des Landes mit internationalen Garantien und durch eine Aussöhnung zwischen *allen* Gruppen der kambodschanischen Elite, d. h. einschließlich der Roten Khmer, erreicht werden kann. Aufgrund des militärischen Kräfteverhältnisses ist eine Friedensregelung ohne Beteiligung der Roten Khmer nicht realisierbar, da der Ausschluß dieser Gruppierung von einer Konfliktlösung die Fortsetzung des Bürgerkrieges bedeuten würde, während eine Beteiligung die Roten Khmer in die politische Verantwortung für die Zukunft Kambodschas einbinden würde. Nur auf diese Weise können sie sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene politisch und militärisch kontrolliert werden, und nur so kann die Fortsetzung der kambodschanischen Tragödie vermieden werden.

Größere militärische Erfolge der Roten Khmer und der Sihanoukisten in den nächsten Monaten und die für Ende 1990 angekündigte vollständige Einstellung der sowjetischen Hilfe dürften das Regime von Heng Samrin und Hun Sen an den Rand des Zusammenbruchs bringen. Im Falle einer solchen Entwicklung könnte es bereits im Verlauf des Jahres 1991 zu weitreichenden Kompromissen der Regierungen in Phnom Penh und Hanoi und damit zu einer dauerhaften Lösung des Kambodscha-Konflikts kommen. Hierfür ist jedoch zunächst eine konsequente und harte Haltung der internationalen Gemeinschaft gegenüber Vietnam und dem Regime in Phnom Penh notwendig: Wirtschaftshilfe und politische Anerkennung sollten nur dann gewährt werden, wenn sich die Regierungen in Phnom Penh und Hanoi zu einem wirklichen Kompromiß in der Kambodscha-Frage bereitgefunden haben.

Günter Siemers: Myanmar (Birma) auf dem Wege zur Demokratie?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/90, S. 36—44

Am 27. Mai 1990 fanden erstmals in der Geschichte Myanmars (Birmas) geheime Parlamentswahlen statt. Sie verliefen korrekt und brachten der regierungskritischen „National League for Democracy“ (NLD) eine Dreiviertelmehrheit.

Nach der Unabhängigkeit 1948 bestand zunächst eine parlamentarische Demokratie, der allerdings Aufstandsbewegungen ethnischer Minderheiten und der Kommunisten erheblich zu schaffen machten. Als 1962 in Yangon (Rangun) Repräsentanten von zwei Minderheiten über ihr eventuelles Ausscheiden aus der Birmanischen Union berieten, putschte das Militär unter seinem Kommandeur General Ne Win, der in der Folge bis 1988 „starker Mann“ im Lande blieb. Der „birmanische Weg zum Sozialismus“ dieser 26 Jahre sowie nicht ideologisch bedingte Fehlentscheidungen führten das Land in eine schwere Wirtschaftskrise. 1988 kam es zu Massenkundgebungen für Demokratie, die zu einem teilweisen Zusammenbruch der öffentlichen Verwaltung führten. Das Militär putschte erneut, führte aber gemäß seines Versprechens 1990 eine freie und faire Parlamentswahl durch. Das Parlament soll eine Verfassung ausarbeiten, auf deren Grundlage eine Zivilregierung gebildet wird. Die Forderung vieler Minderheitenorganisationen nach myanmarischen Teilstaaten mit eigenen Streitkräften und das Beharren des Militärs auf nationaler Einheit stehen sich im Moment unvereinbar gegenüber. Nur ein Kompromiß in dieser Frage ermöglicht eine Fortsetzung der Demokratisierung.

Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem
Inhaltsverzeichnis

nur **25,- DM**
zuzügl. Versandkosten pro Jahrgang

neu **1989**



Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.)
Jahrgänge: 1985 und 1988



Bundeszentrale
für politische
Bildung

Bestell- DAS PARLAMENT, Vertriebsabteilung
Adresse: Fleischstraße 62-65, D-5500 Trier